

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland

Vechta, Oldb, 1969-

Das Oldenburger Münsterland im Wandel

urn:nbn:de:gbv:45:1-5285

Herbert J. Schubert

Älterwerden in der Region Vechta - heute schon vorsorgen!

Das Alter in der Vergangenheit
Die Verachtung des Alters im 16. Jahrhundert

Wer in die Zukunft schauen will, muß nicht nur wissen, wo er steht. Man muß auch wissen, wo der Weg bisher entlangführte. Vor diesem Hintergrund ist es nützlich, einen Blick zurück in die Vergangenheit zu werfen, um erkennen zu können, was das Besondere am gegenwärtigen höheren Alter darstellt und wie wir damit in die Zukunft hinein umgehen sollten. Dazu sollen zur Veranschaulichung zwei Lichtkegel in das 16. und 17. Jahrhundert geworfen werden.

Im 15. und 16. Jahrhundert galt das Alter als Fluch. Sehr alt zu werden, war in keiner Weise attraktiv. Mitleid und Zartgefühl waren bei den Menschen noch nicht so weit entwickelt wie in unserem Zeitalter. Wer bis ins höhere Lebensalter Pest, Kriege und Hunger überlebt hatte, war geschwächt, anfällig für Krankheiten, vernarbt, gebeugt, kraftlos und lahm. Der alte Mensch war ein unnützer Esser, der die Armut verschärfte. Angesichts dieser Erfahrung des Altwerdens nahmen Träume vom „Jungbrunnen“ und von der „Verjüngungsmühle“ Gestalt an. Um 1600 stellte Paulus Fürst den gezeigten Kupferstich „Die Verjüngungsmühle“ her (vgl. Abb. 1). Wer im übertragenen Sinn jung bleiben will, muß anstrengende Torturen über sich ergehen lassen. Das Mahlwerk der abgebildeten Mühle, das ältere Frauen zu jungen Schönheiten verwandelt, symbolisiert dies eindrucksvoll.

Die Verjüngung durch Kochen in einem Jungbrunnen erinnert sofort an den alten Hexenmythos. Darin steckt aber ein wahrer Kern: So wie das Brot gebacken werden muß, braucht der Lebenslauf ein Rezept. Theophrastus Paracelsus schrieb dazu in dieser Zeit: „dan besser ein lang leben erstritten als ein kurz leben und den wollust diser welt nicht ansehen.“ Paracelsus lehrte die Überwindung des Alters durch Erneuerung und Säuberung des Leibes.



Abb. 1: Paulus Fürst: Die Verjüngungsmühle (Kupferstich, um 1600)¹⁾

Es sind die Geburtsjahrzehnte des Gedankens „Vorsorge durch Lebensplanung“.

Hilflosigkeit im Alter im 17. Jahrhundert

Die Radierung „Reiche Kinder - Arme Eltern“ von David Vinckboon aus dem 17. Jahrhundert thematisiert die Altersversorgung durch die Familie (vgl. Abb. 2). Gezeigt wird ein gebeugtes, einfach gekleidetes altes Ehepaar vor dem Eingang eines herrschaftlichen Hauses. Vor dem Haus sind eine Stufe höher Kinder und Enkel versammelt. Gebäude und Garten dokumentieren Reichtum und Wohlstand. Der Truthahn symbolisiert Eitelkeit und Aufgeblasenheit. Das Bild spiegelt eine Diskussion wider, die im 17. Jahrhundert nicht nur in den Niederlanden geführt wurde: „Reiche Kinder - arme



Abb. 2: David Vinckboon: Reiche Kinder - arme Eltern (Radierung, 17. Jahrhundert)²⁾

Eltern“ hieß das Thema. Zwischen Kindern und Eltern gab es damals noch nicht das, was wir heute „Liebe“ nennen. Sobald die Kinder erwachsen waren, verhielten sie sich extrem altenfeindlich. Die Alten waren für sie widerliche Leiber, voll Husten und Auswurf. Die Kinder sahen keinen Grund, sie zu unterstützen. Die sogenannte Hausväterliteratur riet damals deshalb, die Kinder mit Liebe zu erziehen. Die gegenseitige Bindung durch Liebe und Zugehörigkeit war der Anfang einer neuen Zeit und führte zur Solidaritätsgesellschaft, auf deren Grundlage erst der Entwicklungssprung zur heutigen modernen Gesellschaft möglich wurde. „Vorsorge durch Lebensplanung“ sowie „gegenseitige Liebe und Zugehörigkeit in der Familie“ sind zwei historische Triebkräfte, die die Herausbildung des höheren Alters im Lauf der Zivilisation leise und nahezu unbemerkt mit geprägt haben. Wer Vorsorge für sein eigenes Alter treffen möchte, ist gut beraten, auf diese bewährten Techniken der Lebensgestaltung zurückzugreifen.

Die Folgen des Alterns in Gegenwart und Zukunft Wir werden immer älter

Die Rahmenbedingungen des individuellen Älterwerdens haben sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt verschoben. Wir selbst nehmen es kaum wahr, aber der Vergleich zwischen den verschiedenen Altersgenerationen - etwa seit den Anfangstagen der Bundesrepublik um 1950 - zeigt dies deutlich. Drei Punkte des sozialen Wandels sind dabei hervorzuheben:

- der kontinuierliche Anstieg der Lebenserwartung,
- die Dreiteilung der Altersjahre mit mehr aktiven Jahren,
- aber auch die Zunahme des Hilfebedarfs in der Hochaltrigkeit.

Seit etwa zweihundert Jahren erhöht sich die durchschnittliche individuelle Lebenserwartung von Generation zu Generation. Immer mehr Personen eines Altersjahrgangs erreichen den nächsthöheren Jahrgang und von diesen wiederum mehr den übernächsten und so weiter. Nach den Berechnungen der Sterbetafeln der Jahre 1988 bis 1990 erstreckt sich die Lebenserwartung eines Neugeborenen in den alten Bundesländern gegenwärtig im Durchschnitt auf rund 79 Jahre bei Frauen und auf 72 Jahre bei Männern. Ein bereits 60 Jahre alter Mann hat noch durchschnittlich weitere 18 Lebensjahre vor sich - wird im Schnitt also 78 - und die 60jährige Frau sogar noch 22 Jahre - wird im Schnitt also 82 Jahre. Mit anderen Worten: Die Hälfte der heute 60jährigen Männer wird 78 Jahre und älter; die Hälfte der heute 60jährigen Frauen 82 Jahre und älter.

Die Verlängerung der Lebenserwartung hat die Lebensläufe gegenüber früher verändert. Nach dem Ausscheiden der eigenen Kinder aus dem Haushalt und nach dem Eintritt in den Ruhestand haben die Menschen eine deutlich längere Lebensphase noch vor sich. Sie setzt sich aus drei Abschnitten zusammen:

- die aktiven Jahre des jungen Alters von 60 bis 70 Jahren;
- die Übergangsjahre des mittleren Alters von 70 bis 80 Jahren;
- die ruhigen Jahre des hochbetagten Alters über 80 Jahren.

Besonders hervorzuheben ist dabei, daß im allgemeinen mehr aktive Jahre zur Verfügung stehen. Sie können dazu genutzt werden, sich auf das höhere Alter und damit verbundene Gefahren der Hilfeabhängigkeit angemessen vorzubereiten.

Neu im Lebenslauf fast aller Menschen ist die Bereicherung um die Lebensphase der Hochaltrigkeit. Während in den vergangenen Jahrhunderten das Erreichen eines Alters über 80 Jahre in relativ großer geistiger und körperlicher Gesundheit noch die Ausnahme

war, hat es in der Gegenwart den Charakter einer Massenerscheinung angenommen. Und es ist plausibel, daß die nachfolgenden Generationen der heute 40-, 50-, und 60jährigen im Durchschnitt noch älter werden können, weil die gesundheitliche Versorgung, die Ernährung und die persönliche Vorsorge des oder der Einzelnen immer besser wird .

Wenn das Jahr 1960 als Basisjahr genommen wird, dann läßt sich die quantitative Zunahme der sehr alten Menschen eindrucksvoll veranschaulichen: Die Zunahme fiel umso höher aus, je älter der betrachtete Hochbetagtenausschnitt ist. Bis 1991 erhöhte sich beispielsweise die Zahl der 70- bis 74jährigen auf 145 %, die der 80- bis 89jährigen um 267 % und die Zahl der 90jährigen und älteren sogar auf 558 %.

Eine Schattenseite der steigenden Lebenserwartung ist die Tatsache, daß mit dem Erreichen höherer Alter die gesundheitlichen Beeinträchtigungen zunehmen. Unter den Hochbetagten ist deshalb die Zahl derer sehr hoch, die ständig intensiver Pflege bedürfen. Eine Umfrage im Landkreis Vechta brachte das Ergebnis, daß das bei den über 80jährigen jede dritte bis fünfte Person betrifft.³⁾ Also: Rund ein Drittel der über 80jährigen in dieser Region sind aus gesundheitlichen Gründen pflege- oder hilfebedürftig. Der Anteil wächst im weiteren Altersverlauf auf fast die Hälfte. Dabei verdient ein Aspekt besondere Beachtung: Es wächst die Zahl seelischer Alterskrankheiten und somit der Bedarf gerontopsychiatrischer Hilfe. Unter Hochbetagten nehmen demenzielle Erkrankungen zu, die mit sozialer, örtlicher und zeitlicher Desorientierung verbunden sind. Rund ein Viertel der über 65jährigen weisen solche psychische Störungen auf und knapp ein Zehntel ist dringend psychiatrisch behandlungsbedürftig. Verglichen mit den jüngeren Altersgruppen weisen sehr alte Menschen somit den höchsten Hilfebedarf auf. Wenn Hilfe erforderlich wird, verlassen sie sich bisher ganz auf ihre Angehörigen. Wenn die nicht in der Nachbarschaft wohnen, ist die Erfahrung, von Dritten abhängig zu werden, für viele sehr erschütternd.

Die Alten werden immer mehr

In Europa vollzieht sich ein Strukturwandel - als wellenförmige demographische Verwerfung - zwischen den Altersgruppen. Alle neueren Modellrechnungen auf der Grundlage der vorhandenen Bevölkerung - unter Berücksichtigung der Geburten- und Sterbezahlen sowie der Zu- und Abwanderungen - bestätigen es: In den kommenden Jahren werden gravierende Veränderungen im

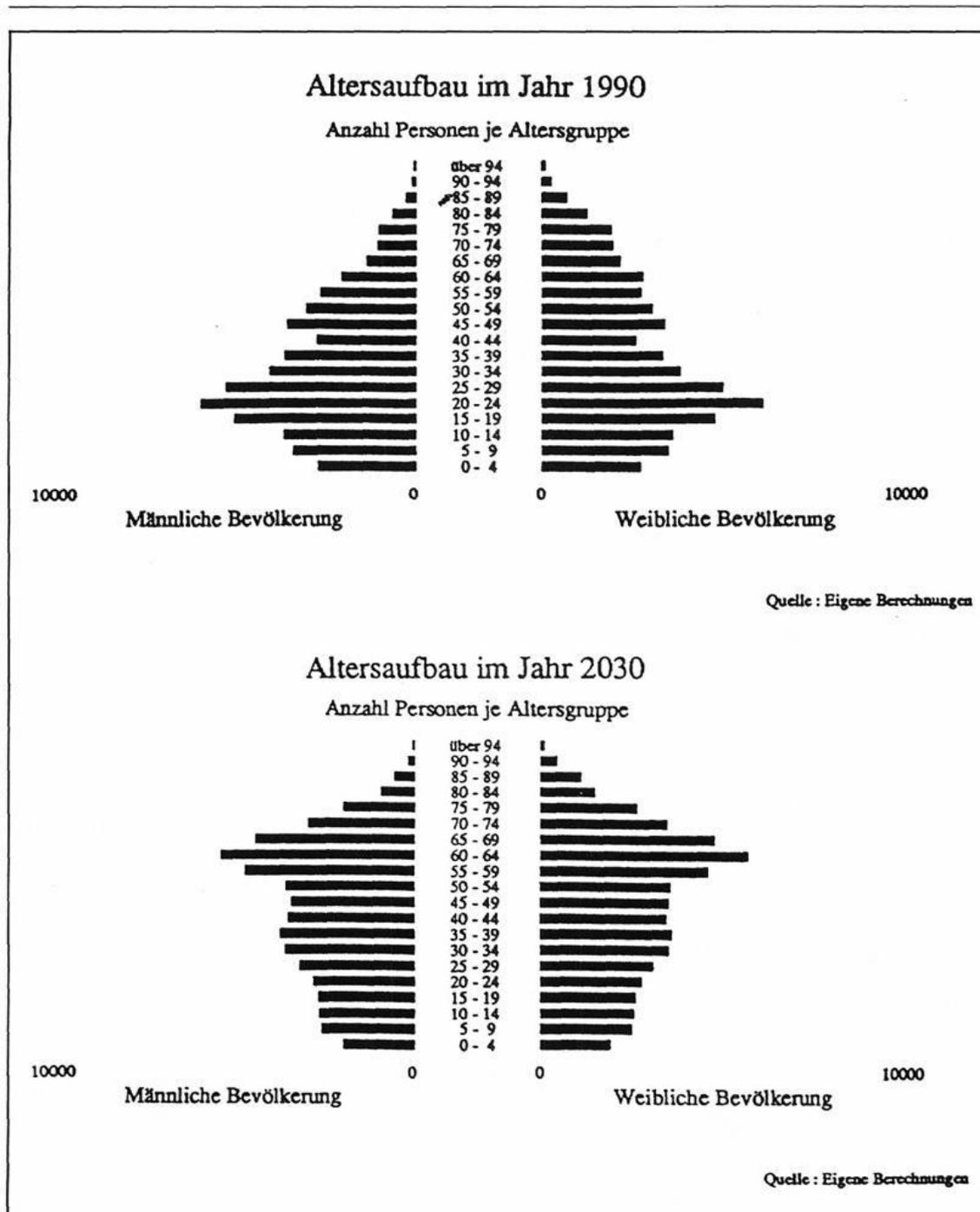


Abb. 3: Altersaufbau 1990 und 2030 im Landkreis Vechta - Status Quo mit Aussiedlerwanderungen⁵⁾

Altersaufbau der Bevölkerung eintreten. Mittelfristig wird die Zahl junger Menschen erheblich sinken; die ältere Bevölkerung wird absolut zunehmen und weiter relativ an Gewicht gewinnen. Diese Strukturveränderung wird sich auch im ländlichen Raum von Vechta ereignen. Im Institut für Entwicklungsplanung und

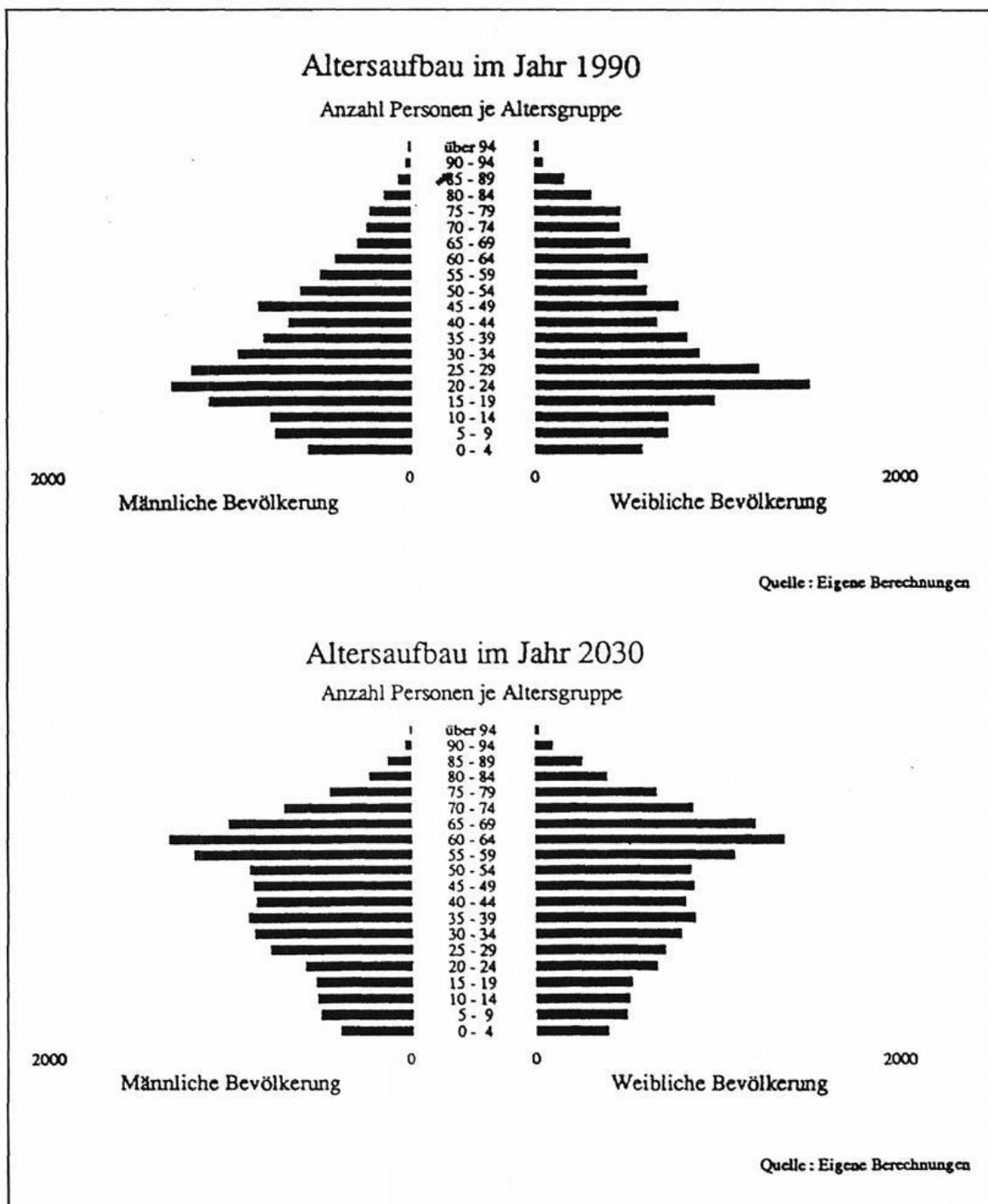


Abb. 4: Altersaufbau 1990 und 2030 in der Stadt Vechta - Status Quo mit Aussiedlerwanderungen⁶⁾

Strukturforschung wurden im Rahmen einer Bevölkerungsvorausschätzung für den Landkreis Vechta entsprechende Ergebnisse ermittelt (vgl. Abb. 3). Während die über 65jährige Bevölkerung hier im Jahr 1990 einen Anteil von rd. 11 % an der Landkreisbevölkerung ausmachte, wird sich der Anteil bis zum Jahr 2030 auf

22 % verdoppeln. Die sogenannte „Alterspyramide“ nimmt Schritt für Schritt die strukturelle Form eines „Alterspilzes“ an. Denn zugleich sinkt der Anteil der unter 18jährigen Bevölkerung im Landkreis Vechta von 23 % auf 15 %. Schon bis zum Jahr 2000 wird sich die Zahl der 60- bis 75jährigen zwischen 25 % und 40 % erhöhen, ebenso die der 85- bis 95jährigen. Die Zahl der über 65jährigen erhöht sich absolut von 12.000 im Jahr 1990 über 15.000 im Jahr 2000 um das Doppelte auf 24.000 im Jahr 2030. Hauptursache ist das Durchwachsen der geburtenstarken Jahrgänge.

Ein ähnliches Strukturbild zeigt sich für die Stadt Vechta (vgl. Abb. 4). Hier waren 1990 rd. 12 % der Bevölkerung in einem Alter über 65 Jahren; im Jahr 2030 werden es 23 % sein. Entsprechend verringert sich der Anteil der unter 18jährigen von 22 % auf 13 %. Die Zahl der über 65jährigen erhöht sich von 1990 bis 2000 um ca. 320 Personen und bis 2030 um schätzungsweise 3.100 Personen.

Im Jahr 1991 führte das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung auch eine Wanderungsanalyse im Landkreis Vechta durch.⁴⁾ Zurück-, aber auch vorausschauend wurde nach den Fortzügen - insbesondere in den Bauernschaften des Landkreises - über die Jahre 1986 bis 1991 und 1992 bis 1996 gefragt. Die Schlüsselfragen lauteten: Wie viele Personen sind aus dem Haushalt in den vergangenen fünf Jahren fortgezogen und wie viele werden in den nächsten fünf Jahren wahrscheinlich fortziehen? Nur die Hälfte der Haushalte in der Region Vechta werden in dem Zeitraum von 1986 bis 1996 nicht von Fortzügen betroffen sein. Im Durchschnitt haben bzw. werden in den Haushalten mit Fortzügen rund zwei Personen die Wohnung verlassen.

Knapp die Hälfte der Fortzüge, die in den letzten Jahren schon stattgefunden haben, zog in einen Wohnort außerhalb des Landkreises (45 %). Bei der anderen Hälfte liegt der neue Wohnstandort der Person, die zuletzt fortgezogen ist, innerhalb des Landkreises Vechta (53 %). Diese Umfrageergebnisse wurden in den Bevölkerungsvorausschätzungen berücksichtigt. Die Prognoseergebnisse zeigten, daß die Abwanderungsverluste junger Menschen - insbesondere in den Bauernschaften des Landkreises Vechta - in der Zukunft möglicherweise nicht ausgeglichen werden können.

Etwa 90 % derjenigen, die den Haushalt verlassen, sind jüngere Menschen. Das Durchschnittsalter beträgt zum Zeitpunkt des Auszuges rund 25 Jahre. Auffallend ist, daß die Fortzüge nach dem Geschlecht nicht gleichmäßig verteilt sind. Es handelt sich bei den meisten Auszügen aus den befragten Haushalten um junge Frauen (60 %). Auch für die Zukunft wird diese Fortzugstendenz jüngerer

Menschen wegen der regionalwirtschaftlichen Schwäche im Landkreis anhalten. Für ältere Menschen ist dies keine erfreuliche Nachricht, weil es eine Verringerung der Zahl der Helfer für Pflege und Hilfe im Alter bedeutet. Bisher waren es gerade die Frauen im jüngeren und mittleren Alter, auf deren Hilfe sich alte Menschen im Notfall verlassen konnten.

Neue Risiken für das Alter

Wenn junge Menschen in der Region Vechta unter einen erhöhten Abwanderungsdruck geraten, weil die Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes oder der Ausbildungsgelegenheiten nicht günstig sind, verringert sich die regionale Lebensqualität. Einerseits nimmt die Zahl der älteren Menschen zu, andererseits verlieren die familiären Beziehungsnetzwerke Dichte und Zusammenhalt, weil die Jüngeren der Region den Rücken kehren.

Wenn angehörige Helfer wegen Fortzügen fehlen, wächst mit dem Eintritt in das höhere Alter das Risiko, Sozialhilfeempfänger zu werden. Denn für die fehlende Unterstützung der Angehörigen muß in vieler Hinsicht die öffentliche Hand mit Sozialhilfe einspringen. Davon werden dann in der Regel berufliche Helfer oder stationäre Einrichtungen bezahlt.

Im Herbst 1991 wurde im Landkreis Vechta eine Untersuchung der Hilfebeziehungen älterer Menschen durchgeführt (vgl. Anm. 3). Insgesamt wurden über 1.000 Personen im Alter ab 50 Jahren gefragt, aus welchen Haushalten Hilfe im Krankheits-/Altenpflegefall, für vertrauliche Gespräche und als Haushaltshilfe in Anspruch genommen wurde bzw. gerade genommen wird. Es wurde festgestellt, daß sich die bestehenden Hilfenetze grundlegend von den Hilfenetzen unterscheiden, die erwartet werden, wenn noch keine Hilfebedürftigkeit besteht. Es ist zum Beispiel typisch, daß Pflegeleistungen und Haushaltshilfen von der fünfzig Kilometer entfernt lebenden Tochter erwartet werden, wenn die ältere Person noch rüstig ist. Wenn dann aber die Pflege- oder allgemeine Hilfebedürftigkeit tatsächlich eintritt, sind ganz andere Quellen wie etwa die Sozialstation oder eine Nachbarin für die Sicherung der selbständigen Lebensführung bzw. für die Vermeidung eines Heimeintritts bedeutungsvoll. Viele ältere Menschen leiden darunter, daß die Kinder oft nicht - wie erwartet - im Ernstfall zur Verfügung stehen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, daß bei Hilfeunabhängigkeit, insbesondere zu Beginn der jungen Altersphasen damit gerechnet wird, daß der Partner oder die Partnerin

im Notfall als zentrale Hilfe verfügbar ist. In den Phasen des höchsten Hilfebedarfs, insbesondere in der Hochaltrigkeit, lebt der Partner aber oft nicht mehr oder ist selbst bereits stark hilfeabhängig.

Es ist deshalb eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, daß das Entstehen einer „neuen Kultur des Helfens“ außerhalb der familiären Netzwerke positiv zu bewerten ist. Zu fördern ist die Akzeptanz der gegenseitigen Unterstützung in der Nachbarschaft und im Wohnquartier, weil verwandtschaftliche Beziehungen und Unterstützung nicht mehr allein als Quellen der Hilfe im Alter angesehen werden können.

Ältere Menschen müssen sich mehr als bisher mit der Möglichkeit auseinandersetzen, daß Kinder und Angehörige im höheren Alter möglicherweise nicht mehr als Helfer zur Verfügung stehen. Die Verhältnisse in der Region Vechta sollen nicht dramatisiert werden, denn hier ist das verlässliche Potential viel größer als in anderen Gebieten Norddeutschlands. Im Einzelfall muß man aber doch damit rechnen, daß die Angehörigen nicht in dem Umfang einspringen, wie es erwartet wird. Es hilft dann nichts, sich in Enttäuschung darüber fallen zu lassen. Besser sind Selbsthilfe und Vorbeugung.

Für das eigene Alter vorsorgen

Geist, Seele und Körper für die längere Lebensdauer pflegen

Für das eigene Alter vorzusorgen, ist keine Geheimwissenschaft. Wir alle wissen mehr oder weniger, was zu tun ist. Zum Vergleich kann ein respektloses Bild benutzt werden: Wer an seinem Kraftfahrzeug lange Freude haben will, wird es einerseits behutsam, andererseits regelmäßig fahren, warten und pflegen. So ähnlich verhält es sich auch mit der persönlichen Vorsorge für das Alter. Bereits in den mittleren Lebensjahren ist zu achten auf:

- regelmäßige sportliche Aktivitäten zur Bewahrung von Ausdauer, Kraft und Beweglichkeit;
 - schrittweise Anpassung und Reduzierung des Ernährungsverhaltens;
 - Gewöhnung an 'Denksport' zum Erhalt geistiger Beweglichkeit;
 - Pflege von Interessen und Hobbies oder evtl. Suche neuer Steckenpferde und
 - Nutzung des kirchlich-religiösen Umfeldes für eine begleitete Auseinandersetzung mit dem Tod.
-

In den nächsten Jahren wird eine Generation in den Ruhestand treten, deren Alltagsleben von relativ einseitigen Abläufen geprägt war und ist. Zugleich herrscht heute ein hohes Maß an Bequemlichkeit. Wege werden von vielen prinzipiell mit dem Auto und nicht mehr zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt. Bei der Arbeit werden fast nur noch monotone Bewegungsabläufe verrichtet oder passive Körperhaltungen eingenommen. Einer guten Befindlichkeit im Alter ist das nicht förderlich, weil der Körper immer weniger und immer einseitiger beansprucht wird. Sport als Ausgleich hat deshalb an Bedeutung auch für ältere Menschen gewonnen. Sportliche Bewegung wirkt nicht nur auf das allgemeine körperliche Befinden positiv, sondern auch auf die seelische Gesundheit. Vor diesem Hintergrund muß der Rat ernst genommen werden, eine Sportart, die früher gerne betrieben wurde, wiederzuentdecken, oder Lust daran finden, eine Sportart neu zu erlernen. Daß Boxen und Marathonläufe im Alter nicht zu empfehlen sind, braucht sicher nicht betont zu werden. Aber es gibt einige sportliche Bewegungsformen, die gerade für die Altersjahre geeignet sind. Es sind:

- Tanzen und Gymnastik mit musikalischer Begleitung;
- Schwimmen und Wassergymnastik sowie
- Wandern und Spaziergehen.

Wer noch nichts davon betreibt, sollte es unbedingt versuchen. Jeder sollte an das Sprichwort denken: „Wer rastet, der rostet“. Ein hohes Aktivitätspotential und nützliche Impulse enthalten auch Reisen und Ausflüge zur Erholung. Die anregenden und aktivierenden Wirkungen, die das Verlassen der alltäglichen häuslichen Situation und das gemeinsame Reiseerlebnis mit anderen haben, dürfen nicht unterschätzt werden. Und es muß auch nicht immer die Ferne sein. Für diejenigen, die nicht so gern lange von zuhause weg sein möchten, gibt es auch in der näheren Umgebung noch Neues zu entdecken.

“Mens sana in corpore sano“, hieß es im alten Rom. Damit ein gesunder Geist in einem gesunden Körper alt werden kann, bedarf es nicht nur sportlicher, sondern auch geistiger Regsamkeit. Dazu können die Volkshochschulen und die Bildungsangebote, die öffentlichen Büchereien und Museen besucht werden. Jeder muß den persönlichen Kampf gegen Vergeßlichkeit, Lust- und Orientierungslosigkeit aufnehmen, indem geistig-kulturelle Interessen intensiv gepflegt werden. Jedes Buch, das gelesen wird, hält geistig länger fit. Ganz Engagierte betreiben sogar das von Erlanger Gerontologen entwickelte „Gehirnjogging“. Durch das Aus-

wendiglernen sinnloser Silbenketten - vergleichbar etwa dem Schäfchenzählen vor dem Einschlafen - wird die Denktätigkeit in besonderer Weise angeregt.

Neue Netzwerke aufbauen, alte pflegen

Der wichtigste Beitrag in der persönlichen Vorsorge auf das eigene Alter ist die Pflege von Kontakten, das Eingebundenbleiben in befriedigende Beziehungen. Es gibt heutzutage vielfältige Möglichkeiten, in das Alter hinein aktiv, engagiert und diszipliniert zu bleiben und den Alltag im Kontakt mit anderen Menschen abwechslungsreich zu gestalten. Damit das Wissen, die Erfahrungen und die Tatkraft der älteren Generation mehr Eingang in die Kommunalpolitik der Gegenwart finden können, wurden in vielen Gemeinden Niedersachsens „Seniorenbeiräte“ berufen oder gewählt. Seniorenbeiräte nehmen sich der Anliegen älterer Menschen im Stadtteil oder in der Gemeinde an. Es ist eine gute Gelegenheit, gemeinsam mit Gleichgesinnten Vorschläge zu machen und Anregungen zu geben, wie Parteien und Verwaltung die Lebenssituationen von Senioren verbessern können.

Wem das zu nah an der Politik ist, der kann in Selbsthilfeorganisationen und Seniorengemeinschaften mitwirken. Die Kirchen und auch die Verbände machen solche Angebote für eine gemeinsame Freizeitgestaltung. Ein gutes Beispiel ist der „Familienbund der Deutschen Katholiken“, der das Engagement für die christliche Familie auf seine Fahnen geschrieben hat. Auch im Gesundheitsbereich gibt es Selbsthilfegruppen zu bestimmten Erkrankungen wie zum Beispiel die „Rheumaliga“ oder Witwentreffs. Diese Gruppen funktionieren nach dem Motto „Geteiltes Leid ist halbes Leid“. Denn das persönliche Schicksal wird in der Gemeinschaft erträglicher.

Das Alter ist von einem besonderen Reichtum gekennzeichnet. Im Gegensatz zu Menschen in der anstrengenden Erwerbsarbeit oder aufreibenden Familientätigkeit besitzen Senioren einen großen Überschuss privater Zeit. Sie kann vergeudet werden oder wie Kapitalmittel investiert werden; zum Beispiel in ehrenamtliche Arbeit. Im Bereich des Landes-Caritasverbandes für Oldenburg besteht ein großes Netz ehrenamtlicher Dienste.

Wer in den aktiven Jahren des Alters ehrenamtlich für sehr alte Hilfebedürftige tätig ist, sammelt beispielsweise schon Erfahrungen für die Zeit, wenn er oder sie selbst zu den Hochbetagten zählt. Es stellt eine Chance dar, im frühen Alter für das eigene hohe Alter zu lernen.

In Baden-Württemberg gibt es von Jahr zu Jahr mehr ältere Menschen, die diesen Austausch zwischen jungen und alten Alten im Rahmen von „Senioren-genossenschaften“ betreiben. Im Unterschied zur herkömmlichen ehrenamtlichen Arbeit bieten die aktiven Mitglieder der Senioren-genossenschaften den hilfebedürftigen Mitgliedern ihre Unterstützung an und erhalten dafür als Gegenleistung Bonuspunkte auf einem „Zeitkonto“ gutgeschrieben. Die Bonuspunkte können wieder gegen Hilfeleistungen eingetauscht werden. Zeit wird dadurch zur Alterswährung. Wenn zum Beispiel in späteren Jahren eine eigene Hilfebedürftigkeit eingetreten ist, kann Unterstützung im Wert der gesammelten Bonuspunkte von den dann aktiven Mitgliedern abgerufen werden. Das Leistungsspektrum umfaßt Nachbarschaftshilfe, Besuchsdienste, handwerkliche und hauswirtschaftliche Dienste, Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten und Verwaltungsarbeit in der Genossenschaft.

Übertriebene Euphorie im Hinblick auf soziale Beziehungen im Alter ist nicht angebracht. Nur wer mit beiden Beinen auf dem Boden der Realität haften bleibt, ist im Alter vor unangenehmen Überraschungen geschützt. Das betrifft vor allem die Rolle von Angehörigen im Fall von Pflegebedürftigkeit. In vielen Familien wird dieses Thema als Tabu behandelt. Es wird ausgeschwiegen, bis der Pflegefall eintritt. Nicht selten sind die Folgen den Beteiligten peinlich, wenn alle aufeinander gerichteten Erwartungen enttäuscht wurden. Der betroffene ältere Mensch hatte mehr Zuwendung durch die jüngeren Angehörigen erwartet; diese haben wiederum mehr Verständnis für den Einbezug professioneller Pflegedienste erwartet. Deshalb ist als Vorsorgemaßnahme dringend eine frühzeitige und offene Aussprache darüber mit den Angehörigen zu empfehlen. Hilfreich sind dabei auch beratende Gespräche mit Anbietern von ambulanten Diensten über Versorgungslösungen bei Hilfeabhängigkeit. Damit kein Zweifel aufkommt: Die Familie stellt immer noch die zentrale Grundlage für Hilfe im Alter dar. Aber es ist sehr zu empfehlen, schon frühzeitig im Kreis der Angehörigen eine gemeinsame Lösung für den Ernstfall auszuhandeln.

Bauliche Rahmenbedingungen anpassen

Zur individuellen Vorsorge gehört natürlich auch die rechtzeitige Anpassung der Wohnung. Es kommt neuerdings immer häufiger vor, daß ältere Witwen in 150 qm großen Einfamilienhäusern leben. Beim Eintritt von Hilfebedürftigkeit muß es zwangsläufig

zu einer Krise kommen, weil das Haus nicht mehr bewirtschaftet werden kann und weil keine Lösung vorbereitet worden ist. Deshalb sollte jeder im Alterungsprozeß daran denken, die eigene Wohnung frühzeitig zu verkleinern oder zu Angehörigen zu ziehen. Empfehlenswert ist beim Beispiel des 150 qm großen Hauses ein funktionaler Umbau, so daß ein Teil des Hauses als abgeschlossene Wohnung vermietet werden und mit den neuen Nachbarn möglicherweise - im Rahmen eines Mietnachlasses - eine Hilfefatenschaft, d.h. eine Betreuungsgarantie vereinbart werden kann. Auch das Innere der Wohnung muß an die veränderten Lebensvollzüge angepaßt werden. Dabei steht die Sicherheit im Vordergrund. Hierzu hat die Verbraucherzentrale Niedersachsen einen hilfreichen Empfehlungskatalog zusammengestellt.

Für das Älterwerden der Region vorsorgen Familienfreundlichkeit in der Region

Damit Angehörige neben den verschiedenen alltäglichen Pflichten genügend Zeit für ihre älteren Verwandten finden und im Bedarfsfall auch Pflege sowie Hilfe leisten können, müssen sich in Zukunft Männer und Frauen diese Aufgaben teilen. Bisher ist das Hilfpotential der Männer noch nicht ausgeschöpft; da gibt es großen Nachholbedarf. Demographisch bedingte Helferdefizite könnten auf diese Weise zumindest in Ansätzen ausgeglichen werden.

Bei Erwerbstätigen ist eine Unterstützung der Betriebe wünschenswert. Die Unternehmen können durch Familienfreundlichkeit einen Beitrag zur regionalen Vorsorge auf das Älterwerden leisten. Begünstigende Rahmenbedingungen im Arbeitsleben sind:

- Wohnungsnahe Arbeitsplätze,
- Freistellungen bzw. Beurlaubungen für Pflege,
- flexible Arbeitszeiten für pflegende Angehörige.

Die Kommunalpolitik sollte dazu Impulse setzen. Sie muß die Initiative ergreifen, um die Betriebe in der Region von der Notwendigkeit des Handelns zu überzeugen und Handlungsmöglichkeiten exemplarisch aufzuzeigen.

Betriebliche Maßnahmen wie Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeiten, Pflegeurlaub mit Rückkehrgarantie, familienbegleitende Weiterbildung zur Förderung der Rückkehr in den Beruf sind Bestandteile eines Konzeptes für eine familienorientierte und altersfreundliche Arbeitswelt. Diese Maßnahmen können zum Teil von einzelnen Betrieben durchgeführt werden. Angesichts der

Vielzahl von kleineren und mittleren Betrieben bietet sich jedoch eine Zusammenarbeit - zum Beispiel in Form eines Verbundsystems - an.

Altenhilfe und Altenpflege auf demographische Alterung vorbereiten

Die Städte und Landkreise müssen vorsorgen, daß die Straßen, Wohnquartiere und Wohnverhältnisse altengerecht gestaltet werden. Im Zentrum des Interesses steht aber eine altersgerechte Infrastruktur. Allgemeine Anforderungen sind:

- eine kleinräumige Organisation der sozialen Dienste und Erreichbarkeit aller erforderlichen altersbezogenen Dienstleistungen und Infrastruktureinrichtungen,
- das Vorhandensein von Beratungsangeboten zur Lebens- und Gesundheitserhaltung,
- das Vorhandensein von Fahrdiensten und Rufsystemen, Verkehrsberuhigung im Wohnungsnahbereich und eine Erreichbarkeit des öffentlichen Personennahverkehrs,
- wohnungsnahe kulturelle Unterhaltungsangebote und Gelegenheiten zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Im Rahmen einer örtlichen und regionalen Altenhilfeplanung muß dies sichergestellt werden.

Den ambulanten pflegerischen Diensten - und hier vorrangig den Sozialstationen - kommt in Zukunft eine noch bedeutendere Rolle bei der Pflege, Versorgung und Förderung alter hilfebedürftiger Menschen zu als bisher. Sie müssen in der Zukunft weiterentwickelt werden. Erforderlich sind:

- ein besseres System von Hausbesuchen und ein auf die Bedürfnisse der Älteren zugeschnittener Einsatz kleiner Teams mit einer festen, überschaubaren Helferzahl;
- eine bessere Kooperation mit anderen medizinischen Dienstleistungsanbietern und mit anderen Einrichtungen der Gesundheits-, Sozial- und Altenhilfe;
- eine bessere Beratung und Unterstützung pflegender Angehöriger;
- bessere Leistungen für gerontopsychiatrisch Erkrankte und mehr Leistungen zur Rehabilitation, damit ältere Menschen nach einem Krankenhausaufenthalt wieder in die Lage versetzt werden können, zuhause zu leben.

Die bestehenden stationären Altenpflegeeinrichtungen müssen zu stadt- oder ortsbezogenen Dienstleistungszentren weiterentwickelt werden. Ihre Angebote müssen überschaubarer, bedarfs-

orientierter und bürger- sowie praxisnäher gemacht werden. Dazu gehört die organisatorische Einbindung von Begegnungsstätten mit offenen Nutzungsmöglichkeiten.

Ältere Menschen wünschen sich, so selbständig und unabhängig wie möglich zu leben und zugleich für den Fall eintretender Pflegebedürftigkeit abgesichert zu sein, ohne in ein Altenpflegeheim eintreten zu müssen. Die positive Verbindung dieser beiden Anforderungen heißt: „Betreutes Wohnen“. Die Angebote reichen von Grundleistungen im Notfall bis hin zur Schwerstpflegegarantie. Im Rahmen eines Betreuungs- oder Versorgungsvertrages verpflichtet sich der Leistungsanbieter zur Gewährleistung von Serviceleistungen im Bedarfsfall. Wie bei einer Versicherung wird ein pauschales monatliches Entgelt entrichtet, auch wenn der Service wegen Wohlbefindens nicht in Anspruch genommen wird. Die Stadt Vechta und der Landkreis Vechta sollten im Rahmen ihrer kommunalen bzw. regionalen Vorsorgebemühungen eine Vielzahl solcher Angebote betreuten Wohnens initiieren.

Insgesamt muß schon heute damit begonnen werden, die Rahmenbedingungen für die älter werdende Region zu verbessern. Es darf dabei nicht aus dem Blick verloren werden, daß sich die Zahl der über 65jährigen von 1990 bis zum Jahr 2000 im Landkreis Vechta um schätzungsweise 3.000 und in der Stadt Vechta um ca. 320 Personen erhöhen wird.

Öffentlichkeit für Altersthemen

Für viele ältere Menschen ist das System der Altenpflege und Altenhilfe längst unübersichtlich geworden. Viele wissen nicht, an wen sie sich mit Fragen wenden können; andere kennen die Zugänge zu den Informationen nicht, welche Angebote es überhaupt gibt. Dazu müssen Landkreis und Stadt Vechta eine „Öffentlichkeitsoffensive“ starten. Sie müssen den älteren Bürgern und Bürgerinnen sowie deren Angehörigen Zugang zu den verschiedenen Informationen durch einen altengerechten Wegweiser verschaffen. Die Auflistung von Hilfs- und Beratungsdiensten in der Oldenburgischen Volkszeitung oder das Adressenverzeichnis des Landes-Caritasverbandes sind erste Schritte dahin. Weitere mit näheren und problembezogenen Informationen sollten folgen.

Schlußbemerkung

Nach den neuesten Erkenntnissen der gerontologischen Grundlagenforschung altern wir, weil die Funktionstüchtigkeit des

körpereigenen Abwehrsystems nachläßt. Der Amerikaner Walford, der für diese „Immuntheorie“ verantwortlich ist, hat mit systematischen Untersuchungen eine Lebensverlängerung verschiedenster Versuchstiere bis zu 60 % erzielt. „Unterernährung“ lautet der Untersuchungsansatz. Auf Dauerdiät gesetzte Versuchstiere leben länger und werden weniger oft krank als Tiere, die ungehemmt fressen. Sie behalten viel länger ihr kräftiges Immunsystem, ihr glänzendes Fell und ihr gutes Erinnerungsvermögen. Dauerdiät heißt: weniger Kohlenhydrate, mehr Eiweißzuführung, ausreichende Vitamin- und Mineralstoffversorgung. Praktisch bedeutet das, sich nicht mehr satt zu essen, sondern nur noch ausreichend zu ernähren. Der Forscher Walford hat inzwischen seine eigene Ernährung auf 1500 Kalorien am Tag reduziert. Vielleicht animiert diese Nachricht, in der alltäglichen Gestaltung der Ernährung ein paar Änderungen vorzunehmen und schon heute zu beginnen, sich auf das Alter vorzubereiten. Allerdings darf die Vorsorge nicht zum Dauerstreß und zur Überlastung werden; denn dann wirken die Bemühungen kontraproduktiv.

- 1) Quelle: Peter Borscheid, Geschichte des Alters: Vom Spätmittelalter zum 18. Jahrhundert. Münster, 1987, S. 30
- 2) Quelle: ebd., S. 54
- 3) Hilfenetze älterer Menschen. Ergebnisse einer egozentrierten Netzwerkanalyse im ländlichen Raum. Institut für Entwicklungsplanung und Strukturfor- schung, Hannover 1992, IES-Berichte 205.92
- 4) Die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung und des Strukturwandels auf kommunalpolitische Handlungsfelder im Landkreis Vechta. Teil 2: Erörterung der Zukunftsperspektiven. Institut für Entwicklungsplanung und Strukturfor- schung, Hannover 1991, IES-Berichte 208.91
- 5) Die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung und des Strukturwandels auf kommunalpolitische Handlungsfelder im Landkreis Vechta. Teil 1: Kleinräu- mige Bevölkerungsvorausschätzungen. Institut für Entwicklungsplanung und Strukturfor- schung, Hannover 1991, IES-Berichte 207.91
- 6) ebd.

Die Landwirtschaft Südoldenburgs am Scheideweg

1. Einleitung: Die Herausforderungen der neunziger Jahre

Die Landwirtschaft in Südoldenburg sieht sich gegenwärtig neuen Herausforderungen gegenüber, deren erfolgreiche Bewältigung darüber entscheiden wird, welche Rangstellung sie in Zukunft im Rahmen der Gesamtwirtschaft dieses Raumes aber auch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben wird. Diese Herausforderungen unterscheiden sich deutlich von denen, mit denen die Agrarbetriebe in der Vergangenheit konfrontiert waren. Es geht nun nämlich nicht mehr primär um die Frage, ob die hier erreichte Struktur, insbesondere in den Veredelungsbetrieben, ausreicht, um sich in einem EG-Binnenmarkt zu behaupten, sondern vor allem darum, ob die hier erzeugten Produkte den notwendigen Qualitätsstandard haben und ob die landwirtschaftliche Erzeugung umweltverträglich erfolgt. Es ist unverkennbar, daß von der nicht in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung immer häufiger die Frage gestellt wird, ob die aus der Intensivlandwirtschaft kommenden tierischen Nahrungsmittel bedenkenlos verzehrt werden können und ob die dort praktizierten Verfahren umweltverträglich sind. Diese Fragen werden sich auch die in den beiden südoldenburgischen Landkreisen tätigen Agrarproduzenten, seien es nun Landwirte oder agrarindustrielle Unternehmen, in Zukunft stellen lassen müssen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß das Image dieses Agrarwirtschaftsraumes durch die Berichterstattung in den Massenmedien bereits stark belastet ist. Hieran hat auch die mit hohem finanziellen Aufwand durchgeführte Imagekampagne bislang nur wenig zu ändern vermocht.

In diesem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, ob die Agrarproduzenten in Südoldenburg auf die Bewältigung dieser neuen Herausforderungen in hinreichendem Maße vorbereitet sind.

2. Umweltverträglichkeit der Produktion - eine entscheidende Herausforderung der nächsten Jahre

Spätestens mit der Ausstrahlung des Fernsehfilms „Und ewig stinken die Felder“ am 8. März 1984 hatte die Landwirtschaft in Süldenburg ihren Stempel erhalten. Kaum ein Bericht in Tageszeitungen oder Magazinen oder eine kritische Sendung in Rundfunk und Fernsehen versäumten es seitdem, den Agrarwirtschaftsraum als Prototyp einer Fehlentwicklung in der Erzeugung tierischer Nahrungsmittel vorzustellen. Dabei kommt es nicht selten zu stark verzerrten Darstellungen, die allerdings erkennen lassen, wie schwierig es sein wird, die vorhandenen Vorstellungen zu verändern. Deshalb ist es wichtig, die Agrarproduktion in Zukunft so zu gestalten, daß von ihr keine weitere Gefährdung der Umwelt mehr ausgeht.

Eine der dringlichsten Aufgaben ist darin zu sehen, die aus der intensiven Tierproduktion anfallenden Exkremamente umweltverträglich zu verwenden. Durch Erhebungen der Landkreise und Untersuchungen des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik liegen inzwischen gute Kenntnisse über den Dungeinheitenbesatz vor. Diese Werte sollen hier in kurzgefaßter Form vorgestellt werden, um deutlich zu machen, vor welcher Aufgabe Landwirtschaft und Verwaltung stehen. Hierbei wird das Schwergewicht der Betrachtung auf den Landkreis Vechta gelegt, weil hier das Problem noch weitaus komplexer ist als im nördlichen Nachbarkreis.

In den beiden süldenburgischen Landkreisen sind pro Jahr etwa 400.000 Dungeinheiten¹⁾ zu entsorgen, davon entfallen gut 220.000 oder 55 % auf den Landkreis Vechta. Der durchschnittliche Dungeinheitenbesatz lag nach Berechnungen des Nds. Landesamtes für Statistik im Jahre 1991 in Cloppenburg bei 2,13 DE/ha LF und im Landkreis Vechta bei 3,46 DE/ha LF (THOMSEN 1992, S. 369). Der gegenwärtig gültige Grenzwert von 2,5 DE/ha LF wird also im Landkreis Vechta deutlich überschritten, während er in Cloppenburg zumindest im Kreisdurchschnitt noch nicht erreicht wird. Die Richtigkeit des Wertes für den Landkreis Vechta wurde immer wieder angezweifelt, weil argumentiert wurde, daß beträchtliche Mengen der anfallenden Exkremamente, insbesondere Geflügeltrockenkot, außerhalb des Landkreises verwertet würden und deshalb der Dungeinheitenbesatz weitaus niedriger sei. Die von der Kreisverwaltung in Vechta im Rahmen der sogenannten „Aktion 3000“ durchgeführten Erhebungen machen es nun möglich, zu einer exakteren Bilanzierung zu gelangen.

Tab. 1: Dungeinheiten-Bilanz für den Landkreis Vechta (1991)

(Quelle: Unterlagen der Kreisverwaltung Vechta, eigene Berechnungen)

Tierart	DE	%-Anteil
Pferde	1.227	0,6
Rindvieh	34.578	15,5
Schweine	99.440	44,7
Hühner	83.453	37,5
Sonst. Geflügel	3.593	1,6
Schafe	113	0,1
Gesamt	222.414	100,0

DE-BESATZ

Vorhandene Dungeinheiten:	222.414
Verwertung außerhalb Vechtas:	41.307
Verbleiben zu entsorgen:	181.107
Verfügbare LF:	56.214 ha

Verbleibt ein DE-Besatz/ha LF: 3,22

Aus Tabelle 1 kann man entnehmen, daß zu Beginn der neunziger Jahre im Landkreis Vechta etwas mehr als 222.000 DE anfielen. Daran hatten die Schweinehalter einen Anteil von 44,7 % und die Hühnerhalter von 37,5 %. Man sieht leicht, daß diese beiden Zweige der Nutztierhaltung insbesondere zu berücksichtigen sind, wenn es um Lösungsansätze für die vorliegende Überversorgung geht.

Außerhalb des Landkreises wurden auf 19.406 ha LF insgesamt 41.307 DE ausgebracht, so daß auf der landwirtschaftlichen Nutzfläche innerhalb des Landkreises (56.214 ha) noch 181.107 DE zu entsorgen waren. Dies entsprach einem durchschnittlichen DE-Besatz von 3,22 pro ha LF. Die Bilanzierung macht deutlich, daß immer wieder zu hörende Feststellungen, daß unter Einbeziehung der Gülleverbringung in benachbarte Landkreise der gesetzlich vorgeschriebene Grenzwert eingehalten werden könne, nicht richtig sind, im Gegenteil, es fehlen schon jetzt 16.229 ha LF, um den vorgeschriebenen Grenzwert zu erreichen.

Aus Tabelle 2 kann man entnehmen, wohin Gülle und Trockenkot verbracht werden. Die größten Mengen gehen in die benachbarten Landkreise Diepholz und Osnabrück, doch auch das Emsland und Oldenburg nehmen beträchtliche Mengen auf. Diese Feststellung

Tab. 2: Absatzgebiete für Gülle und Trockenkot aus Tierhaltungsbetrieben des Landkreises Vechta

(Quelle: Unterlagen der Kreisverwaltung Vechta)

Region	Fläche (ha)	Dungeinheiten
RB Braunschweig	287,5	673,1
RB Hannover	6.987,4	14.356,1
LK Diepholz	6.459,5	13.280,0
RB Lüneburg	938,8	2.029,1
RB Weser-Ems	9.348,6	20.251,6
LK Osnabrück	4.279,7	8.840,3
LK Emsland	2.079,7	4.766,1
LK Oldenburg	1.470,0	3.217,9
ND Verw. Genossensch.	1.000,0	2.329,5
Niedersachsen	13.533,3	39.639,4
Nordrhein-Westfalen	234,1	482,6
Gesamt	19.406,0	41.307,6

ist von Bedeutung, weil davon die Möglichkeit bestimmt wird, weitere Aufbringungsflächen im Nahbereich zu finden. Hierbei ist auch der dort vorliegende DE-Besatz mit in die Betrachtung einzubeziehen. Er lag im Jahre 1991 im Emsland bei 1,46 DE/ha LF, in Osnabrück bei 1,53 DE, in Oldenburg bei 1,47 DE und in Diepholz bei 1,17 DE. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die aus dem Landkreis Vechta in diese Landkreise verbrachten tierischen Exkrememente nicht mit eingerechnet worden sind. Wenn man ebenfalls mit in die Betrachtung einbezieht, daß die niedersächsische Landesregierung beabsichtigt, den zulässigen Grenzwert kurzfristig auf 2,0 DE/ha LF und mittelfristig sogar auf 1,5 DE abzusenken, wird erkennbar, daß es ausgesprochen schwierig, wenn nicht sogar unmöglich sein wird, die benötigten Nutzflächen zuzupachten oder als Vertragsflächen für die Ausbringung zu erhalten. Auf jeden Fall wird es zu einem Run auf noch verfügbare Flächen und schnell steigenden Pachtpreisen kommen, wenn eine Absenkung des zulässigen DE-Besatzes gesetzlich festgeschrieben wird.

Um die Brisanz der Situation zu verdeutlichen, muß man eine Flächenbilanzierung für den Fall der Absenkung des zulässigen Besatzwertes vornehmen. Wenn der Wert auf 2,0 DE/ha LF abgesenkt wird, fehlen in den beiden südoldenburgischen Landkreisen 40.883 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche für die Ausbrin-

gung, davon entfallen 34.340 ha auf den Landkreis Vechta und 6.543 ha auf Cloppenburg. Eine Absenkung auf 1,5 DE/ha LF, wie sie insbesondere von seiten des Naturschutzes gefordert wird und auch vom Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (1985, S. 322) als Leitwert zur Bestimmung des üblichen Maßes der landwirtschaftlichen Düngung als sinnvoll genannt wird, würde zur Folge haben, daß insgesamt 106.798 ha LF fehlen würden, um die gesetzlichen Regelungen einzuhalten. Allein im Landkreis Vechta würde sich ein Flächendefizit von etwa 64.500 ha ergeben. Spätestens hier wird deutlich, daß eine umweltverträgliche Entsorgung über die Fläche nicht länger möglich sein wird, weil auch in den Nachbarkreisen, sieht man einmal von Diepholz ab, kein Puffer mehr vorhanden ist.

Die beschriebene Situation erfährt durch sich ankündigende Regelungen, die die Phosphatversorgung der Böden mit in eine Bewertung einbeziehen, eine weitere Verschärfung. Schon jetzt ist durch den sogenannten „qualifizierten Flächennachweis“ bei baulichen Veränderungen bzw. Neuanlagen die Versorgungsstufe der Böden mit Phosphat bei der Berechnung heranzuziehen. Hier kann dann der Fall eintreten, daß ein Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche nur noch zur Hälfte, einem Drittel oder gar nicht als Aufbringungsfläche angerechnet werden kann, weil der Boden bereits eine Überversorgung mit Phosphat aufweist. Auch die Düngemittelanwendungsverordnung wird diesen Aspekt mit berücksichtigen. Die schleswig-holsteinische Landesverordnung über das Aufbringen von Gülle (v. 8. 7. 1989) bezieht dieses Kriterium bereits mit ein, denn sie schreibt in § 5 (2) vor, daß Gülle von Geflügel auf Böden mit der Phosphatversorgungsstufe D nur bis zu 1 DE je Hektar und Jahr aufgebracht werden darf, auf Böden der Versorgungsstufen E und F gar nicht.

Es wird hier bewußt auf derartig schon bestehende Gesetzesvorschriften hingewiesen, weil in Südoldenburg immer wieder die Auffassung vertreten wird, daß Regelungen, wie sie in der vorgesehenen Novelle der niedersächsischen Güllerverordnung angestrebt werden (Absenkung auf 2 DE/ha LF), oder eine Berücksichtigung der Versorgungsstufen der Böden mit Phosphat absolut unzumutbar seien und keine Aussicht auf Realisierung hätten. Es kann nur mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß der Gesetzgeber sehr wohl dazu in der Lage und bereit ist, solche Regelungen zu treffen. Man sollte sich in den beiden südoldenburgischen Landkreisen nicht der Illusion hingeben, es werde für diese Region eine Sonderregelung geben. Vielmehr wird man gut

beraten sein, sich darauf einzustellen, daß ein Grenzwert von 2 DE allgemeine Gesetzesgrundlage wird und dort, wo hohe Versorgungsstufen mit Phosphat erreicht sind, eine deutlich Reduzierung der aufbringbaren Mengen an tierischen Exkrementen erfolgen muß. Auch sollte man sich darauf einstellen, daß die Einhaltung dieser Regelungen überwacht wird.

Diese sich immer deutlicher abzeichnende Perspektive war Anlaß für einige Wissenschaftler im Institut für Strukturforschung und Planung in agrarischen Intensivgebieten (ISPA), eine umfangreiche Analyse der Phosphatversorgung der Böden in Angriff zu nehmen. Sie ist inzwischen erschienen (LEINWEBER, GEYER-WEDELL, JORDAN 1993) und hat in kurzer Zeit zu heftigen Kontroversen geführt. Die dort vorgelegten Werte wurden als nicht repräsentativ angesehen, die Erhebungsmethoden kritisiert und die Schlußfolgerungen als nicht begründbar beurteilt. Da insbesondere die Auseinandersetzungen zwischen der LUFA der Landwirtschaftskammer Weser-Ems und den Verfassern der Studie noch anhalten, sollen hierzu bewußt keine Ausführungen gemacht werden. Die Reaktionen zeigen aber, daß ganz offenbar ein hochbrisantes Problem angestoßen worden ist. Unumgänglich ist eine flächenbezogene Analyse der Situation, vor allem auch unter Einbeziehung der Flächen, die bislang ganz offenbar wegen der hohen Versorgungsstufen, die den Landwirten bekannt sind, nicht beprobt worden sind. Erst wenn diese Ergebnisse vorliegen, wird es möglich sein, die Auswirkungen solcher Regelungen auf die Veredelungswirtschaft in den beiden südoldenburgischen Landkreisen präziser zu erfassen. Hierzu ist es aber notwendig, daß die vorhandenen Daten verfügbar gemacht werden, weil es keinem dienlich ist, die reale Situation nicht öffentlich darzustellen. Die Realität wird die Betroffenen schneller einholen als ihnen lieb sein kann. Gegenwärtig wird im ISPA an einer Studie gearbeitet, die eine Gesamtbilanzierung aller anfallenden organischen Substanzen in den beiden südoldenburgischen Landkreisen beinhalten wird, also neben den tierischen Exkrementen auch Schlachtabfälle, Klärschlämme, organischen Hausmüll, Grünschnitt und Ernterückstände. Diese werden dann bezüglich der darin enthaltenen Mineralstoffe bewertet. Diesem Anfall wird der Bedarf an Dünger für die pflanzliche Produktion gegenübergestellt. Daraus kann dann eine umfassendere Bilanzierung erstellt werden, die deutlich macht, wie hoch der tatsächliche Flächenbedarf für die Ausbringung organischer Substanzen bzw. das Flächendefizit ist. Diese Bilanzierung wird auch deutlich machen, welche Mengen gegebenenfalls mit Hilfe technischer Anlagen aufzubereiten sind.

Auftraggeber dieser Studie ist die Projektträgergesellschaft zur Verwertung organischer Abfall- und Reststoffe mbH mit Sitz in Vechta. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Studie soll dann in einem nächsten Schritt überlegt werden, wie technische Aufbereitungsanlagen zu finanzieren sind und wo sie errichtet werden können. Dies ist ein erster Schritt in Richtung auf ein umfassendes Entsorgungskonzept für das agrarische Intensivgebiet Südoldenburg. Es bleibt zu hoffen, daß diese Aktivitäten schließlich zu einem erfolgreichen Abschluß führen.

3. Produktqualität - eine notwendige Voraussetzung, um sich am Markt zu behaupten

Die Veredelungswirtschaft in Südoldenburg ist in hohem Maße auf die Versorgung nationaler und sogar internationaler Märkte ausgerichtet. Nur ein Bruchteil der erzeugten Produkte werden innerhalb der beiden Landkreise verbraucht. Mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes und einer Ausweitung des Austausches zwischen den Staaten der EG erhält die Frage, ob die hier erzeugten Produkte den notwendigen Qualitätsstandard haben, um sich auf diesen Märkten behaupten zu können, einen neuen Stellenwert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein Agrarwirtschaftsraum vom Typ Südoldenburg, insbesondere im Hinblick auf das bereits vorhandene Negativimage, sehr viel kritischer beurteilt wird als z.B. Dänemark. Man kann davon ausgehen, daß mittelfristig der Aspekt der Produktqualität von immer größerer Bedeutung wird, weil eine breitere Schicht von Konsumenten darauf achten wird, ob die angebotenen Nahrungsmittel frei von Rückständen sind, den ernährungsphysiologischen Ansprüchen genügen und umweltverträglich erzeugt worden sind.

Hinzu kommt ein weiterer Gesichtspunkt, der bei der Beurteilung der Entwicklungsmöglichkeiten der Veredelungswirtschaft in Südoldenburg nicht unberücksichtigt bleiben darf. Aus Tabelle 3 geht hervor, daß der Pro-Kopf-Verbrauch an Schweinefleisch in Deutschland zwischen 1986 und 1992 um 8,8 % abgenommen hat. Zwar hat der Verzehr an Geflügelfleisch zugenommen, doch ist insgesamt ein Rückgang beim Fleischverzehr festzuhalten. Drastische Einbrüche sind beim Eiverzehr eingetreten. Allein zwischen 1990 und 1992 ist ein Rückgang von 20 Eiern erfolgt. Diese Entwicklung macht deutlich, daß für zwei der tragenden Säulen der Veredelungswirtschaft, nämlich die Schweinemast und die Legehennenhaltung, längerfristig eher ungünstige Entwicklungsperspektiven vorliegen.

Tab. 3: Entwicklung des Pro-Kopf-Verbrauches bei Schweinefleisch, Geflügelfleisch und Eiern in Deutschland zwischen 1986 und 1992, Angaben in kg/Kopf bzw. Stück

(Quelle: Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle, Bonn)

Jahr	Schweinefleisch	Geflügelfleisch	Eier
1986	61,1	10,1	272
1988	62,2	11,2	262
1990*	60,1	11,7	254
1991*	56,2	12,2	244
1992*	55,7	12,5	234
Veränderung (%)	- 8,8	+ 23,8	- 14,0

* incl. neue Bundesländer

Die Betriebe mit Mastschweinehaltung sehen sich nicht nur der Konkurrenz aus dem Inland gegenüber, sondern in wachsendem Maße den dänischen Erzeugern. Diese konnten in den vergangenen Jahren einen außergewöhnlichen Erfolg auf den deutschen Märkten verbuchen. So waren sie in der Lage, den Export von Schweinefleisch nach Deutschland zwischen 1990 und 1992 um etwa 100.000 t zu steigern. Insgesamt stellten sie 1992 bereits 21,2 % des Importes und lieferten 233.500 t an deutsche Abnehmer. Hierbei erwies sich ihre Marktstrategie als sehr erfolgreich, die umweltverträgliche Erzeugung qualitativ hochwertiger Ware in den Mittelpunkt ihrer Werbemaßnahmen zu stellen. Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden, es sei auf die umfangreiche Darstellung des Verfassers verwiesen (WINDHORST 1992), in der das auf genossenschaftlicher Basis organisierte Produktionssystem vorgestellt wird. Der ungebremsste Erfolg der dänischen Genossenschaften auf den europäischen Märkten macht deutlich, daß sie die Zeichen der Zeit ganz offenbar früher erkannt haben als andere Produktionsgebiete. Seit bekannt ist, worin der Erfolg begründet liegt, versucht man auch in anderen Zentren der Schweineproduktion zu einer integrierten Qualitätskontrolle überzugehen. Insider sind jedoch der Ansicht, daß der Abstand zwischen dem in Dänemark und Nordwestdeutschland erreichten Entwicklungsstand etwa 10 Jahre beträgt.

Wenn man danach fragt, weshalb denn bislang im Weser-Ems-Gebiet stärkere Einbrüche in der Schweinehaltung ausgeblieben

sind, fällt die Antwort nicht leicht. Auf der einen Seite wird nämlich von Veterinärmedizinern und Betreibern von großen Schlachthöfen auf den vielfach unbefriedigenden Gesundheitszustand der angelieferten Schweine und eine unzureichende Qualität hingewiesen, auf der anderen Seite steht die ungebremschte Nachfrage nach Schlachttieren, die von den Mästern ins Feld geführt wird. Beide Aussagen sind richtig. Untersuchungen von v. HAMMEL u. BLAHA (1993) haben gezeigt, daß in der Tat ein hoher Anteil mittel- bis hochgradiger Lungenveränderungen bei Schlachtschweinen festzustellen ist, der sich in geringerem Schlachtkörpergewicht und qualitativ minderwertigerem Fleisch niederschlägt. Sie gelangen zu folgendem Ergebnis: „Es ist daher im Interesse der Effizienz der Tierproduktion, der höchstmöglichen Produktivität der Schlachtbetriebe und der fleischverarbeitenden Industrie sowie im Interesse des Verbraucher- und Tiereschutzes dringend geboten, notwendige Schritte einzuleiten, um die Häufigkeit der respiratorischen Erkrankungen in unseren Schweinebeständen durch geeignete Präventivmaßnahmen zu senken.“ Deutlicher kann man die sich hier stellende Herausforderung kaum formulieren. Der Absatz der erzeugten Schlachtschweine ist deshalb noch nicht ins Stocken geraten, weil in Weser-Ems und angrenzenden Gebieten eine hohe Überkapazität im Schlachtsektor vorliegt, die noch durch die in den neuen Bundesländern erfolgten Ausbauten verstärkt worden ist. Sobald es hier allerdings zu einer Bereinigung gekommen ist, wird sich die Situation ändern, denn dann werden die Schlachtbetriebe gezielt dazu übergehen, nur solche Partien abzunehmen, die auch ihren Qualitätsvorstellungen entsprechen. Die Mäster wären gut beraten, sich rechtzeitig auf eine derart veränderte Situation einzustellen und entsprechend zu reagieren. Will Süddoldenburg auf Dauer seine Marktstellung behaupten, dann wird eine nachhaltige Verbesserung des Qualitätsstandards unumgänglich sein. Dies macht es notwendig, über Haltungsformen, Betriebssysteme, präventive Bestandsbetreuung, integrierte Qualitätskontrolle, neue Wege in der Vermarktung, Einbindung in übergeordnete Produktionssysteme und gegebenenfalls eine Reduzierung der Viehdichte nachzudenken. Diese Schritte sollten sofort eingeleitet werden, weil jetzt noch Zeit für eine Anpassung an die veränderten Bedingungen ist, in wenigen Jahren kann es schon zu spät sein, weil dann der Markt ganz andere Rahmenbedingungen stellt. Die schweinehaltenden Betriebe sollten sich darüber klar sein, daß auf Dauer nur der Betrieb in der Produktion bleiben wird, der qualitativ

hochwertige Ware in umweltverträglicher Weise erzeugt. Nur der Betriebsleiter hat auf Dauer eine Chance, der bereit ist, sich in ein übergeordnetes Produktionssystem einzubringen, in dem die Qualität auf allen Stufen kontrolliert wird. Nur so werden die großen Vermarkter in der Lage sein, ihre Produkte abzusetzen. Wer hierzu nicht bereit ist, wird mit drastischen Preiseinbußen zu rechnen haben.

4. Landwirtschaft am Scheideweg - Handlungsbedarf

Die vorangehenden Ausführungen haben deutlich gemacht, daß sich die Veredelungswirtschaft in den beiden südoldenburgischen Landkreisen in der Tat in einer Situation befindet, die dringend bestimmte Entscheidungen notwendig macht. Der eine oder andere Aspekt mag etwas überzeichnet sein, doch ist inzwischen einer immer größeren Zahl von politisch Verantwortlichen, berufsständischen Vertretern, Inhabern von Unternehmen der vor- und nachgelagerten Industrie sowie Landwirten klar geworden, daß man nicht, wie es leider bis in die Gegenwart der Fall ist, die Probleme dadurch löst, daß man sie verdrängt oder als nicht existent bezeichnet. Wer leugnet, daß die Überversorgung mit tierischen Exkrementen zu einer ernsthaften Bedrohung für die Umwelt und auch die Zukunft der Veredelungswirtschaft geworden ist, schließt die Augen vor den Fakten. Wer behauptet, daß die Qualität der erzeugten Nutztiere in Südoldenburg sehr gut sei und sich problemlos mit der in Dänemark messen könne, nimmt die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen und auf dem Markt ablaufender Verdrängungsprozesse nicht zur Kenntnis. Wer meint, es bestehe kein Handlungsbedarf, weil der Gesetzgeber nicht in der Lage und bereit sein werde, die Rahmenbedingungen entscheidend zu verändern, unterschätzt den Druck, der von der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung auf die Parlamentarier ausgeübt wird. Wer nicht sieht, daß die Landwirtschaft und die ihr vor- und nachgelagerte Industrie noch immer der bedeutendste Wirtschaftszweig in dieser Region ist, von dem das sozioökonomische Wohlergehen der Menschen in hohem Maße abhängt, läßt sich zu sehr von der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in anderen Wirtschaftsbereichen leiten. Wer nicht wahrhaben will, daß ein Einbruch in der Veredelungswirtschaft eine krisenhafte Situation zur Folge haben kann und vor allem in den noch überwiegend agrarisch strukturierten Bauerschaften zu ernststen sozialen und wirtschaftlichen Anpassungsproblemen führen wird, weiß zu wenig über die Struktur dieses Raumes.

Angesichts der drängenden Probleme ist es notwendig, folgende Aufgaben umgehend in Angriff zu nehmen, um nicht wertvolle Zeit zu verlieren:

(1) In einer umfassenden Studie sollte untersucht werden, welchen Beitrag die landwirtschaftliche Primärproduktion, die ihr vor- und nachgelagerte Industrie sowie der mit ihnen im Zusammenhang stehende Dienstleistungssektor zur wirtschaftlichen Wertschöpfung beitragen. Darin sollte einbezogen sein eine Analyse der Zahl der Beschäftigten, die in diesen Bereichen tätig sind. Auf der Grundlage dieser Erhebung sollte dann ermittelt werden, welche sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen aus einer Reduzierung des zulässigen Dungeinheiten-Besatzes auf 2,0 bzw. 1,5 DE/ha LF resultieren. Dabei sollte auch die Phosphatversorgung der Böden und sich daraus ergebende Verminderungen der aufbringbaren Düngemengen einbezogen werden.

(2) In einer umfassenden Bilanzierung sollte ermittelt werden, welcher Flächenbedarf notwendig ist, um die in den beiden südoldenburgischen Landkreisen anfallenden organischen Abfälle und Reststoffe (tierische Exkrementen, Klärschlämme, Schlachtabfälle, organischer Hausmüll, Grünschnitt, Ernterückstände) umweltverträglich zu verwerten. Hierbei sollten verschiedene Szenarien entwickelt werden, die veränderte Grenzwerte (Dungeinheitenbesatz, aufbringbare Phosphatmenge, Schwermetalle) berücksichtigen. Diese Analyse sollte den anfallenden Mineralstoffen den Düngebedarf für den Pflanzenbau gegenüberstellen, um daraus die auf den Nutzflächen der beiden Landkreise nicht zu verwertenden Mengen zu ermitteln. Hieraus könnte unter Einbeziehung der in benachbarten Landkreisen verfügbaren Aufbringungsflächen der Bedarf für eine technische Entsorgung abgeleitet werden.

(3) In einer flächendeckenden Analyse sollte die Phosphatversorgung der landwirtschaftlichen Nutzflächen ermittelt werden. Hierbei kommt es darauf an, alle Flächen zu erfassen, um zu einer möglichst realen Einschätzung zu gelangen hinsichtlich der daraus resultierenden Einschränkungen bei der Ausbringung von Wirtschaftsdünger. Hierbei könnte auf bereits vorliegende Untersuchungen der LUFA in Oldenburg, des ISPA in Vechta und gegebenenfalls anderer Institutionen zurückgegriffen werden.

(4) In einer Studie sollten alle technischen Anlagen zusammengestellt werden, die bereits in der Aufbereitung von tierischen Exkrementen und anderen organischen Abfall- und Reststoffen eingesetzt werden. Sie sollten bzgl. ihrer Einsetzbarkeit in dem

für Südoldenburg vorgesehenen Gesamtentsorgungskonzept bewertet werden. Gleichzeitig müßten mögliche Standorte für eine technische Aufbereitungsanlage ermittelt werden, um rechtzeitig die notwendigen Vorstudien für eine Umweltverträglichkeitsprüfung einleiten zu können.

(5) In einer breit angelegten Untersuchung sollte ermittelt werden, wie der Gesundheitsstatus der an den Schlachtereien angelieferten Nutztiere ist; begonnen werden müßte mit den Mastschweinen. Im Mittelpunkt sollten respiratorische Erkrankungen stehen. In Feldversuchen sollten bislang vorliegende Analysen hinsichtlich der Auswirkungen auf Mastfolge und Fleischqualität überprüft werden. Es sollte versucht werden, die Befunde in Beziehung zu setzen zu den Haltungsformen und zur Viehdichte. Aus den Ergebnisse sollten Vorschläge abgeleitet werden zu einer präventiven Bestandsbetreuung sowie zur Verbesserung des Qualitätsstandards. Es sollte ein Konzept entwickelt werden für eine integrierte Qualitätssicherung, die alle Stufen des Produktionssystems einschließt.

Einige der genannten Projekte laufen bereits (2), andere befinden sich in einer Vorbereitungsphase (1) bzw. weisen Teilergebnisse auf (3, 4, 5). Wichtig ist es, die Ergebnisse gegenseitig verfügbar zu machen, um zu einer Synthese zu gelangen. Unabdingbar wird es sein, für einen befristeten Zeitraum eine landkreisübergreifende Arbeitsgruppe einzurichten, die mit einem konkreten Arbeitsauftrag auszustatten ist. In dieser Arbeitsgruppe sollten Vertreter aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Politik vertreten sein. Ohne ein solches Steuerungsgremium besteht die Gefahr, daß die ermittelten Ergebnisse unverbunden nebeneinanderstehen und letztlich kein tragfähiges Gesamtkonzept entsteht. Es haben in den vergangenen Monaten bereits mehrere Gesprächsrunden auf unterschiedlichen Ebenen stattgefunden, doch konnte noch kein rechter Durchbruch erzielt werden. Ursachen hierfür sind die sehr unterschiedlichen Einschätzungen der Situation der südoldenburgischen Landwirtschaft, das Gefühl der Nichtzuständigkeit, die stark voneinander abweichende Beurteilung der sich ankündigenden gesetzlichen Auflagen und auch Resignation. Es wird sicherlich noch einige Überzeugungsarbeit notwendig sein, um allen Betroffenen deutlich zu machen, daß sich die Landwirtschaft in Südoldenburg in der Tat an einem Scheideweg befindet. Fehleinschätzungen der Situation und hinausgezögerte Entscheidungen werden sich schon in wenigen Jahren bitter rächen.

-
- 1) Eine Dungeinheit (DE) ist die von einer bestimmten Anzahl von Tieren im Verlaufe eines Jahres erzeugte Menge an Wirtschaftsdünger, die 80 kg Stickstoff, bewertet als Gesamtstickstoff, enthält. In einigen Bundesländern wird auch noch die zulässige Phosphatmenge angegeben, so z.B. in Schleswig-Holstein: 60 kg Phosphat, bewertet als Gesamtphosphat.

Literatur

Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltprobleme der Landwirtschaft. Stuttgart 1985.

v. Hammel, M.-L. u. Th. Blaha: Die Erfassung pathologisch-anatomischer Organbefunde am Schlachthof. 3. Zusammenhänge zwischen der Tiergesundheit und der Schlachtkörperqualität beim Schwein. In: Fleischwirtschaft 1993, Heft 10 (im Druck).

Leinweber, P., Geyer-Wedell, K. u. E. Jordan: Phosphatversorgung der Böden im agrarischen Intensivgebiet Südoldenburg. Vechta 1993.

Niklas, I.: Übergangsregelung der Gülleverordnung am 31. 12. 1992 ausgelaufen. In: Statistische Monatshefte Niedersachsen 1993, Heft 3, S. 93-96.

Thomsen, M.: Das regionale Dungaufkommen in der niedersächsischen Landwirtschaft. In: Statistische Monatshefte Niedersachsen 1992, Heft 11, S. 368-372.

Windhorst, H.-W.: Brauchen wir technische Anlagen zur Bewältigung der Umweltprobleme aus der Nutztierhaltung? In: Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland 1992, S. 235-252.

Windhorst, H.-W.: Tierische Exkrememente aus der Intensivtierhaltung in Südoldenburg - eine Zwischenbilanz. In: Neues Archiv für Niedersachsen 1992, Heft 1-2, S. 102-116.

Windhorst, H.-W.: Die sektorale und regionale Struktur der Schweinehaltung in Dänemark zu Beginn der neunziger Jahre. Vechta 1992.

Universität Vechta: das zukünftige Profil

I. Ausgangssituation

Die Universität am Standort Vechta ist seit über drei Jahren ein Thema von landespolitischer Brisanz: Während die rot-grüne Koalition in Hannover seit Übernahme der Regierungsgeschäfte im Jahre 1990 die Schließung der Hochschule durchsetzen will, hat sich im Oldenburger Münsterland gegen diese Bestrebungen Widerstand geregt. Landkreise, Städte, Gemeinden, Universität, Universitätsgesellschaft, Bürgerinitiative PRO UNI und Universitätsleitung sowie IHK Beirat Südoldenburg, um nur einige der engagierten Streiter für den Erhalt der Universität zu nennen, haben sich in Resolutionen bzw. zahlreichen Schreiben an die Landesregierung gewandt und energisch gegen eine Schließung protestiert.

Diese Bemühungen könnten schon bald Früchte tragen. Hierfür wäre nicht nur den genannten Gruppen sowie den 23.000 Bürgerinnen und Bürgern, welche sich durch eine Mitgliedschaft in der Bürgerinitiative PRO UNI nachhaltig für die Hochschule eingesetzt haben, sondern insbesondere der Katholischen Kirche Dank zu sagen. Diese, durch einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Land Niedersachsen aus den Jahren 1965 bzw. 1973¹⁾ in den Streit involviert, hat durch das Katholische Büro Niedersachsen in Hannover über mehrere Monate Gespräche mit dem Land geführt und immer wieder darauf bestanden, daß der Universität eine Entwicklungschance gegeben werden müsse, die ihre langfristige Konsolidierung ermöglicht.

Um diese Gespräche nicht zu behindern, haben sich die Befürworter des Erhaltes der Universität in den zurückliegenden Monaten in der Öffentlichkeit nur selten geäußert. Dies hat bei denjenigen, denen es in erster Linie um Durchsetzung politischer Ziele, nicht aber ausschließlich um den Erhalt der Hochschule ging, zu Unmut geführt. Es wäre jedoch töricht gewesen, Gespräche, über deren positiven Verlauf die Betroffenen jederzeit informiert waren,

durch öffentliche Aussagen zu verkomplizieren und zu politisieren. Zurückhaltung im Dienste der Sache war deshalb oberstes Gebot.

II. Die Gespräche

Seit zwei Jahren schon hat Ministerpräsident Schröder die ehemals zuständige Ministerin Schuchardt von der Aufgabe entbunden, die Schließung der Universität durchzusetzen. Er hat die Frage der zukünftigen Struktur des Hochschulstandorts Vechta zur Chefsache erklärt. Vertreten wird das Land in den diesbezüglichen Gesprächen nun durch die Staatskanzlei.

Der Heilige Stuhl, vertreten durch den Nuntius in Bonn, hat seinerseits seine „weltliche Außenvertretung“, das Katholische Büro Niedersachsen, mit der Gesprächsführung betraut.

Insbesondere die Katholische Kirche hat seit Beginn der Kontakte Wert darauf gelegt, daß es sich bei den geführten Unterredungen lediglich um Gespräche, nicht aber bereits um Verhandlungen handelte. Diese Tatsache dürfte ein Grund dafür sein, daß man sich in unverkrampften, offenen Treffen ein Stück aufeinander zubewegt hat.

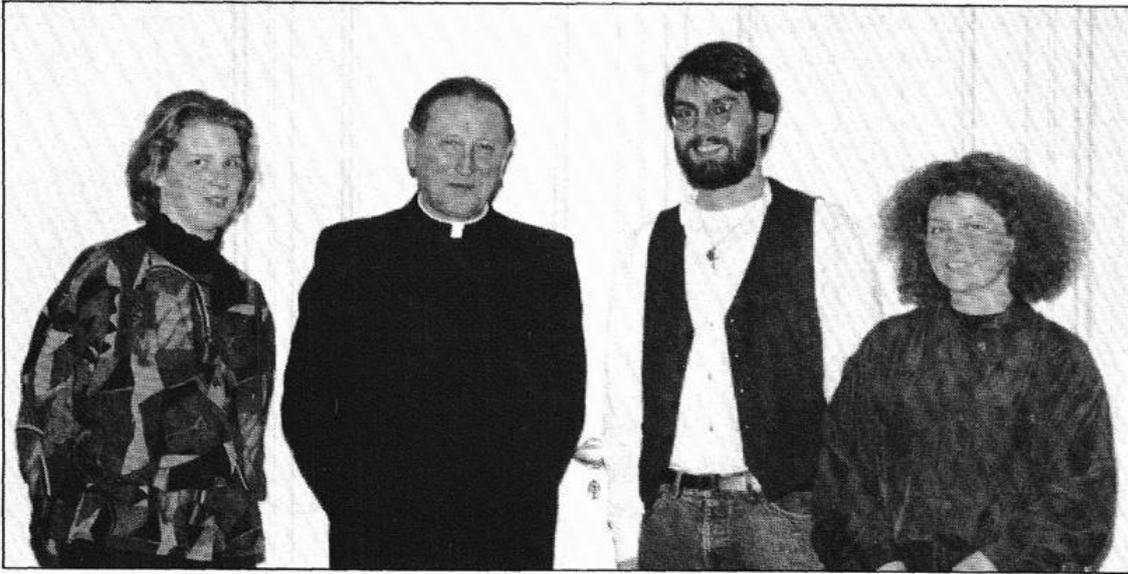
Schon zu einem relativ frühen Zeitpunkt war klar, daß eine Schließung der Universität nicht in Betracht kommen würde. Die Katholische Kirche hat es verstanden, ihre diesbezügliche Position, wie es der Ministerpräsident anläßlich des Neujahrsempfanges der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer im Januar dieses Jahres ausdrückte, mit „charmanter Härte“ zu vertreten.

Von beiden Gesprächspartnern wurde Wert darauf gelegt, daß die Gesprächsergebnisse nicht in die Öffentlichkeit gelangen sollten; zu sensibel sei die Materie, um sich der Gefahr auszusetzen, daß der eine oder andere versuchen würde, aus Erfolg oder Mißerfolg politisches Kapital zu schlagen.

So kann auch dieser Beitrag lediglich auf Informationen zurückgreifen, die bereits veröffentlicht wurden. Dennoch dürfte die verdichtete Darstellung der Aussagen im wesentlichen aus dem Jahr 1993 interessant sein. Zudem soll ein kritischer Blick auf das „Konsolidierungskonzept“ für die Hochschule in Vechta geworfen werden.

III. Gesprächsergebnisse

Am 22. November 1992 hatte die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag eine Große Anfrage zum Thema Universität Vechta



Vertreter/innen der Vechtaer Studierenden zu Besuch beim Apostolischen Nuntius-Kada in Bonn *Foto: OV*

eingebraucht, die mehr als 50 detaillierte Fragen zur zukünftigen Entwicklung der Hochschule beinhaltetete²⁾.

In der schriftlichen Antwort auf die Anfrage³⁾ wird u.a. darauf verwiesen, daß das Land nicht über die Mittel verfüge, die für die Einrichtung einer zusätzlichen Fachhochschule in Vechta, wie sie von verschiedener Seite gefordert worden war⁴⁾, notwendig wären.

Der Staatssekretär im Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium Uwe Bartels wies in Reaktion auf die Presseberichterstattung zur Großen Anfrage im Januar 1993 darauf hin, daß er davon ausgehe, daß die regionalen Interessen in den Gesprächen zwischen Land und Kirche berücksichtigt würden⁵⁾.

Zusätzlichen Anlaß zu Optimismus gab im Januar dieses Jahres die Tatsache, daß das Wissenschaftsministerium die Einrichtung eines interdisziplinären Studienganges „Umweltmonitoring“ am Universitätsstandort Vechta zum Sommersemester 1993 genehmigte⁶⁾.

Ein weiteres Signal für ihr nicht nachlassendes Engagement zugunsten des Universitätsstandortes Vechta setzte die Katholische Kirche im Dezember 1992: die OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG berichtete in ihrer Ausgabe vom 14.01.1993 über einen Besuch, den Vechtaer Studenten dem Apostolischen Nuntius Lajos Kada in Bonn abgestattet hatten. In diesem Gespräch versicherte der Nuntius, daß er die Wünsche, welche die Studenten hinsichtlich der zukünftigen Struktur der Universität vorgetragen hatten,

weiterleiten würde. Außerdem äußerte er, daß sich die Studierenden „keine Sorgen um die Zukunft des Standortes Vechta“ machen müßten⁷⁾.

Gegen Ende des Monats Januar wurde dann erneut intensiv über die Einrichtung einer Fachhochschule in Vechta diskutiert. Auslöser hierfür war ein vom Landkreis Vechta unter finanzieller Beteiligung der Stadt Vechta bei der renommierten Stuttgarter Steinbeis-Stiftung für Wirtschaftsförderung in Auftrag gegebenes Gutachten zur Einrichtung von Fachhochschul-Studiengängen in Vechta. Der Vorsitzende der Steinbeis-Stiftung, Prof. Dr. Johann Löhn, stellte das Gutachten am 28. Januar in Hannover vor und kam zu dem Ergebnis, daß Fachhochschul-Studiengänge in den Fachbereichen Betriebswirtschaftslehre, Maschinenbau und Verfahrenstechnik in Vechta möglichst zügig aufgebaut werden müßten. Die Fachhochschule solle neben der Universität, deren Existenz unangetastet bleiben müsse, installiert werden.⁸⁾

Unmittelbar im Kontext dieser Forderung sind die Äußerungen zu sehen, die der Leiter der Gesprächsdelegation des Landes, Staatssekretär Dr. Weber, am selben Tag gegenüber der NORDWESTZEITUNG machte. Unter der aussagekräftigen Überschrift „Eine Lösung erwünscht - aber mit Augenmaß“ wird dort noch einmal darauf verwiesen, daß „die Errichtung eines weiteren Fachhochschulstandortes in Nordwestniedersachsen nicht finanzierbar sei - es sei denn, die Ressourcen würden zu Lasten des Universitätsbereiches bereitgestellt“.⁹⁾

Dies war eine klare Absage an diejenigen in der Region, welche eine Fachhochschule nicht nur als Überkompensation gefordert, sondern an die Möglichkeit der zusätzlichen Einrichtung einer solchen in Vechta geglaubt hatten, zugleich aber auch an die Stadt Lingen und den Landkreis Emsland, die ihrerseits auf den zügigen Aufbau von Fachhochschulstudiengängen in Lingen gehofft hatten.

Zugleich machte diese Aussage deutlich, daß nun von seiten der Vechta-Befürworter auf eine zukünftige Struktur der Universität hinarbeiten war, die zwar die Lehrerausbildung weiterhin als ein wesentliches Standbein beinhalten würde, zugleich aber für die Einrichtung anderer, zusätzlicher Studiengänge zu streiten sein würde, um zu verhindern, daß die Universität aufgrund der bekanntermaßen immer wiederkehrenden Schwankungen in der Nachfrage nach Lehramtsstudienplätzen in wenigen Jahren wieder vor einer Schließungsdiskussion stehen würde.

Vor diesem Hintergrund sprachen sich Vorstand und Beirat der Bürgerinitiative PRO UNI auf einer gemeinsamen Sitzung Anfang Februar dafür aus, „daß in der gegenwärtigen Situation die Sicherung der Universität höchste Priorität haben müsse; es müsse eine selbständige Universität Vechta mit hohem Autonomiestatus gegründet werden, die durch die Einrichtung zusätzlicher Studiengänge dauerhaft etwa 1.500 bis 2.000 Studierende ausbilden solle“.¹⁰⁾

Interessante Neuigkeiten berichtete dann der seriöse und zumeist sehr gut informierte „rundblick“ aus Hannover. In der Ausgabe vom 05. 02. 1993 heißt es u.a.: „Bei den Gesprächen des Landes mit der Katholischen Kirche, die vom Konkordatsschutz für Vechta ausgegangen sind, zeichnet sich nach Informationen hauptsächlich aus Regierungskreisen eine Lösung ab, die den Standort erhält und der Universität den Status einer eigenständigen Universität gibt...“.¹¹⁾

Doch vermeldete der „rundblick“ nicht nur Positives. Es sei auch vorstellbar, so das Blatt weiter, daß die Gymnasiallehrausbildung aus Vechta abgezogen würde. Um diese Lösung für Vechta erträglich zu gestalten, sollten jedoch neue Studiengänge eingerichtet werden, um Vechta aus der „Wagenburg der reinen Lehrerausbildung“ (a.a.O.) herauszuführen. Der Universität könnte ein Kuratorium vorstehen, das mit von Land und Kirche benannten Vertretern besetzt sein und die Geschicke der Universität mit bestimmen könnte.¹²⁾ Ähnliches berichtete auch die NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG.¹³⁾

Weiter illustriert werden die aufgeführten Äußerungen durch einen Beitrag in der HANNOVERSCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG im Vorfeld der parlamentarischen Debatte über die Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion.

Die Zeitung bestätigte, daß Vechta demnächst eine eigenständige Universität bekommen und die Gymnasiallehrausbildung nach Osnabrück verlagert werden solle. Zugleich wurde darauf hingewiesen, daß der jährlich 17 Mio. DM umfassende Haushalt der Universität im Zuge dieser Verlagerung um 5 Mio. DM gekürzt werden solle. Für die notwendige Umstrukturierung solle Vechta jedoch für einen Zeitraum von fünf bis sieben Jahren zusätzliche Mittel vom Land erhalten. „Für die Zeit danach jedoch haben sich die Verhandlungspartner durchaus eine Art finanzielle Effizienzkontrolle ausgedacht: Steigt die Studentenzahl und sinkt die Studiendauer, könnten die Landeszuschüsse für Vechta heraufgesetzt werden. Bei umgekehrter Entwicklung würde der Etat

beschnitten“.¹⁴⁾

Die parlamentarische Diskussion über die Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion selbst brachte kaum neue Erkenntnisse; bestätigt wurde lediglich, daß Vechta nicht zugleich Universität und Fachhochschule bekommen, wohl aber selbständig werde und daß die Verhandlungen über die Zukunft der Universität im Sommer abgeschlossen werden könnten.¹⁵⁾ Diese „offizielle Bestätigung“ wurde von der Universitätsleitung wie auch der Bürgerinitiative PRO UNI überwiegend mit Freude und Erleichterung zur Kenntnis genommen. Gleichwohl wies der Vizepräsident des Universitätsstandortes Vechta, Prof. Dr. Windhorst, gegenüber der NORDWEST-ZEITUNG darauf hin, daß „ein Abzug der Gymnasiallehrerausbildung...durch andere Studiengänge kompensiert“ werden müsse.¹⁶⁾

Ähnlich äußerte sich auch die Bürgerinitiative PRO UNI in einer Pressemitteilung vom 25.02.1993: „Die etwaige Einstellung der Gymnasiallehrerausbildung darf jedoch nicht ohne weiteres hingenommen werden; sie ist nur dann überhaupt vertretbar, wenn alternativ Studiengänge in Vechta eingerichtet werden, die zu einer langfristigen Absicherung der Universität auf qualitativ und quantitativ hohem Niveau beitragen. Selbstverständlich darf die Einstellung eines vorhandenen Studienganges erst dann erfolgen, wenn die neuen Studiengänge voll ausgelastet sind“.¹⁷⁾

Konkretere Aussagen dazu, welche neuen Studiengänge in Vechta eingerichtet werden könnten, traf das Katholische Büro Niedersachsen am 27.02.1993 gegenüber der OLDENBURGISCHEN VOLKSZEITUNG. Dr. Klöppel führte aus, daß, falls die Universität selbst dies für sinnvoll halte, in Vechta zukünftig Heimleiter ausgebildet werden könnten. Zudem seien weitere Studiengänge in den Bereichen Sozialarbeit und/oder Umwelterziehung möglich. In jedem Fall sollten die neuen Studiengänge helfen, den universitären Status der Hochschule in Vechta zu erhalten, falls es zu einem Abzug der Gymnasialstudiengänge, die diesen Status wesentlich ausmachten, komme.¹⁸⁾

Zu Zweck und Aufgaben des Kuratoriums, daß einer künftig selbständigen Universität Vechta vorstehen solle, äußerte sich am 07.03.1993 ein Vertreter des Katholischen Büros Niedersachsen gegenüber KIRCHE UND LEBEN. Dr. Johannes Niemeyer, früherer Chef des Katholischen Büros in Bonn, der schon das Niedersachsen-Konkordat mit ausgehandelt hatte, teilte mit, daß „Kompetenzen, die derzeit noch bei der Landesregierung liegen, dann auf das Kuratorium übergehen“ sollen und daß das Gre-

mium „mit unabhängigen Persönlichkeiten besetzt“ werden solle. „Region, Kirche und Land sollen das Recht haben, ihre Vertreter in dieses Kuratorium zu entsenden. Angestrebt sei weniger eine nach parteipolitischen oder regionalen Interessen ausgewählte Vertretung. Vielmehr sollen Bekanntheitsgrad und Ruf der Kuratoriums-Mitglieder auf das Image der ganzen Uni ausstrahlen. Auch Verantwortung in Fragen der Mittelvergabe, der Stellenbesetzung und der Einrichtung neuer Studiengänge sollen von diesem Gremium übernommen werden“.¹⁹⁾

Es scheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt sicher, daß die Gespräche über den Universitätsstandort Vechta in Kürze in Verhandlungen einmünden und noch in diesem Jahr zum Abschluß gebracht werden. Wenn der päpstliche Nuntius im Oktober die Diözese Hildesheim besuchen und zugleich seinen Antrittsbesuch bei Ministerpräsident Schröder machen wird, könnte es zu einer Unterzeichnung der entsprechenden Papiere kommen.

IV. Konsolidierungskonzept Vechta: Würdigung, Kritik und Ausblick

Das, was bisher insbesondere den Printmedien über die zukünftige Struktur der Universität in Vechta zu entnehmen war, klingt insgesamt sehr positiv:

Die Schließungsabsicht ist zurückgenommen, die Kopplung an den „großen Bruder“ Osnabrück, die in der Vergangenheit zu zahlreichen Problemen geführt hatte, wird aufgehoben, Vechta selbständige Universität. Kompetenzen, die bisher beim Land lagen, werden auf ein der Universität zugeordnetes Kuratorium übergehen; in diesem werden auch Vertreter der Region über die zukünftige Entwicklung der Universität mitentscheiden. Gerade der letztgenannte Aspekt ist von besonderer Bedeutung, da andernfalls eine Abhängigkeit vom guten Willen Dritter bestünde. Schließlich wird Vechta eine zwar nicht übermäßig komfortable, aber in Anbetracht der ursprünglichen Schließungsabsicht sowie der aktuellen Finanzsituation des Landes hinnehmbare finanzielle Ausstattung erhalten. Neue Studiengänge sollen eingerichtet werden.

Und dennoch sind Zweifel daran angebracht, ob dieses „Konsolidierungskonzept“ tatsächlich greifen wird. Die Einstellung der Gymnasiallehrerausbildung stellt nicht nur einen tiefen Einschnitt in die bestehende Struktur der Universität dar, sie bedeutet zugleich einen Teilverlust des universitären Status. Nur wenn

tatsächlich neue, attraktive und nachgefragte Studiengänge in Vechta eingerichtet werden, kann es gelingen, diesen Verlust wettzumachen.

In diesem Zusammenhang ist jedoch zu fragen, wer eigentlich diese Studiengänge entwickeln soll. In der Vergangenheit waren es nicht zuletzt die in der Gymnasiallehrausbildung Tätigen, die sich nachhaltig für den Erhalt der Hochschule eingesetzt und über das übliche Maß hinaus engagiert haben. Von diesem Personenkreis darf nicht gutes Gewissens erwartet werden, daß er sich an der konzeptionellen Entwicklung neuer Studiengänge beteiligt, denn in dem Umfang, wie diese Studiengänge dann eingerichtet werden, sollen Gymnasialstudienfächer eingestellt werden. Um es zuzuspitzen: Derjenige, der besonders kreativ ist und neue Studiengänge entwirft, muß dann, wenn er hauptsächlich Sek.II-Lehrer ausbildet, mit einer zügigen Versetzung rechnen.

Die Verlagerung von Kompetenzen weg vom Wissenschaftsministerium und hin zu einem Kuratorium ist dann gefährlich, wenn dieses Kuratorium nicht zügig aufgebaut wird und effektiv arbeitet. Sollte dieses Gremium seiner Verantwortung nicht gerecht werden oder vielleicht sogar strukturell bedingt nicht gerecht werden können, so wird es in 10 Jahren heißen: Vechta hat jede Chance gehabt, sich zu profilieren, leider jedoch ohne Erfolg. Deshalb ist besonders viel Wert darauf zu legen, daß das Kuratorium Beschlüsse nicht mit der Mehrheit einer einzelnen Gruppe fassen kann. Es ist ebenso wichtig, daß die Region Oldenburger Münsterland, deren weitere kulturelle und ökonomische Entwicklung nicht zuletzt von der Universität abhängt, in diesem Kuratorium mit lauter Stimme sprechen kann. Die Region muß Gelegenheit haben, in die Arbeit des Kuratoriums Einblick zu bekommen und auf die Ergebnisse Einfluß zu nehmen.

Das Land schließlich muß dafür Sorge tragen, daß nicht in Vechta gut ausgelastete sowie neu eingerichtete Studiengänge in unmittelbarer Nachbarschaft ebenfalls installiert werden. Den Worten der Verhandlungsführer des Landes zufolge ist man an einer langfristigen Konsolidierung der Universität in Vechta interessiert; diese Aussage wird u.a. dadurch erst noch zu beweisen sein, daß nicht etwa, wie jüngst zu hören war, das Fach Sachunterricht, welches sich in Vechta ungebrochen großer Nachfrage erfreut, auch in Osnabrück eingerichtet und somit der Lehrerausbildung in Vechta das Wasser abgegraben wird.

Bei allen geäußerten Bedenken darf jedoch nicht übersehen werden, daß die hier vorgestellte Lösung des Problems Vechta mehr

Überlebenschancen bietet als das sture Festhalten an einer ausschließlich auf die Lehrerausbildung fixierten Hochschule dies getan hätte. Die Monostruktur Lehrerausbildung hat die Universität in Vechta in diese beklemmende Situation gebracht. Wenn auch die gegenwärtig 140prozentige Auslastung der Hochschule den Eindruck erwecken könnte, in der Lehrerausbildung allein liege die Zukunft, so hat doch die Vergangenheit unverkennbar gezeigt, daß dies eine Fehleinschätzung wäre. Die Lehrerausbildung muß ein wesentliches Standbein der künftig selbständigen Universität Vechta bleiben. Zugleich müssen jedoch neue, attraktive Studiengänge eingerichtet werden, um die Schwankungen in der Nachfrage nach Lehramtsstudienplätzen aufzufangen und den jungen Menschen, die in der Region ein Studium aufnehmen wollen, ein diversifiziertes Angebot machen zu können.

Es ist für die Landesregierung zweifelsohne nicht einfach gewesen, die nachdrücklich vertretene Absicht, die Universität in Vechta zu schließen, zurückzunehmen. Es wird für die Universität ebenso zweifelsfrei nicht einfach sein, auf die Gymnasiallehrerausbildung zu verzichten. Wenn jedoch alle Beteiligten, also Land, Kirche, Landkreise, Stadt und Universität ohne Wehklagen ganz pragmatisch mithelfen, der Universität Vechta eine neue, zukunftsweisende Struktur zu geben, so wird das Oldenburger Münsterland noch sehr lange von seiner Universität profitieren können.

Quellenverzeichnis:

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23.01.1993: „Umweltmonitoring studieren“.

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18.02.1993: „Die Uni Vechta soll doch überleben“.

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29.01.1993: „Gutachten hält Fachhochschule in Vechta für notwendig“.

KÄTHLER, F. (1992): Überlegungen zu einem zukunftsweisenden Fachhochschul-Studienangebot in Vechta, in: HEIMATBUND FÜR DAS OLDENBURGER MÜNSTERLAND (Hrsg.) (1992): Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland 1993, S. 334 - 344.

DERS. (1991): Universität am Standort Vechta - der beschwerliche Weg in die 90er Jahre, in: HEIMATBUND FÜR DAS OLDENBURGER MÜNSTERLAND (Hrsg.) (1991): Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland 1992, S. 314 - 330.

KIRCHE UND LEBEN Nr.9 vom 07.03.1993: „Universität Vechta bald niedersächsische Modell-Hochschule“.

NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG, 12. Wahlperiode: Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion zur Zukunft des Universitätsstandorts Vechta (Drucksache 12/4278 vom 16. 12. 1992)

NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG, 12. Wahlperiode: Große Anfrage der Fraktion der CDU; Betr.: Zukunft des Universitätsstandorts Vechta (Drucksache 12/3934 vom 22. 10. 1992)

MÜNSTERLÄNDISCHE TAGESZEITUNG vom 10.02.1993: „Doppelstrategie wird aufgegeben - PRO UNI hat das Urziel erreicht“.

NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG vom 12.02.1993: „Ministerium: Kein Geld für neue Fachhochschulen“.

NORDWEST-ZEITUNG vom 19.02.1993: „Uni-Debatte am Wendepunkt“.

NORDWEST-ZEITUNG vom 19.02.1993: „Universität Vechta wird selbständig“.

NORDWEST-ZEITUNG vom 09.02.1993: „Bürgerinitiative „Pro Uni“ tagte“.

NORDWEST-ZEITUNG vom 29.01.1993: „Eine Lösung erwünscht - aber mit Augenmaß“.

NORDWEST-ZEITUNG vom 29.01.1993: „Landkreis will baldige Entscheidung“.

NORDWEST-ZEITUNG vom 12.01.1993: „Neuer Studiengang „Umweltmonitoring““.

OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG vom 27.02.1993: „Nicht einfach irgend etwas festschreiben“.

OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG vom 25.02.1993: „Genau das wofür wir uns seit langem einsetzen“.

OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG vom 19.02.1993: „Selbständigkeit scheint erreichbar“.

OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG vom 29.01.1993: „Ein „Hohes Lied“ der Fachhochschule“.

OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG vom 26.01.1993: Fachhochschule für Standort Vechta duldet keinen Aufschub“.

OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG vom 14.01.1993: „Keine Sorgen um die Zukunft des Standortes“.

OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG vom 12.01.1993: „Umweltstudium ist in Vechta bald möglich“.

OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG vom 08.01.1993: „Bartels: Gute Antwort auf Uni-Anfrage“.

RUNDBLICK Nr. 24, Jg.1993, vom 05. 02. 1993: „Vechta soll aus der“ Wagenburg heraus“

Anmerkungen

- 1) Weitere Ausführungen zum Niedersachsen-Konkordat und seine Bedeutung für die Universität sind dem Beitrag von KÄTHLER 1991 zu entnehmen.
- 2) Vgl. NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG: Drucksache 12/3934.
- 3) Vgl. dazu NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG: Drucksache 12/4278.
- 4) Vgl. dazu KÄTHLER 1992.
- 5) Vgl. OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG vom 08.01.1993: „Bartels: Gute Antwort auf Uni-Anfrage“.
- 6) Vgl. dazu u.a. OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG und NORDWEST-ZEITUNG vom 12.01.1993 sowie FAZ vom 23.01.1993.
- 7) OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG vom 14.01.1993.
- 8) Vgl. dazu u.a. OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG vom 26.01.1993 und 29.01.1993; NORDWEST-ZEITUNG und HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29.01.1993.
- 9) NORDWEST-ZEITUNG vom 29.01.1993.
- 10) NORDWEST-ZEITUNG vom 09.02.1993.
- 11) rundblick vom 05. 02. 1993.
- 12) Vgl. dazu auch die MÜNSTERLÄNDISCHE TAGESZEITUNG vom 10.02.1993.
- 13) Vgl. NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG vom 12.02.1993.
- 14) HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18.02.1993.
- 15) Vgl. hierzu u.a. OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG und NORDWEST-ZEITUNG vom 19.02.1993.
- 16) NORDWEST-ZEITUNG vom 19.02.1993.
- 17) OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG vom 25.02.1993.
- 18) Vgl. OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG vom 27.02.1993.
- 19) KIRCHE UND LEBEN vom 07.03.1993.

Frank Käthler

Die Institute des Universitätsstandortes Vechta

I. Einleitung

In den vergangenen Jahren ist viel von der Universität am Standort Vechta die Rede gewesen: Ob in den regionalen, aber auch überregionalen Tageszeitungen, im Rundfunk, im Fernsehen – überall wurde darüber informiert, daß das Land Niedersachsen die Universität in Vechta zu schließen beabsichtigte. Im gleichen Atemzug wurde über die aktuelle Entwicklung der Studentenzahlen, die Bedeutung einzelner Studiengänge für Vechta sowie die Vorschläge für die zukünftige Struktur der Hochschule berichtet.

Die Aktualität und Medienpräsenz des Streitfalles Vechta haben dazu geführt, daß zwar das große Ganze, nämlich die Universität insgesamt, weniger aber die einzelnen Studiengänge und noch weniger die Institute an der Universität in Vechta, ihre Forschungsschwerpunkte, Publikationen und ihre (Dienst)-Leistungen in den Fokus genommen wurden. So verständlich diese Tatsache auch ist, so bedeutungsvoll sind doch diese Institute für die Universität, ihre Reputation und ihre Entwicklungschancen in der Zukunft. Die Universitätsinstitute leisten einen wesentlichen Beitrag in der Forschung und für die Lehre, sie sorgen durch die Publikation von Forschungsergebnissen und die Edierung von Schriftenreihen dafür, daß die Universität in Vechta über die Grenzen des Oldenburger Münsterlandes hinaus wahrgenommen wird, daß ihre Leistungen anerkannt werden.

Dies gilt jedoch nicht nur für die Institute des Universitätsstandortes Vechta. Auch das Forschungs- und Studienzentrum für Veredelungswirtschaft Weser-Ems der Universität Göttingen, welches ebenfalls in Vechta angesiedelt ist, sowie die Außenstelle für Epidemiologie der Tierärztlichen Hochschule Hannover mit Sitz in Bakum erbringen wichtige Dienstleistungen für das Oldenburger Münsterland und tragen zur Lösung der Probleme des ländlichen Raumes bei.

II. Das Institut für Interdisziplinäre Gerontologie (IIG)

Das Institut für Interdisziplinäre Gerontologie (IIG), welches sich fachübergreifend mit Fragen des Alters und Alterns befaßt, wurde im Jahr 1990 in Vechta errichtet. Es ist das einzige seiner Art in der Bundesrepublik Deutschland und genießt national wie international großes Ansehen.

Am IIG sind gegenwärtig vier Professoren, fünf wissenschaftliche Mitarbeiter, eine Sekretärin sowie ca. 12 Lehrbeauftragte beschäftigt.

Neben einem breiten Angebot in der Lehre stellt in der Forschung die wissenschaftliche Analyse der Lebenslage älterer Menschen im ländlichen Raum eine der Hauptaufgaben des Instituts dar. Zu diesem Thema wurden bereits mehrere Forschungsprojekte durchgeführt. Eines dieser Vorhaben, welches in der Gemeinde Goldenstedt durchgeführt wurde und sich mit der altengerechten Gestaltung von Neubauten im ländlichen Raum befaßte, konnte bereits abgeschlossen werden. Die behandelte Fragestellung verdeutlicht in eindrucksvoller Weise, welche Bedeutung die Arbeit des Instituts für das Leben der Menschen im Oldenburger Münsterland hat.

Große Beachtung fand auch eine internationale Tagung, welche im vergangenen Jahr in Vechta durchgeführt wurde und die sich mit der »Altenpflege im ländlichen Raum im Europa der Zukunft« befaßte.

Das IIG arbeitet jedoch nicht nur im Oldenburger Münsterland: Vor einigen Monaten veranstaltete das Institut mit Unterstützung durch das Bundesministerium für Familie und Senioren, das Ministerium für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt sowie der EG in Magdeburg einen internationalen Kongreß zur Problematik »Wohnen und Leben alter Menschen in Ost-Europa«. An dieser Tagung, welche vom ungarischen Wohlfahrtsminister eröffnet wurde, nahmen ca. 300 Personen aus allen osteuropäischen Ländern teil.

Neben der Forschung stellt die Ausbildung einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit des IIG dar: Das Institut unterhält drei Studiengänge zur psychologischen und sozialen Alternswissenschaft und bildet gegenwärtig etwa 150 Studierende aus der ganzen Bundesrepublik aus. Die Studiengänge richten sich an Berufspraktiker und sind berufsbegleitend organisiert. Die Einrichtung eines weiteren Studienganges mit der Bezeichnung »Management in Einrichtungen der Altenhilfe« ist geplant.

Für die genannten Studiengänge ist ein vierbändiges Lehrbuch erschienen, das vom Institutsdirektor herausgegeben und u.a. von den Mitarbeitern des IIG erarbeitet worden ist.

Das Institut für Interdisziplinäre Gerontologie ist innerhalb weniger Jahre zu einem kompetenten und begehrten Ansprechpartner für zahlreiche Kommunen, Landkreise und Organisationen, die im Bereich der Altenarbeit und Altenhilfe tätig sind, geworden.

III Das Institut für Strukturforschung und Planung in agrarischen Intensivgebieten (ISPA)¹

Das Institut für Strukturforschung und Planung in agrarischen Intensivgebieten (im folgenden ISPA) wurde nach nur einjähriger Bauzeit am 10. Juni 1991 eröffnet. Es ist ein Bestandteil eines Forschungsverbundes, zu dem neben dem ISPA das Forschungs- und Studienzentrum für Veredelungswirtschaft Weser-Ems der Universität Göttingen mit Sitz in Vechta, die in Bakum angesiedelte Außenstelle für Epidemiologie der Tierärztlichen Hochschule Hannover und das in Quakenbrück beheimatete Deutsche Institut für Lebensmitteltechnik (DIL) gehören.

Obgleich sich die genannten Institute hinsichtlich ihrer Zielsetzungen, Organisation und Finanzierung unterscheiden, besteht zwischen ihnen eine enge Kooperation.

Die Finanzierung des ISPA ist insofern erwähnenswert, als sie ein Beispiel für die enge Zusammenarbeit zwischen Universität, Wissenschaftsministerium, Universitätsgesellschaft, Gebietskörperschaften und agrarindustriellen Wirtschaftsunternehmen bietet. Während eine Investorengruppe die Baukosten aufbrachte, werden die laufenden Mietkosten für die ISPA-Gebäude gegenwärtig von den Landkreisen Cloppenburg und Vechta sowie der Stadt Vechta getragen. Die Mittel für den laufenden Forschungsbetrieb werden von einer Vielzahl von Unternehmen aus der ganzen Bundesrepublik zur Verfügung gestellt, die technische Einrichtung wurde von der Stiftung Volkswagenwerk finanziert.

Das ISPA wird von einem Vorstand geleitet, welcher einen geschäftsführenden Direktor wählt; es wird von einem Beirat unterstützt.

Am Institut sind drei Abteilungen vorhanden, die jeweils von einem Professor geleitet werden. Eine Übersicht über die Aufgabenbereiche der Abteilungen vermittelt die Abbildung auf der folgenden Seite.

Die Abteilung »Vergleichende Strukturforschung und ländliche Entwicklungsplanung« befaßt sich im besonderen mit Fragen der Entstehung, der Strukturen sowie der Dynamik agrarischer Intensivgebiete, daneben mit solchen der sozioökonomischen Entwicklung des ländlichen Raumes.



Die Organisationsstruktur des ISPA²

Die Abteilung »Agrarökologie« beschäftigt sich auf der Grundlage empirischer Untersuchungen mit Möglichkeiten der Reduzierung der durch agrarische Intensivproduktion verursachten Umweltbelastung und der Entwicklung entsprechender Verfahren.

Die Abteilung »Geographische Informationssysteme/Fernerkundung« beobachtet und analysiert Umweltveränderungen in agrarischen Intensivgebieten. Schließlich wurde an der Universität in Vechta zum Sommersemester 1993 ein neuer Aufbau- und Zusatzstudiengang »Umweltmonitoring« eingerichtet. Der Großteil des Lehrpersonals für diesen Studiengang, dessen Schwerpunkte die Bereiche Ökologie, Geographische Informationssysteme und Umweltplanung bilden, wird ebenfalls aus dem ISPA rekrutiert.

Die Forschungs- und Publikationstätigkeit³ des ISPA ist so vielfältig, daß eine vollständige Darstellung im Rahmen dieses Beitrages nicht möglich ist. Exemplarisch sei darauf hingewiesen, daß das ISPA gegenwärtig insbesondere in den Bereichen Strukturforschung im Oldenburger Münsterland, Regionalentwicklung und Strukturpolitik im mitteleuropäischen Raum, Agrarwirtschaft in den USA sowie an verschiedenen Forschungsvorhaben in Südamerika arbeitet. Parallel dazu wird die regionsunabhängige Methodenentwicklung schwerpunktmäßig der Fernerkundung vorangebracht. Neben zahlreichen Einzelpublikationen seiner Mitarbeiter hat das ISPA im zurückliegenden Jahr 1992 fünf Mitteilungshefte, in der »Weißen Reihe« zwei Publikationen zum Thema Schweine-/Geflü-

gelhaltung sowie in der Reihe »Vechtaer Studien zur Angewandten Geographie und Regionalwissenschaft« je einen Band zu Problemen der Raumgestaltung in der Dümmeriederung, den Amishen in der Lancaster County (Pennsylvania, USA), den Strukturen und der Ökologie von Agrarwirtschaftsräumen sowie den Formen spezialisierter Agrarwirtschaft in der Weld County (Colorado, USA) vorgelegt.⁴

IV. Das Institut für Geschichte und Historische Landesforschung

Nach längerer Planung wurde das Institut für Geschichte und Historische Landesforschung im Januar des Jahres 1990 gegründet. Der Einrichtung gehören drei Professoren, ein Honorarprofessor, ein Privat-Dozent sowie eine wissenschaftliche Mitarbeiterin an. Das Institut pflegt enge Verbindungen u. a. zur Historischen Kommission für Niedersachsen, zum Freilichtmuseum Cloppenburg und zur Oldenburgischen Landschaft.

Die Forschungsschwerpunkte der Institutsmitglieder reichen von der Mittelalterlichen- und Wirtschaftsgeschichte über die Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts und die Frühe Neuzeit bis hin zur Zeitgeschichte. Eingeschlossen sind auch kulturgeschichtliche und volkskundliche Forschungsschwerpunkte.

Die Publikation von Quellenwerken und landeskundlich-kartographischen Materialien sowie einer Schulbuchreihe für den heimatkundlichen Sachunterricht zählen zu den laufenden Projekten des Instituts, welches sich darüber hinaus der Erforschung der regionalen Kirchengeschichte und der historischen Topographie des Weser-Ems-Gebietes verschrieben hat. In diesem Kontext seien beispielhaft eine bundesweit beachtete Ausstellung über das Leben und Wirken des Kardinals Clemens-August Graf von Galen sowie Publikationen über die Geschichte der Grafen von Hoya genannt, welche in der Reihe »Schriften des Instituts für Geschichte und Historische Landesforschung« (bisher zwei Bände) erschienen sind. Besonders erwähnenswert ist die »Servicefunktion«, welche das Institut für die heimatgeschichtliche Arbeit in unserer Region übernommen hat und auch weiterhin gern übernehmen wird: Die Beratung und Hilfestellung bei der Konzeption von Ausstellungen und Museen ist dabei ebenso selbstverständlich wie die Beratung forschender »Laien« bei ihrer praktischen Arbeit.

V. Das Institut für Katholische Religionspädagogik und ihre theologischen Grundlagen

Bei seiner Eröffnung im November des Jahres 1986 war das Institut für Katholische Religionspädagogik und ihre theologischen Grundlagen das erste Institut am Standort Vechta der Universität Osnabrück. In seinem Grußwort unterstrich der zur Einweihung von Hannover nach Vechta angereiste Staatssekretär Dr. Weert Börner aus dem damaligen Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst, die Aufgabe des Instituts und seiner Mitarbeiter bestünde darin, »sich in christlicher Verantwortung der Frage zuzuwenden, wie durch eine zeitgemäße Interpretation und situationsorientierte Verkündung der neutestamentlichen Botschaft der Orientierungslosigkeit der Menschen entgegengewirkt werden« könne.⁵ Der Institutsvorstand präzierte die Aussage des Staatssekretärs folgendermaßen:

»Es (das Institut, F.K.) widmet sich der Erforschung geistesgeschichtlicher Faktoren der Glaubensbedrohung und Glaubenskrise sowie Möglichkeiten einer positiven Glaubensargumentation.

Es widmet sich der Erforschung der Beziehung von Mensch und Sprache unter theologischen, philosophischen und sprachwissenschaftlichen Aspekten.

Es widmet sich der Erforschung moraltheologischer Grundlagen unter spezieller Berücksichtigung moralanthropologischer und moralpsychologischer Aspekte.

Es widmet sich der Erforschung der Glaubensunterweisung unter ökumenischen Aspekt«.⁶

Inzwischen hat das Institut mehrere wissenschaftliche Publikationen der Öffentlichkeit vorgelegt: Ein Band zum Thema »Sakramente – Heilszeichen für das Leben der Welt« umfaßt Vorträge, die im Rahmen eines vom Institut veranstalteten Symposiums gehalten worden sind. Gleiches gilt für die Publikation »Erlösung durch Offenbarung oder Erkenntnis?«, mit welcher das Institut eine eigene wissenschaftliche Reihe, die »Vechtaer Beiträge zur Theologie« eröffnet hat. Ein zweiter Band dieser Reihe befindet sich gegenwärtig in Vorbereitung. Überdies erscheint als Resultat eines Forschungsprojektes, welches Institutsmitarbeiter zusammen mit einem evangelischen Religionspädagogen durchgeführt haben, im kommenden Jahr ein Band, welcher sich mit der Ökumene im Religionsunterricht befassen wird.

VI. Die Außenstelle für Epidemiologie der Tierärztlichen Hochschule Hannover

In Betrieb genommen wurde die Außenstelle der TiHo Hannover am 01. Juni 1991. Die erste Phase der Aufbauarbeit war dann im Frühjahr 1992 abgeschlossen.

Die im Zuge der wissenschaftlichen Tätigkeit sowie der studentischen Ausbildung der Außenstelle aufzunehmenden Kontakte zu landwirtschaftlichen Betrieben, welche Schweine-, Kälber- und Geflügelbestände unterhalten, konnten schnell hergestellt werden.

Der Schwerpunkt der Forschung der Mitarbeiter der Außenstelle liegt in der Beschäftigung mit Möglichkeiten der tierärztlichen präventiven Bestandsbetreuung beim Schwein. In diesem Zusammenhang wurde vor wenigen Wochen in Bakum ein Interessenkreis gegründet, welchem ca. 50 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet angehören. Dieser Kreis wird von der Akademie für Tierärztliche Fortbildung unterstützt.

Darüber hinaus hat die Außenstelle unter dem Namen »Bakumer Fachgespräche« eine Veranstaltungsreihe initiiert. Das 1. Fachgespräch zur Dysenterie (Durchfallerkrankung) des Schweines erfreute sich so großer Nachfrage, das es mit einer zweiten Gruppe wiederholt werden mußte. Das 2. Fachgespräch, das sich mit der PRRS (seuchenhafter Spätabort) der Sauen befaßte, mußte wegen des großen Andranges von den Räumen der Außenstelle in eine Bakumer Gaststätte verlegt werden. Auch das 3. Fachgespräch zum Thema »Notwendigkeit und Möglichkeiten der Verbesserung der Tiergesundheit – Nutzung der Organbefundung am Schlachthof für die tierärztliche Bestandsbetreuung« wird wiederum in einem großen Saal stattfinden (müssen).

Die große Nachfrage nach diesen Veranstaltungen durch die Hof-tierärzte von innerhalb und außerhalb des Oldenburger Münsterlandes gelegenen Betrieben beweist, daß die Außenstelle für Epidemiologie der TiHo Hannover einen hohen Forschungsstand erreicht hat; sie belegt zugleich die große Bedeutung der Außenstelle für einen wichtigen Wirtschaftsfaktor der Region, nämlich die Veredelungswirtschaft.

Die Außenstelle, welche gegenwärtig einen Professor, 2 Tierärzte, 2 veterinär-medizinisch-technische Assistentinnen sowie mehrere wissenschaftliche Hilfskräfte beschäftigt, hat seit ihrem Bestehen eine ganze Reihe von Aktivitäten entfaltet. Gegenwärtig werden insgesamt 9 Forschungsprojekte bearbeitet. Auf internationalen Fachtagungen wurden seit Bestehen der Außenstelle 14 Vorträge gehalten. Insgesamt sind von den Mitarbeitern 22 Fachbeiträge in

Zeitschriften sowie zwei Buchbeiträge veröffentlicht worden. Auch diese wissenschaftliche Tätigkeit belegt den Stellenwert der Außenstelle für das Oldenburger Münsterland.

VII. Das Forschungs- und Studienzentrum für Veredelungswirtschaft Weser-Ems des Fachbereichs Agrarwissenschaften der Georg-August-Universität Göttingen

Das Forschungs- und Studienzentrum für Veredelungswirtschaft Weser/Ems wurde als wissenschaftliche Einrichtung des Fachbereiches Agrarwissenschaften der Georg-August-Universität Göttingen im Dezember 1986 gegründet; die für das Forschungs- und Studienzentrum errichteten Labore und Räume in Vechta wurden im Februar 1992 übergeben.

Am Forschungs- und Studienzentrum in Vechta sind gegenwärtig zwei Professoren und zahlreiche wissenschaftliche, technische und Verwaltungsangestellte sowie Doktoranden und Diplomanden tätig. Die Arbeit des Zentrums wird von einem Wissenschaftlichen Beirat unterstützt, dessen Hauptaufgabe in der Beratung des Vorstandes bei der Festlegung von Forschungsschwerpunkten und der Ausgestaltung der Weiterbildung liegt. Im Jahresbericht wird über die Aufgaben des Zentrums in Forschung und Lehre berichtet. Dort heißt es u.a.:

»Das Forschungs- und Studienzentrum für Veredelungswirtschaft Weser-Ems hat die schwerpunktmäßige Aufgabe, im engen Dialog mit der landwirtschaftlichen Praxis und ihren Institutionen regionalspezifische Probleme, die sich aus dem besonderen Stellenwert der Veredelungswirtschaft Weser-Ems-Gebiet ergeben, in Forschung und Lehre zu bearbeiten.«⁷

Auf der Grundlage eines integrierten Forschungsansatzes sollen u.a. Probleme der Umweltverträglichkeit der Veredelungswirtschaft, Maßnahmen zur Produktpflege und -verbesserung sowie verfeinerte Produktionsabläufe be- bzw. erarbeitet werden. Ferner sollen »Querverbindungen zwischen der Erzeugung von Qualitätsprodukten sowie ökologischen und ökonomischen Aspekten« hergestellt werden.⁸

Dies geschieht in den Arbeitsbereichen Produktkunde (Fleischqualität bei Schwein, Rind, Geflügel, Lamm und Fisch; Milchqualität, Eiqualität), Produktionssysteme (Erfassung von Nährstoffkreisläufen in verschiedenen Produktionsverfahren, Strategien zur Schadensminderung, Umweltökonomie) und Verfahrenstechnik (Emissionsminderung, Tierhaltungssysteme, Meßtechnik, Regeltechnik).

Die Mitarbeiter des Forschungs- und Studienzentrums haben im zurückliegenden Jahr rund 20 wissenschaftliche Beiträge publiziert, ebenso viele wissenschaftliche Vorträge gehalten und eine Reihe von Aus- und Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt. Zudem besteht eine Mitgliedschaft in mehreren Facharbeitsgruppen.

In Anbetracht der schwierigen und sich zukünftig weiter zuspitzenden Lage der Veredelungswirtschaft in unserer Region⁹ leistet das Forschungs- und Studienzentrum für Veredelungswirtschaft Weser/Ems des Fachbereichs Agrarwissenschaften der Georg-August-Universität Göttingen einen bedeutsamen Beitrag auf dem Wege der Erarbeitung erfolgversprechender Ansätze zur Lösung der strukturellen Probleme im Wirtschaftsraum Süldoldenburg.

Quellenverzeichnis:

UNIVERSITÄT OSNABRÜCK, STANDORT VECHTA (Hrsg.): Faltblatt: Institut für katholische Religionspädagogik und ihre theologischen Grundlagen, Vechta (o.J.).

HEIMATBUND FÜR DAS OLDENBURGER MÜNSTERLAND (Hrsg.) (1991): Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland 1992, Vechta.

INSTITUT FÜR STRUKTURFORSCHUNG UND PLANUNG IN AGRARISCHEN INTENSIVGEBIETEN (Hrsg.) (1993): Tätigkeitsbericht 1992 (Heft 9 in der Reihe Mitteilungen des ISPA, erschienen im Februar 1993).

NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG vom 28.11.1986: »Der Universitätsstandort Vechta hat jetzt auch ein Forschungsinstitut«.

WINDHORST, H.-W. (1992): ISPA – ein neues Forschungsinstitut an der Universität in Vechta, in HEIMATBUND FÜR DAS OLDENBURGER MÜNSTERLAND (Hrsg.) (1991), S. 291–298.

Anmerkungen

1 Weitere Informationen zu Struktur und Arbeit des ISPA sind dem Beitrag von WINDHORST 1991 zu entnehmen.

2 A.a.O., S. 295.

3 Das ISPA legt alljährlich einen Tätigkeitsbericht vor. Diesem sind Informationen über alle von Mitarbeitern des Instituts durchgeführten Forschungsprojekte sowie vorgelegte Publikationen, Gutachten usw. zu entnehmen.

Der Tätigkeitsbericht für das Jahr 1992 ist im Februar 1993 erschienen und kann beim ISPA, Sonnenkamp 5, 49377 Vechta, kostenlos bezogen werden.

4 Zu den genannten sowie weiteren Publikationen vgl. ISPA-Mitteilungen, Heft 9.

5 NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG VOM 28.11.1986

6 Faltblatt: Institut für katholische Religionspädagogik und ihre theologischen Grundlagen, Universität Osnabrück, Standort Vechta.

7 A.a.O., S.4.

8 A.a.O., S.5.

9 Vgl. dazu u.a. den Beitrag von Hans-Wilhelm WINDHORST in diesem Band.

Xiaohong Cao

Der Spargelanbau in Südoldenburg Entwicklung, Ausbreitung, Strukturen und Zukunftsperspektiven

Institut für Strukturforschung und Planung in agrari-
schen Intensivgebieten (ISPA)
Universität Osnabrück - Standort Vechta

Einleitung

Südoldenburg ist nicht nur das wohl bedeutendste veredlungswirtschaftliche Zentrum Deutschlands, diese Region bildet auch das größte Anbauggebiet für Obst und Gemüse im Regierungsbezirk Weser-Ems. Innerhalb aller Obst- und Gemüsearten nimmt der Spargelanbau einen wichtigen Platz ein, da fast die Hälfte der gesamten Gemüseanbauflächen dieses Gebietes auf den Spargel entfallen.

Ziel dieses Beitrags ist es:

- die zeitliche Entwicklung und räumliche Verbreitung des Spargelanbaus in Südoldenburg darzustellen und die heutigen Organisationsformen der Spargelbetriebe aufzuzeigen;
- herauszuarbeiten, welche naturräumlichen Faktoren und sozioökonomischen Bedingungen für die Ausbreitung des Spargelanbaus hemmend bzw. fördernd wirken. Hierbei stehen die Analyse über den Einsatz der Fremdarbeitskräfte in der Erntezeit und die Absatzformen des Spargels im Mittelpunkt;
- auf der Basis vollständiger Betriebsbefragungen und eingehender Analysen der strukturellen Faktoren zu versuchen, die künftige Tendenz des Spargelanbaus vorauszusagen.

1. Die Ansprüche des Spargels an Klima und Standort und seine Anbaumöglichkeit in Südoldenburg

Der Spargel ist eine mehrjährige Kulturpflanze mit etwa 10-12 Jahren Lebensdauer. Seine hohen Standortansprüche führen dazu, daß sich sein Anbau nur auf einige Gebiete konzentrieren kann.

Die Wirkung des Klimas auf die Entwicklung des Spargels soll anhand zweier Zeitabschnitte ausgewertet werden: zum einen der Einfluß der Witterung auf das Wachstum während der Vegetationszeit und damit auf die nächstjährige Ernte, zum anderen die Wirkung auf den Ernteverlauf in der Stechzeit.

Die Vegetationsperiode dauert nach der Ernte bis Ende Oktober. In dieser Zeit gelten warme Klimabedingungen für das Wachstum des Spargels als wünschenswert. An Niederschlägen während des genannten Zeitabschnittes werden etwa 180 bis 250 mm benötigt. Vorteilhaft ist eine reiche Niederschlagsmenge von Juli bis Anfang September; schädlich hingegen ein regenreicher Herbst.

Wenn die Bodentemperatur in einer Tiefe von 20 cm die Grenze von 12°C nachhaltig überstiegen hat, ist beim Spargel mit einem beschleunigten Wachstum zu rechnen bzw. beginnt die Erntesaison (vgl. HARTMANN 1989). Während dieser Erntesaison steht die Temperatur in einem positiven Zusammenhang zur Höhe des Ertrags. Im Gegensatz zur Temperatur beeinflusst der Niederschlag in der Erntesaison nur in geringem Maß den Ertrag oder die Stangenzahl des Spargels. Der Spargel hat eigentlich eine große Anpassungsfähigkeit an die Böden, wobei im allgemeinen leichte Böden dem Wärme- und Luftbedürfnis des Bleichspargels entgegenkommen, während Grünspargel auf schweren Böden angebaut wird. Im Hinblick auf den hohen Anteil (über 95%) des Bleichspargels in Südoldenburg bezieht sich die folgende Auswertung nur auf ihn.

In Südoldenburg sind die durchschnittlichen Temperaturbedingungen während der Vegetationsperiode für den Spargelanbau als günstig zu bezeichnen. Allerdings ist der Beginn der Erntesaison in diesem Anbaugebiet zwei bis drei Wochen später als in den südlichen Anbaugebieten, da hier die Schwelle des Erntebeginns (die Bodentemperatur in einer Tiefe von 20 cm mindestens um 12°C) später erreicht wird. Weiterhin ist die Temperatur dieses Gebietes in der Erntesaison nicht warm genug. Deshalb ist der Anbau von Frühspargelsorten oder die Foliendeckung auf den Spargelfeldern in Südoldenburg üblich, um den Spargel schon bei 9°C statt erst bei 11°C ernten zu können oder um den Boden durch die Foliendeckung zu erwärmen.

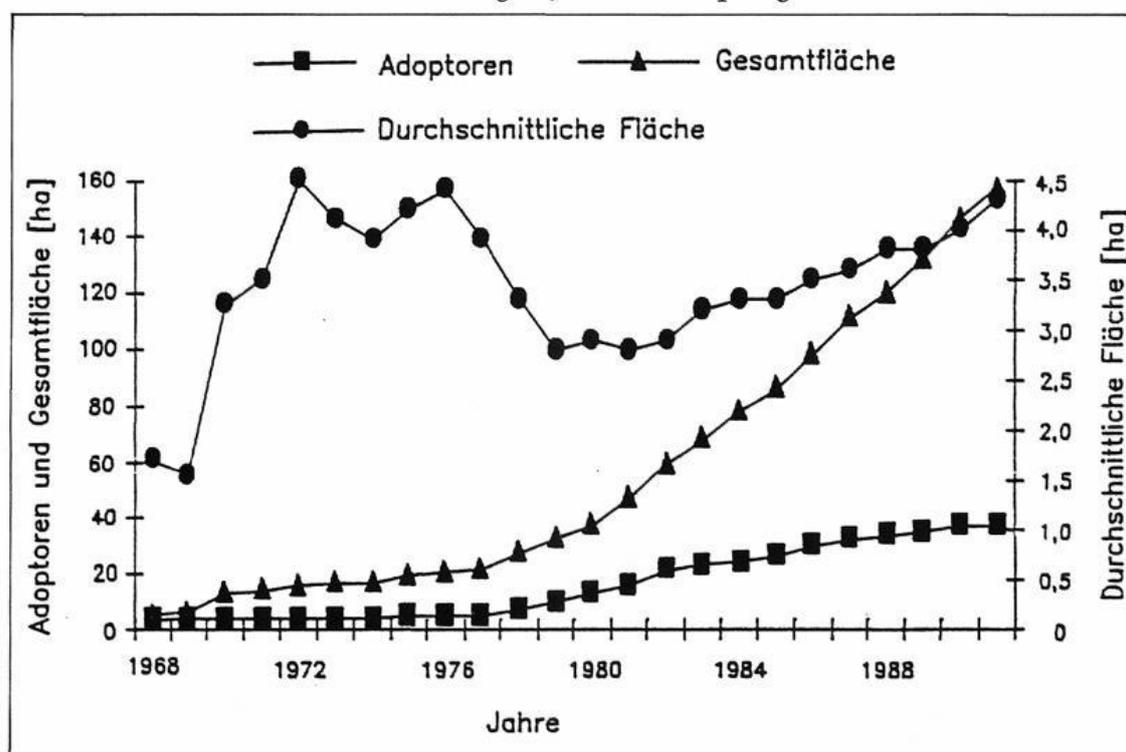
Im Zeitraum von Juli bis Anfang September reichen die Niederschläge für den Spargel in Südoldenburg nicht aus. Deshalb ist eine Beregnung wichtig, da eine gute Wasserversorgung von Juli bis Anfang September (mindestens ca. 25 mm/pro Woche) entscheidend den Ertrag und die Qualität im darauf folgenden Erntejahr beeinflusst.

Die Spargelanlagen liegen zum großen Teil auf den Sandböden des Untersuchungsgebietes. Nur etwa 1,5 ha Spargel aus zwei Betrieben werden auf den schwereren Böden angebaut, da bei den entsprechenden Pflegemaßnahmen (vor allem mit der Schwarzfoliendeckung) auch ein schwerer Boden für den Bleichspargelanbau genutzt werden kann. Allerdings sind die Kosten viel höher als die der Anlagen auf Sandböden.

2. Die zeitliche Entwicklung und räumliche Ausbreitung des Spargelanbaus

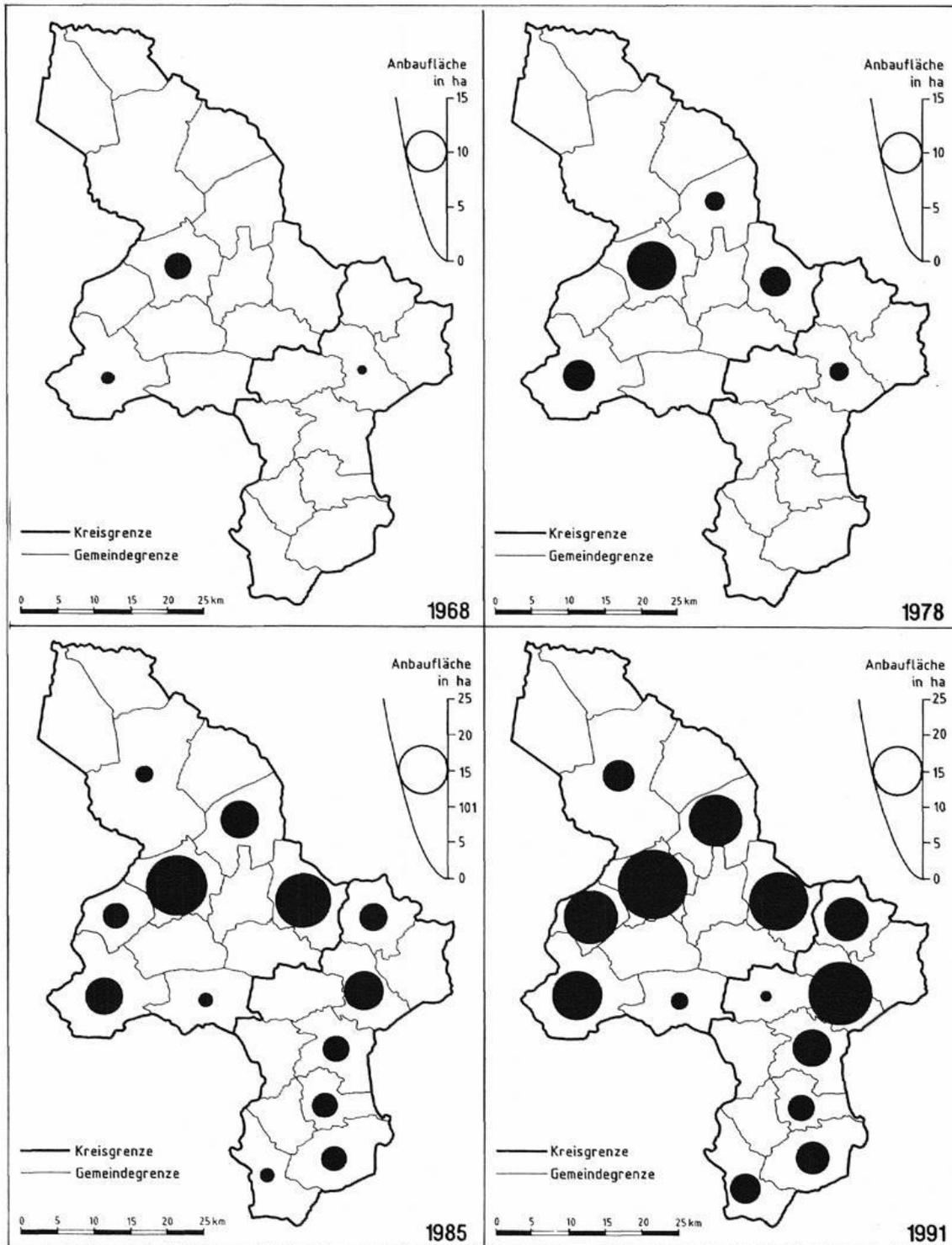
Im Vergleich zu anderen Anbaugebieten Niedersachsens liegt der Beginn des Spargelanbaus im Raum Südoldenburg wesentlich später. Der Erste, der den feldmäßigen Spargelanbau in Südoldenburg durchführte, war Aloys Bahlmann aus Molbergen. Er legte im Jahre 1955 die erste Feldspargelfläche in Grönheim in der Gemeinde Molbergen an. Danach blieb dieses Vorbild für über zehn Jahre ohne Nachahmung. In anderen landwirtschaftlichen Betrieben erfolgte die Aufnahme des Spargelanbaus lange Zeit nur sehr zögernd. Die Zunahme der Gesamtfläche war hauptsäch-

Abb. 1: Entwicklung der Gesamtfläche, Anbauer und durchschnittliche Flächengrößen des Spargelanbaus



(Quelle: eigene Erhebung 1991)

Abb. 2: Die räumliche Ausbreitung des Spargelanbaus in Süldenburg



(Quelle: eigene Erhebung 1991)

lich von der Ausweitung der schon vorhandenen Spargelbetriebe abhängig, so daß die durchschnittliche Flächengröße im Jahre 1977 schon 4,4 ha erreichte (s. Abb. 1).

Ab 1978 nahmen sowohl die Anbaufläche als auch die Anzahl der Spargelanbauer ständig zu. Die offensichtliche Gewinnspanne hat die Aufnahme des Spargelanbaus in immer mehr Betrieben verursacht. Wie Abb. 1 zeigt, belief sich die Spargelfläche im Jahre 1991 bei den befragten Betrieben insgesamt auf 157,4 ha. Die Anzahl der Spargelanbauer ist von 5 im Jahre 1977 auf 43 im Jahre 1991 angestiegen, wovon 37 befragt wurden.

Die sehr schnelle Zunahme der Anzahl der Spargelanbauer zwischen 1978 bis 1983 hat ein Absinken der durchschnittlichen Flächengröße verursacht (Abb. 1), da neue Spargelanbauer wegen des hohen Investitionsbedarfs häufig mit kleineren Flächen den Spargelanbau begannen. Danach kann ein erneuter Anstieg festgestellt werden. Heute bildet der Betrieb Bahlmann aus Molbergen mit 25 ha Spargel (davon 12 ha für Jungpflanzenvermehrung) im Untersuchungsgebiet den größten Betrieb.

Abb. 2 zeigt den Ausbreitungsvorgang des Spargelanbaus. Während im Jahre 1968 nur in drei Gemeinden (Molbergen, Lönigen und Langförden) der Spargelanbau aufgenommen wurde, tritt der Spargelanbau heute in 14 Gemeinden auf.

3. Ursachen für die erfolgreiche Ausbreitung des Spargelanbaus

Zur Erklärung der dargestellten zeitlichen Entwicklung und räumlichen Ausbreitung kann man mehrere Ursachen heranziehen, die nachfolgend erläutert werden.

3.1. Die agrarstrukturellen Wandlungen als Wegbereiter für die Aufnahme des Spargelanbaus

Auf die agrarwirtschaftliche Entwicklung und die agrarstrukturellen Wandlungen in Süddoldenburg wurde bei WINDHORST bereits im Jahre 1986 eingegangen. In der vierten Phase (1950-1980) hat Süddoldenburg vor allem als Veredlungszentrum ein agrarisches Intensivgebiet entwickelt. In dieser Phase standen die bäuerlichen Vollerwerbsbetriebe dieses Gebietes dem Spargelanbau anfangs ablehnend gegenüber. Dieses Verhalten geht vor allem auf den Expansionsprozeß der Veredlungswirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg zurück. Die Sandböden, die für den Spargelanbau geeignet sind, wurden in diesem Zeitraum überwiegend für den Getreideanbau und zum Teil auch für den Kartoffelanbau genutzt.

Die starke Verbreitung des Maisanbaus auf den leichteren Böden ist besonders augenfällig.

Erst ab Anfang der achtziger Jahre hatte die zunehmende sektorale Konzentration im Bereich der Tierhaltung und vor allem in der Hühnerhaltung existenzbedrohende Einflüsse auf kleinere und mittlere Veredlungsbetriebe. Während diese häufig durch die Vertragslandwirtschaft (überwiegend Lohnmast) nach einer Überlebenschance strebten, nahmen andere Veredlungsbetriebe den Spargelanbau auf, indem sie ihn an Stelle von Mais und Roggen setzten. Danach konnte der Produktionsschwerpunkt schrittweise auf Spargelanbau bzw. auf Sonderkulturanbau gelegt werden. Diese Produktionsumstellung basierte auf folgenden Überlegungen: Zum einen wollten die Betriebsleiter nicht ihre unternehmerische Entscheidungsfreiheit wie im Fall der Vertragslandwirtschaft verlieren, zum anderen ließ eine steigende Nachfrage nach frischem Spargel ein gutes Einkommen aus dem Spargelanbau erwarten (Punkt 3.2.).

Nach der Befragung haben in den letzten 20 Jahren 4 von 24 befragten Haupterwerbsbetrieben die Tierhaltung aufgegeben und den Schwerpunkt auf Sonderkulturen gelegt. Aufgrund der schwierigen Kombination in der Erntesaison zwischen Sonderkulturen und Tierhaltung würden viele Spargelanbauer am liebsten die Viehhaltung ganz aufgeben. Die schlechten Aussichten auf eine Flächenaufstockung und die schwierige Verfügbarkeit von Saisonauhilfen werden aber bewirken, daß die meisten Spargelbetriebe weiterhin Vieh halten müssen. Heute haben Spargelbetriebe mit Tierhaltung (67,6%) einen höheren Anteil als Spargelbetriebe ohne Tierhaltung (32,4%).

Für die Betriebsleiter von Nebenerwerbsbetrieben hatte der Spargelanbau immer nur die Funktion eines Zusatzeinkommens. Dieses Motiv unterschied sich grundsätzlich von Nebenerwerbsbetrieben im stadtnahen Raum. Ihre Aufnahme des Spargelanbaus basierte deshalb maßgeblich auf spekulativen Rentabilitätserwartungen, aber nicht auf einem Zwang zur Produktionsumstellung wie beim Haupterwerbsbetrieb. Da der Preis des Spargels besonders seit Anfang der achtziger Jahre schnell angestiegen war, nahmen die Betriebsleiter von Nebenerwerbsbetrieben ebenfalls erst in diesem Zeitraum den Spargelanbau auf.

Tab. 1 zeigt, daß 24 von 37 Betrieben Vollerwerbsbetriebe sind. So entfällt der Spargelanbau überwiegend auf die Gruppe der Haupterwerbslandwirte, wobei der Anteil der Vollerwerbsbetriebe im Landkreis Cloppenburg (75%) höher ist als im Landkreis

Tab. 1: Sozioökonomische Betriebstypen der Betriebe mit Spargelanbau in Südoldenburg

Landkreis	Vollerwerbsbetriebe		Zuerwerbsbetrieb	Nebenerwerbsbetrieb	Summe
	mit Tierhaltung	ohne Tierhaltung			
Vechta	9	3	2	7	21
Cloppenburg	11	1	2	2	16
Summe	20	4	4	9	37

(Quelle: eigene Erhebung 1991)

Tab. 2: Spargelbetriebe in Südoldenburg nach Flächengröße im Jahre 1991

Flächengröße (ha)	Vechta		Cloppenburg	
	Anzahl	Anteil (%)	Anzahl	Anteil (%)
0—1	5	5	4	3,6
1—2	4	12	1	1,5
2—4	6	30,4	2	6,1
4—6	5	37,6	3	16,8
6—8	—	—	2	15,8
über 8	1	15,0	4	56,1
Summe	21	100,0	16	100,0
durchschnittliche Fläche	3,1		5,8	

(Quelle: eigene Erhebung 1991)

Vechta (57%). Dieser Unterschied kann durch den schnelleren Anstieg der Nebenerwerbsbetriebe im Kreis Vechta im Vergleich zu Cloppenburg erklärt werden.

Die Betriebsgrößenstruktur zeigt zwischen den beiden Landkreisen einen deutlichen Unterschied. Aus Tab. 2 ist zu entnehmen, daß im Landkreis Vechta 95% der Betriebe unter 6 ha bewirtschaften, wobei 85% der Anbaufläche auf sie entfallen, während im Landkreis Cloppenburg nur 62,5% der Betriebe 28% der Flächen in dieser Flächengröße Spargel anbauen. Damit haben die Betriebe im Landkreis Cloppenburg eine höhere durchschnittliche Flächengröße (5,8 ha) als der Landkreis Vechta (3,1 ha). Eine Ursache dafür ist, daß der größte Betrieb, Bahlman, mit 25 ha Spargel im Landkreis Cloppenburg (Gemeinde Molbergen) liegt.

Ein höherer Anteil von Nebenerwerbsbetrieben des Landkreises Vechta im Vergleich zu dem Landkreis Cloppenburg ist als eine andere Ursache anzusehen.

Nach der Befragung haben nahezu 65% der Spargelbetriebe auch Obst und anderes Gemüse in ihr Betriebssystem aufgenommen, damit die hierfür benötigten Geräte und Maschinen, wie z.B. Schlepper und Fräse, auch für die anderen Sonderkulturen genutzt werden können und um das Marktrisiko zu vermindern.

3.2. Nachfrage- und Angebotsentwicklung auf dem Spargelmarkt
Der Verbrauch von frischem Spargel hat sich in der Bundesrepublik Deutschland von einem Minimum von 20.500 t im Jahre 1979 auf 47.617 t im Jahre 1990 kräftig erhöht. Mit einem Verzehr von 760 g je Einwohner sind die Bundesbürger in der EG führend, anschließend folgen Spanien und Frankreich mit einem Verzehr ebenfalls über 700 g je Einwohner. Der Verzehr liegt in Norddeutschland um 12% über dem Bundesdurchschnitt (ZMP, Obst und Gemüse 4/91, S. 251). Das ist eine Ursache für die Ausweitung des Spargelanbaus in den letzten Jahren in Niedersachsen.

Ähnlich wie bei anderem Obst und Gemüse profitierte das Ausland überproportional gegenüber den Inlanderzeugern vom Anstieg des Pro-Kopf-Verbrauches. Im Jahre 1987 erreichte der Importanteil mit 68% seinen Höchstwert und bleibt dann bei ca. 60% konstant. Die wichtigsten Spargellieferstaaten für die Bundesrepublik Deutschland sind Frankreich, die Niederlande, Spanien und Griechenland.

Aufgrund des hohen Einfuhrdrucks aus den Mitgliedsländern der EG ist der reale durchschnittliche Erlös für Spargel bei Erzeugergroßmärkten jährlich um 3,2% gefallen, obwohl der Abgabepreis bei der ersten Handelsklasse (16-26 mm) noch weiter steigen konnte. Diese Tatsache hat einen rückläufigen Spargelanbau in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg zur Folge, da ein hoher Anteil des Spargels in beiden Ländern über Erzeugergroßmärkte abgesetzt wird. Der Direktverkauf spielt dagegen vor allem in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen eine große Rolle. In Süddoldenburg erreichte der Anteil des Absatzes durch den Direktverkauf sogar 70,5%, während nur 17,4% des Spargels über den Erzeugergroßmarkt Langförden abgesetzt wurden (vgl. Punkt 5). Der dadurch erzielte höhere Reingewinn hat die Ausdehnung des Spargelanbaus im Untersuchungsgebiet in starkem Maße begünstigt.

Stellt man der Preisentwicklung von Spargel die Preisentwicklung der anderen Kulturen, z.B. Getreidearten, gegenüber, dann

Tab. 3: Die Preisentwicklung des Spargels und der Getreidearten von 1986 bis 1990

	1986	1987	1988	1989	1990	Veränderung in %
Spargel (DM/dt.)	699	803	805	775	780	+ 11,6
davon:						
Kl. I, 16—26 mm	957	1.149	1.177	1.126	1.103	+ 15,3
Getreide (DM/dt.)	40,6	38,3	37,7	36,0	34,5	-15,0
davon:						
Roggen	40,0	36,5	37,3	35,3	33,4	-16,5
Körnermais	39,2	40,8	34,7	34,2	36,8	-6,1

(Quelle: ZMP Bilanz'91, Gemüse)

ergibt sich selbst beim Absatz über den Erzeugergroßmarkt noch ein günstiges Bild (s. Tab. 3).

Aus Tab. 3 geht hervor, daß der Preis von inländischem Spargel im Zeitraum von 1986 bis 1990 um 11,6% angestiegen ist, während der Preis von Getreide im gleichen Zeitraum um 15% zurückgegangen ist. Dabei fällt die Preisentwicklung von Roggen mit -16,5% besonders auf. Diese gegenläufige Preisentwicklung zwischen dem Spargel und dem Getreide erklärt deutlich, weshalb sich der Spargelanbau in den achtziger Jahren vor allem in landwirtschaftlichen Betrieben ausbreitete.

Um die gute Marktchance für den Spargelanbau zu nutzen, versuchen viele Betriebe, die vorhandene Fläche zu vergrößern. Hierbei ist neben der Umstellung innerhalb des Betriebes die externe Anbauflächenerweiterung durch Zukauf und Zupacht der landwirtschaftlichen Flächen von hoher Bedeutung. Das Ergebnis der Befragung zeigt, daß ca. 50% der Spargelfläche auf dem Pachtland liegen. Das ist insbesondere der Fall, wenn der Betrieb nicht genug Sandböden besitzt, wie z.B. in Langförden. Ein möglichst langer Pachtvertrag wird als eine günstige Voraussetzung betrachtet, da der Spargel eine mehrjährige Kultur ist.

3.3. Sortiment und der Fortschritt der Anbautechnik

Da die Sortenzahl des Spargels durch die modernen Züchtungsmethoden von Jahr zu Jahr zunimmt oder sich ändert, ist eine sorgfältige Sortenwahl von großer Bedeutung. Tab. 4 zeigt, daß sich die Mehrzahl der Betriebe in Südoldenburg für den Anbau der holländischen Sorten entschied, davon wird die Sorte „Gijnlim“

Tab. 4: Angebaute Spargelsorten in den Spargelbetrieben des Untersuchungsgebietes im Jahre 1991

Sorten	Anteil an den Gesamtbetrieben
Holländische Sorten	58,3
davon:	
Gijnlim	50,5
Boonlim	23,3
Venlim	9,5
Limbras	9,5
Thielim	6,7
Deutsche Sorten	11,1
davon:	
Lukulus	42
Züchtung aus eigenem Betrieb	
Huchels Leistungsauslese	24,2
Holländische und Deutsche Sorten	25
Keine Angaben	5,6

(Quelle: eigene Erhebung 1991)

besonders bevorzugt, da sie sich durch hohen Ertrag und geschlossenen Kopf aber vor allen Dingen als früh abreifend auszeichnet. Deutsche Sorten werden nur in begrenztem Umfang angebaut. Nach Angaben der Versuchs- und Beratungsstation für den Obst- und Gemüsebau (WEBER 1992, mdl.) wurde vor 1979 in Süddoldenburg nur die deutsche Sorte „Huchels“ angebaut. Bei dieser Sorte lag das Problem in der frühen Alterung der Kultur. Zu Beginn der achtziger Jahre traten die holländischen Sorten erstmals im Untersuchungsgebiet auf. Danach verbreiteten sich die frühen holländischen Sorten schrittweise in Süddoldenburg, da hier die Temperatur zur Erntezeit für die stärker wärmeliebenden deutschen Sorten zu niedrig ist.

Um den Nachteil der einzelnen Sorten zu vermeiden und um den Markt über eine längere Zeit kontinuierlich beliefern zu können, wurde den Spargelanbauern geraten, mehrere Sorten gleichzeitig anzubauen. Die Zusammensetzung des Sortiments in Süddoldenburg ist je nach Betrieb unterschiedlich. Am häufigsten setzen sie sich aus der sehr frühen Sorte „Gijnlim“ und den frühen Sorten



*Foto 1: Abdeckung mit Schwarzmulchfolien auf dem Spargelfeld
(Aufnahme: Mai 1991)*

Auf schwereren Böden wurde im Betrieb Kühling in Löningen erfolgreich schwarze Mulchfolien eingesetzt. Die Qualität der Stangen war gut, es gab keine Verfärbung.

bzw. mittelfrühen Sorten „Boonlim“ und „Lukulus“ zusammen. Der Anbau auf trockenen Sandböden macht im trockenen Sommer eine Bewässerung notwendig. Wird sie während der Vegetationszeit (im Untersuchungsgebiet: von Juli bis Anfang September) durchgeführt, erhöht sie den Gesamtertrag und den Anteil der ersten Handelsklasse erheblich. In Süddoldenburg installierten einige große Spargelbetriebe Beregnungsanlagen, um einen höheren Ertrag zu erreichen. Die kleinen Spargelbetriebe können sich diese Anlagen jedoch nicht leisten, da sie sehr teuer sind. Durch die erfolgreichen Pflanzenschutzmaßnahmen (Spritzplan) stellen die Schädlinge und Krankheiten im Spargelanbau des Untersuchungsgebietes kein großes Problem dar.

Der Einsatz von Antitaufolien zur Verfrühung der Ernte setzt sich vor allem in Südeuropa durch. Manche Süddoldenburger Spargelanbauer haben auch mit Polyethylen-Folien ihre Spargelfelder abgedeckt. Der Betrieb Kühling (Löningen/Cloppenburg) versuchte, mit schwarzer Mulchfolie auf schwereren Böden zu arbeiten (Foto 1). Erste Beobachtungen zeigen folgende Vorteile:

-
- Durch die Deckung der schwarzen Mulchfolie hat der Spargelanbau auf schwereren Böden den gleichen Ertrag, aber eine bessere Qualität als auf leichteren Böden, da die schwarze Folie gegen den Sonnenschein wirkt und damit die Rotkopfbildung beim Bleichspargel wesentlich vermindern kann.
 - Die Ernteleistung kann sich erhöhen. Zwar ist die Abdeckung und Wiederbedeckung mit schwarzer Folie zeitlich aufwendig, aber der Stecher sieht den Spargel leichter. Der Grund dafür ist, daß Spargelanlagen unter schwarzer Folie nur alle zwei Tage beerntet werden und sie damit mehr Stangen als die Anlagen ohne Deckung mit schwarzer Folie haben, da dort der Spargel täglich gestochen werden muß.

Die hohen Kosten sind als Nachteil anzusehen. Der Preis von schwarzer Folie ist z. Zt. mit 0,5 DM/m² fast so doppelt hoch wie der von normaler Polyethylen-Folie, die nur 0,3 DM/m² kostet.

3.4. Die Rolle der Versuchs- und Beratungsstation für Obst- und Gemüsebau (VBOG) in Langförden

Obwohl die Versuchs- und Beratungsstation für den Obst- und Gemüsebau in Langförden (VBOG) erst ab 1978 den Spargelanbauern des Untersuchungsgebietes Informationen über den Spargelanbau gibt, trägt sie erheblich zu der schnellen Ausdehnung der Spargelfläche bei. Da die Anbauer durch die Zunahme des Spargels mit zahlreichen Problemen konfrontiert werden, beschäftigt sich die VBOG nicht nur mit anbautechnischen Fragen, sondern auch mit Themen der Arbeits- und Betriebswirtschaft. Neben persönlichen Beratungen, z.B. telefonischen Gesprächen oder Beobachtungen der Spargelanlagen, finden im Winter bei der VBOG unregelmäßig Seminare statt. Auf diese Weise konnten viele der neu aufgetauchten Fragen geklärt werden. Die Erfolge der VBOG zeigen sich im höheren Ertrag in Süddoldenburg im Vergleich zu den anderen Anbaugebieten Niedersachsens (durchschnittlicher Ertrag in Süddoldenburg: 40-45 dt/ha, in Niedersachsen: 35 dt/ha). Im März 1991 hat die VBOG zum ersten Mal auf einem Versuchsfeld Spargel angepflanzt (Größe: 50 m² Beetanbau). Ihr Zweck ist, ein neues Anbausystem zu untersuchen und möglicherweise dieses Anbausystem auf dem Freiland anzuwenden. Die Ergebnisse stehen noch aus.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß folgende fünf Faktoren die erfolgreiche Ausbreitung des Spargelanbaus in Süddoldenburg hervorgerufen haben:

- Die agrarstrukturellen Wandlungen sind als Wegbereiter für die Aufnahme des Spargelanbaus anzusehen.
-

- Die steigende Nachfrage nach frischem Spargel hat zu seiner günstigen Preisentwicklung gegenüber anderen Kulturen geführt.
- Im Vergleich zu der Absatzform durch den Erzeugergroßmarkt hat die Verbreitung des Direktverkaufs zweifellos einem höheren Reingewinn für die Spargelanbauer gebracht.
- Die Fortschritte der Agrartechnologie z.B. das Angebot der früheren Sorten und die Deckung durch schwarze Mulchfolie tragen zur Ausdehnung der Spargelflächen bei.
- Die gute Beratung durch die VBOG verspricht einen höheren Ertrag und dadurch hohe Reingewinne für die Anbauer.

4. Die Arbeitswirtschaft und ihre Bedeutung für den Spargelanbau

Spargel ist als Sonderkultur außerordentlich kapital- und arbeitsintensiv. Die hohe Arbeitsintensität belegt die folgende Angabe für den durchschnittlichen Arbeitskräftebesatz:

	1 ha Spargel	=	1.450 Arbeitsstunden (AKh)
Zum Vergleich:	1 ha Getreide	=	250 AKh
	1 ha Äpfel	=	645 AKh

Ein anderes Charakteristikum ist, daß fast 90% des Arbeitszeitbedarfs auf Ernte, Transport und Aufbereitung entfallen. Diese Tatsache hat zur Folge, daß fast 95% der Spargelbetriebe fremde Arbeitskräfte in Anspruch nehmen müssen. Hierbei spielten vor allem die Verfügbarkeit von ausländischen Saisonarbeitskräften für die Ausbreitung des Spargelanbaus eine ausschlaggebende Rolle. Dieses Ergebnis resultiert aus folgenden Überlegungen:

- Obwohl zwischen 1970 und 1987 die Gesamtbevölkerung in Süldoldenburg um 23.392 Personen oder 12,25% zugenommen hat, ist aufgrund der Abwanderung junger Bevölkerungsgruppen der Bevölkerungsanstieg in Gebieten mit hohem landwirtschaftlichen Anteil (vor allem im Landkreis Vechta) nur gering ausgefallen (WINDHORST 1990, S. 284).
- Der heutige Wohlstand in Deutschland hat bewirkt, daß die deutschen Aushilfskräfte immer knapper und teurer werden. Im Gegensatz dazu ist auf dem Arbeitsmarkt das Angebot von billigen Wanderarbeitern vor allem aus dem ehemaligen Ostblock ausreichend, da die Wanderarbeiter selbst während des kurzen Ernteeinsatzes in Deutschland so viel wie ein jährliches oder sogar mehrjähriges Einkommen in ihrer Heimat verdienen können.
- Die Zunahme der durchschnittlichen Flächengröße des Spargels führt dazu, daß die Nachfrage nach ausländischen Saisonarbeitskräften in zunehmendem Maße steigt.

Nach der Befragung sind 4,3 Saisonauhilfen je ha und Tag für den Spargelanbau erforderlich, da die Anlagen täglich beerntet werden müssen. Die weiblichen Saisonauhilfen dominieren mit nahezu 63%; sie sind vorwiegend bei der Aufbereitung des Spargels tätig. Nach der Herkunft nehmen männliche Polen als Stecher den ersten Platz ein. Danach folgen Türken, Inder, Vietnamesen, Griechen und Afrikaner. Aufgrund der hohen Bestrafung bei illegaler Beschäftigung von Asylbewerbern wird der Einsatz der Saisonauhilfen immer mehr von den Wanderarbeitern abhängig sein.

Zur Unterbringung und Versorgung der Wanderarbeiter entstanden in einigen großen Spargelbetrieben im Landkreis Cloppenburg eigene Wohnheime. Die Wanderarbeiter übernachten aber auch in eigenen Wohnwagen. Die deutschen und türkischen Auhilfen sowie zum Teil die Asylbewerber fahren mit ihren Autos vom Wohn- zum Arbeitsort.

Das Angebot einer ausreichenden Zahl billiger ausländischer Saisonauhilfen ist für die Ausbreitung des Spargelanbaus von entscheidender Bedeutung. Allerdings ist ihre Beschäftigung mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden. Laut Angaben mancher Betriebsleiter müssen die Bäuerinnen etwa ab Weihnachten beginnen, die Formalitäten für Visum, Arbeitserlaubnis, Krankenversicherung zu erledigen, um genügend Wanderarbeiter in der nächsten Erntezeit zu erhalten. Je größer der Betrieb ist, um so höher ist die Belastung für die Bäuerin. Darüber hinaus sind die kurzfristigen Verträge, die häufige Fluktuation der Arbeiter und vor allem ihre geringe Integration in die Betriebe als Probleme anzusehen.

Angesichts der immer knapper und teurer werdenden deutschen Aushilfskräfte auf der einen und wegen des hohen Verwaltungsaufwands sowie der sozialen Probleme bei der Beschäftigung von ausländischen Hilfskräften auf der anderen Seite, scheint für die nähere Zukunft die Ausweitung des Einsatzes von Maschinen vorrangig zu sein. Die Befragung hat gezeigt, daß über 70% der Spargelbetriebe im Untersuchungsgebiet folgende Maschinen einsetzen: Schlepper, Düngerstreuer, Wasch- und Sortiermaschinen, Kühlsysteme sowie verschiedene andere Geräte. Der Einsatz von Erntemaschinen, die in großem Umfang Arbeitskräfte einsparen können, weist jedoch für den Spargel viele Schwierigkeiten auf, z.B. hohe Kapitalkosten und Ertragseinbußen. Deshalb ist eine maschinelle Ernte von Spargel unwirtschaftlich.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Schwierigkeiten beim Einsatz von Maschinen und administrative Probleme bei der

Beschaffung der ausländischen Wanderarbeiter die weitere Entwicklung des Spargelanbaus beschränkt haben. In der näheren Zukunft werden Aushilfskräfte in ausreichender Zahl vermutlich vor allem aus Rußland auf den deutschen Arbeitsmarkt kommen, weil die Russen wegen der schlechten wirtschaftlichen Situation in ihrer Heimat in Deutschland arbeiten wollen und auch bereit sind, für niedrige Löhne zu arbeiten. Dennoch werden die Probleme der hohen Handarbeitsbelastung zur Erntezeit ohne Vereinfachung der administrativen Formalitäten nicht nachhaltig gelöst werden können.

5. Vermarktungsformen und ihre Auswirkungen auf den Spargelanbau

Zur Verbesserung der Absatzwege und zur Erschließung von Märkten kommen in der heutigen Marktstruktur verschiedene Absatzmöglichkeiten in Frage. Während nur 17,4% der Spargelbetriebe in Süddoldenburg ihr Produkt zumeist mit niedriger Qualität durch den Erzeugergroßmarkt Langförden absetzen wollen, ist der Verkauf ab Hof im Spargelbetrieb von großer Bedeutung. Im Untersuchungsgebiet haben ca. 75% der Spargelbetriebe einen entsprechenden Verkaufsraum eingerichtet. In einigen Fällen werden auch anderes Obst und Gemüse vom Betrieb aus vermarktet. Auch hier sind wieder besondere Aufwendungen an Kapital (Verkaufsräume, Lagerraum, Verpackung, Marktaufbereitung und Marktstände) und Arbeitskraft nötig. Der Spargelverkauf ab Hof untersteht zumeist der Regie der Ehefrau. Vereinzelt werden jedoch auch Verkäuferinnen im Betrieb beschäftigt, wenn neben den selbsterzeugten Produkten auch andere Obst- und Gemüseprodukte verkauft werden.

Vom Verkaufspreis abgesehen hat der Spargelverkauf direkt ab Hof für die Bauern besondere Vorteile. Qualitativ hochwertiger Frischspargel entspricht dem Wunsch der Konsumenten nach garantiert gesunder Kost und feinem Geschmack. Umgekehrt begünstigt gerade dieser Wunsch den hohen Spargelverkaufspreis beim Ab-Hof-Verkauf. Anhand der Befragung zeigt sich, daß der Verkaufspreis des Spargels durch Ab-Hof-Verkauf durchschnittlich ca. 10 DM/kg beträgt. Ein anderer Vorteil ist in der direkten Bezahlung zu sehen. Außerdem nennen einige Spargelanbauer die Kontaktnahme mit ihren Kunden als Grund des Direktverkaufs. Einige Betriebe machen mit ausgehängten Schildern und aufgestellten Tafeln oder einer Anzeige in der Zeitung auf den Verkauf aufmerksam (Foto 2), um den Kundenkreis zu vergrößern oder die



Foto 2: Werbeschild für den Direktverkauf

Konkurrenz von Nachbarn zu verringern. Dies hat jedoch nur für zufällige Laufkundschaft eine Wirkung, während die Dauerkundschaft häufig bestimmte Spargelanbauer aufsucht und wegen des Vertrauens in die gute Qualität des Spargels auch bereit ist, höhere Preise zu zahlen. Der räumliche Umfang der Kundenkreise schwankt in Süddoldenburg sehr stark, je nach Größe der Betriebe und Verkehrslage des Hofes. Im allgemeinen besteht der Kundenkreis solcher Betriebe, die kleine Spargelanbauflächen haben oder sich in einsamer Lage befinden, häufig aus der Umgebung des Erzeugers, während große Betriebe mit günstiger Verkehrslage (z.B. in der Nähe der Autobahn oder an der Bundesstraße) einen viel breiteren Kundenkreis, sogar aus dem Ausland (2 Fälle), anziehen.

Mit der Ausdehnung der Spargelfläche und zunehmender Dichte der direktvermarktenden Betriebe kann eine Beschränkung der Absatzmengen beim Ab-Hof-Verkauf beobachtet werden, die zum Teil bereits zu einem Preisdruck beim Direktabsatz führte, insbesondere dann, wenn benachbarte Betriebe gleichzeitig den Weg des Direktverkaufs wählen (z. B. in der Gemeinde Löningen). Die Vereinigung der Spargelanbauer in Niedersachsen hat deshalb im Jahre 1991 ein Projekt gestartet, in dem der Absatz über den Handel organisiert werden soll (ZMP der Märkte 4/91, S. 247). In

Südoldenburg ist auch abzusehen, daß eine zunehmende Zahl von Betrieben über den Erzeugergroßmarkt bzw. den Handel ihren Spargel absetzen werden, da mit der Flächenausweitung der Preiskampf beim Direktverkauf immer weiter verschärft wird. Zu erwartende Schwierigkeiten, z.B. Verkauf nur niedriger Qualitäten beim Großhändler, will man durch Verträge und Kontrollen vermeiden.

Es bleibt als Fazit festzuhalten, daß wegen des vergleichsweise höheren Verkaufspreises der Verkauf des Spargels direkt ab Hof ein wesentlicher Impuls für den Spargelanbau im gesamten Südoldenburger Raum gewesen sein dürfte. Die starke Nachfrage nach heimischem Spargel hat die schnelle Verbreitung des Verkaufs ab Hof zur Folge gehabt. Man kann davon ausgehen, daß es zur Zeit für Spargel noch keine Absatzprobleme gibt.

6. Die künftige Entwicklung des Spargelanbaus

Wie aus der Befragung hervorging, beurteilen sowohl die Versuchs- und Beratungsstation für den Obst- und Gemüseanbau in Langförden als auch die Anbauer selbst die Zukunft insgesamt optimistisch.

Tab. 5: Die Entwicklungstendenzen des Spargelanbaus im Zusammenhang mit Betriebsformen

Vorhaben Zahl der Befragten	mehr Spargel anbauen	gleichviel Spargel anbauen	weniger Spargel anbauen	Gesamt
Vollerwerbsbetriebe	12 (70,6 %)	10 (58,8 %)	2 (66,7 %)	24 (64,9 %)
Zuerwerbsbetriebe	3 (17,6 %)	4 (23,5 %)	—	7 (18,9 %)
Nebenerwerbsbetriebe	2 (11,8 %)	3 (17,6 %)	1 (33,3 %)	6 (16,2 %)
Gesamt	17 (100 %)	17 (100 %)	3 (100 %)	37 (100 %)

(Quelle: eigene Erhebung 1991)

Tab. 5 zeigt, daß von 24 Vollerwerbsbetrieben 12 Betriebsleiter ihre vorhandene Flächengröße ausweiten, 7 Betriebeleiter konstant erhalten und nur zwei Betriebsleiter den Spargelanbau verringern werden. Diese beklagen die schlechte Verfügbarkeit von Aushilfen zur Erntezeit.

Bei den 6 Nebenerwerbsbetrieben wollen 5 Betriebsleiter ihre vorhandene kleine Flächengröße konstant halten oder sogar vergrößern.

Bern, weil der hohe Gewinn auf der Basis der starken Nachfrage nach frischem Spargel ein gutes Zusatzeinkommen verspricht. Außerdem kommt die kurze Arbeitsspitze beim Spargelanbau der Urlaubszeit des Betriebsleiters zur Erntezeit entgegen. Eine altersbedingte Betriebsaufgabe tritt nur in einem Betrieb auf. Um den Spargelanbau in Südoldenburg weiterhin erfolgreich ausdehnen zu können, hat im März 1991 die Versuchs- und Beratungsstation für den Obst- und Gemüseanbau in Langförden zum ersten Mal auf einen Versuchsfeld Spargel angepflanzt (s. Punkt 3.4.). Parallel zu diesem Versuch hat Ende 1991 ein Kooperationsbetrieb (4 Mitglieder) 8 ha Beetspargel in der Gemeinde Steinfeld angebaut, der mit der Kunststoffabrik „NORDENIA“ zusammenarbeitet. Dies entspricht ca. 55 ha Feldspargel, da das Pflanzsystem dieses Beetspargels 11 Pflanzen/m² statt 1,5 Pflanzen/m² beim normalen Freilandanbau aufweist.

In Zukunft ist ein wachsender Konkurrenzdruck für den heimischen Spargelmarkt durch andere Anbauggebiete in der BR Deutschland und durch ausländische Staaten (vor allem durch Spanien und Griechenland) zu befürchten. Ein weiteres Problem liegt in den steigenden Lohnkosten infolge der Verknappung deutscher Aushilfskräfte zur Erntesaison auf der einen sowie der sozialen Probleme und der administrativen Schwierigkeiten der Wanderarbeiter auf der anderen Seite begründet.

Ob der heimische Spargelanbau weiterhin ausgedehnt werden kann, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob die Spargelbetriebe konkurrenzfähig sind, indem die Betriebsleiter alle Möglichkeiten der Agrartechnologie nutzen und sich vor allem der veränderten Marktsituation flexibel anpassen.

7. Schlußbetrachtung

Der Spargelanbau in Südoldenburg befindet sich erst seit 1978 auf Expansionskurs, nachdem er sich in den 60er und Anfang der 70er Jahre sehr langsam entwickelt hat. Nach dem Flächenanteil nimmt heute in Südoldenburg Spargel mit einer Fläche von 157,4 ha (bei den befragten Betrieben) den ersten Platz innerhalb aller Gemüsearten ein.

In Südoldenburg ist der Spargelanbau überwiegend in Vollerwerbsbetrieben angesiedelt. Hierfür sind die Existenzkrise der kleinen und mittelgroßen Veredlungsbetriebe infolge des agrarwirtschaftlichen Strukturwandels auf der einen und die günstige Preisentwicklung des Spargels gegenüber anderen landwirtschaftlichen Kulturen auf der anderen Seite als Ursache anzusehen.

Die Möglichkeit des marktorientierten Spargelanbaus wurde erst ab 1978 von der Versuchs- und Beratungsstation für den Obst- und Gemüseanbau in Langförden ins Auge gefaßt. Sie trägt jedoch durch gezielte Maßnahmen zu einer schnellen Ausweitung des Spargelanbaus bei.

Der Direktverkauf infolge der starken Marktnachfrage nach frischem Spargel hat die schnelle Ausdehnung der Spargelflächen wesentlich begünstigt. Demgegenüber sind die Schwierigkeiten beim Einsatz von Maschinen und administrative Probleme bei der Beschaffung der ausländischen Wanderarbeiter als hauptsächliche „strukturhemmende Faktoren“ für die Ausbreitung des Spargelanbaus zu nennen.

In der nächsten Zukunft kann sich die Spargelanbaufläche durch die starke Nachfrage nach frischem Spargel und die Durchführung des Direktverkaufs, verbunden mit einer Gartenbauberatung von der Versuchs- und Beratungsstation für den Obst- und Gemüsebau, in diesem Gebiet weiter ausdehnen. Aufgrund der guten Verdienstmöglichkeiten stellt der Spargelanbau eine echte Alternative zur Veredlungswirtschaft und zum sonstigen Sonderkulturanbau dar.

Literatur

CAO, X.-H.: Der Sonderkulturanbau in Süddoldenburg - Die geographische Analyse von Innovations- und Diffusionsprozessen am Beispiel des Himbeer- und Spargelanbaus. (= Vechtaer Studien zur Angewandten Geographie und Regionalwissenschaft, Band 10). Vechta 1993.

HARTMANN, H.D.: Spargel. Stuttgart 1989.

HERDER, E. und B. MÖLLER: Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte im Gartenbau. In: Obstbau 4 (1991), S. 189-190.

Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972-1989. Wiesbaden.

WINDHORST, H.W.: Das agrarische Intensivgebiet Süddoldenburg - Entwicklung, Strukturen, Probleme und Perspektiven. In: Zeitschrift für Agrargeographie 4 (1986), S. 345-366.

WINDHORST, H.W.: Agrarstrukturelle Wandlungen im Oldenburger Münsterland zwischen 1972 und 1986. In: Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland 1989, S. 225-246.

WINDHORST, H.W.: Bevölkerung und Wirtschaft im Landkreis Vechta. In: Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland 1990. S. 272-284.

ZMP Bilanz Gemüse 1985-1991. Bonn 1991.

85 Jahre Post in Harkebrügge

Harkebrügge ist ein Ortsteil der Gemeinde Barßel, im Norden des Landkreises Cloppenburg gelegen. Idyllisch schlängelt sich die Soeste durch den Ort, dessen Geschichte sich bis um 1450 zurückverfolgen läßt. Die Geschichte der Post hingegen ist viel jüngeren Datums.

Die Post im Raum des alten Amtsbezirks Friesoythe läßt sich erst ab 1800 genauer verfolgen. Aber bereits im Jahre 1650 wurde eine regelmäßige Reitpostverbindung zwischen Amsterdam und Hamburg eingerichtet. Der Weg der Reitboten führte von Amsterdam über Deventer – Cloppenburg – Wildeshausen – Bremen nach Hamburg, über die sogenannte „Flämische Heerstraße“ . Von Cloppenburg aus führte eine Botenpost über Friesoythe zum Saterland bis nach Barßel. Dieses war keine regelmäßige Einrichtung, sondern sie verkehrte je nach Bedarf, und das rund 200 Jahre lang. Regelmäßige Postverbindungen im hiesigen Raum gab es erst ab dem 19. Jahrhundert.

Im Jahre 1818 bestand in Barßel bereits ein Postlager, in dem die Boten die Post hinterlegten und auch Post wieder mitnahmen. Postboten, die die Post im Ort verteilten, gab es noch nicht. Die Empfänger, die durch Mundpropaganda informiert wurden, mußten ihre Post beim Postlager abholen. Mit Sicherheit haben auch Harkebrügger Bürger ihre Post in Barßel abholen müssen. Die Postlager befanden sich meist in einer Gaststätte, die Wirte wurden gewöhnlich schon bei der Erteilung der Konzession durch die Regierung verpflichtet, ein solches Postlager zu unterhalten. Rechtlich zählten diese Postlager aber nicht zu den Postanstalten und wurden als solche auch nicht im jährlich erscheinenden „Hof- und Staatshandbuch des Großherzogtums Oldenburg“ erwähnt. Wo sich das Postlager Barßel befand, kann mit absoluter Sicherheit nicht gesagt werden, wahrscheinlich ist aber, daß es sich in der Gastwirtschaft „Zum goldenen Hirsch“ , Inhaber Johann Helmers, befand. Hier wurde auch am 1. April 1870 eine Postexpedition eingerichtet.

Eine regelmäßige Postverbindung gab es erst ab 1826, als eine Botenpost von Cloppenburg nach Friesoythe eingerichtet wurde, die

zweimal wöchentlich verkehrte. Ein aus Ramsloh kommender Bote holte die Post für das Saterland und Barbel aus Friesoythe ab.

Ab 1. Oktober 1856 wurden zwei neue Postkurse als Botenpost eingerichtet.

Kurs 1: Von Barbel nach Friesoythe, dienstags und freitags.

Kurs 2: Von Ramsloh über Strücklingen nach Barbel und weiter über Godensholt nach Apen, montags, mittwochs und sonnabends.

Wie schon erwähnt, wurde 1870 in Barbel eine Postexpedition eingerichtet. Zum gleichen Zeitpunkt wurde auch ein Postbote namens Spindler eingestellt, der wohl der erste Postbote Barbels war. Der Postbote Spindler hatte für den kargen Lohn von 1,50 Reichsmark täglich eine große Tour zu gehen. Sie umfaßte den Ort Barbel, die Ortschaften bzw. Bauernschaften Lohe, Harkebrügge, Barbelermoor und Roggenberg. Rund 30 km hatte dabei Spindler täglich zurückzulegen. Sein Dienstbeginn war um 7.30 Uhr und endete zwischen 19 und 20 Uhr. Jedoch war das Postaufkommen mit dem heutigen nicht zu vergleichen.

Harkebrügge wurde 42 Jahre lang von den Postboten aus Barbel mit Post und Paketen versorgt.

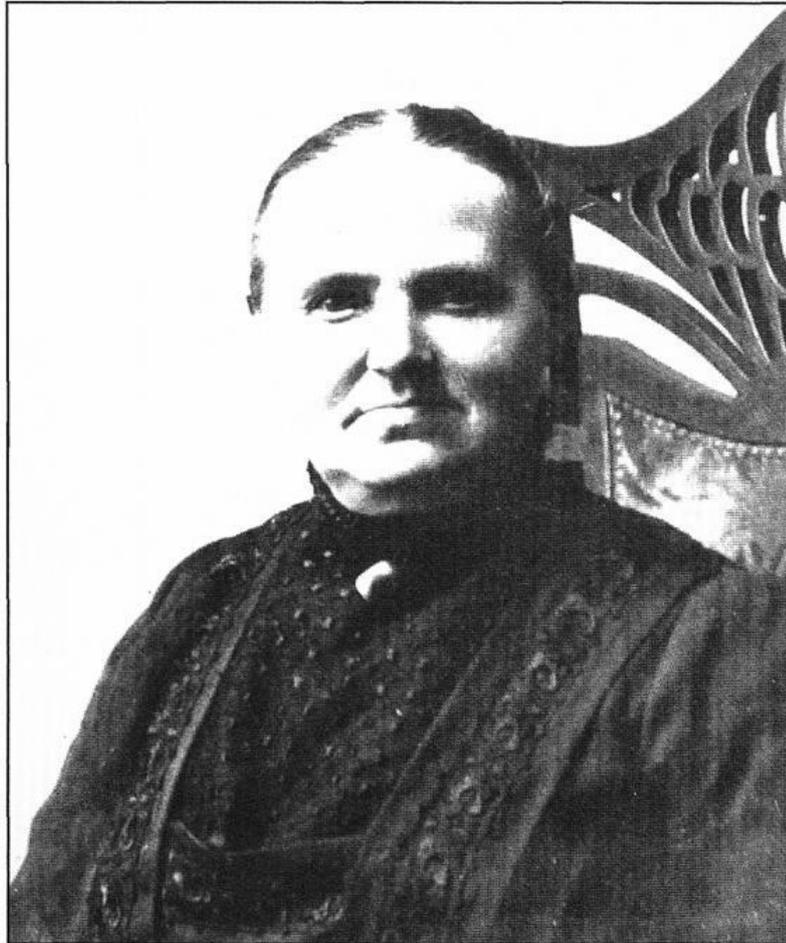
Zur Erledigung seiner Postgeschäfte mußte der Bürger Harkebrügger nach Barbel, sofern er diese nicht beim Postboten erledigen konnte. Ob es in Harkebrügge um 1900 bereits einen Briefkasten gegeben hat, kann nicht gesagt werden.

Dieser für den Ort Harkebrügge nicht befriedigende Zustand änderte sich erst 1907. Im Juni 1907 richtete die Postverwaltung eine Posthilfsagentur ein, die wohl auf Betreiben der Bürger zustande kam. Die Posthilfsagentur wurde im Hause der Familie Duen, heute Block, eingerichtet, die eine Gaststätte und einen Kolonialwarenladen betrieb. Posthilfsagentin wurde die am 11.3.1864 geborene Margarethe Duen.

Den Raum für die Posthilfsagentur mußte Frau Duen kostenlos zur Verfügung stellen. Das Amt der Posthilfsagentin war ein Ehrenamt, und eine Bezahlung für die Tätigkeit gab es nicht. Die Posthilfsagentur arbeitete auf eigene Rechnung. So mußte Frau Duen Briefmarken, Postkarten und anderen für die Postgeschäfte nötigen Bedarf bei ihrem übergeordneten Postamt Barbel kaufen. Ferner mußte sie sich verpflichten, einen Briefkasten anzubringen und ihn auch zu leeren, sowie das Posthauschild „Posthilfsagentur“ anzubringen. Die Post wurde aber weiterhin von einem Postboten aus Barbel zugestellt.

Am 1.7.1912 wurde die Posthilfsagentur in eine Postagentur umgewandelt. Die amtliche postalische Bezeichnung lautete von nun an

*Bild 1:
Posthilfsagentin
Margarethe Duen*



„Harkebrügge (Oldenburg)“ . Die Posthilfsagentin Margarethe Duen wurde zur Postagentin befördert. Ihr Jahresverdienst betrug 400 Mark, davon mußte sie auch eine Vertretung bzw. eine Hilfskraft bezahlen. Zudem erhielt Harkebrügge einen eigenen Postboten. Es war der Postbote Lehmann, der von Elisabethfehn nach Harkebrügge versetzt wurde. Die Postagentur durfte einen eigenen Tagesstempel mit der schon erwähnten postalischen Bezeichnung führen. Die Postagentur wurde dem Kaiserlichen Postamt Barbel unterstellt, für Zollsendungen war das Postamt Leer zuständig.

Die Dienststunden wurden wie folgt festgelegt:

An Werktagen von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 4 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends.

An Sonntagen, an den nicht auf einen Sonntag fallenden allgemeinen gesetzlichen Feiertagen und an Geburtstagen SM des Kaisers, von 8 – 9 Uhr vormittags und von 12 – 1 Uhr nachmittags.

Margarethe Duen wurde am 17. Juni 1912 zur Beamtin des Deutschen Reiches bestellt und hatte folgenden Eid abzulegen:

„Ich, Margarethe Duen, schwöre zu Gott dem Allmächtigen und

Allwissenden, daß, nachdem ich zum Beamten des Deutschen Reiches bestellt worden bin, ich in dieser Eigenschaft Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser treu und gehorsam sein, die Reichsverfassung und die Gesetze des Reiches beachten und alle mir vermöge meines Amtes obliegenden Pflichten nach besten Wissen und Gewissen genau erfüllen will, so wahr mit Gott helfe."

Auch beim Telefon war Harkebrügge lange von Barßel abhängig. 1879 hatte Barßel bereits einen Telegraphen, und 1907 wurde dort das erste Telefon installiert.

Um diesen Zustand zu ändern, stellte Kaplan Heinrich Menslage (Menslage wirkte von 1905 bis 1910 in Harkebrügge) im Auftrag der Bürger Harkebrüggens am 25.2.1909 einen Antrag auf einen Telegraphen bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion Oldenburg.

In einem Antwortschreiben der Kaiserlichen Oberpostdirektion (OPD) Oldenburg vom 22. März 1909 teilte sie Kaplan Menslage unter anderem mit:

„... daß Harkebrügge in allernächster Zeit eine Telegraphenhilfsstelle, verbunden mit einer öffentlichen Sprechstelle, eingerichtet werden könne, wenn die Beteiligten (gemeint waren die Bürger) die gesamten Kosten von 2700 Mark tragen würden.“

Da die Bürger zu dieser Zahlung nicht bereit waren, bot die OPD eine Alternative an:



Bild 2: Postagentur um 1912

„Wenn ein Baukostenzuschuß von 40% der Summe, gleich 1080 Mark, schriftlich zugesichert werde, würde Harkebrügge für eine Telegraphenhilfsstelle vorgemerkt, die aber wegen der großen Zahl der vorgemerkten Orte nicht vor 1910 realisiert werden könne.“

Im gleichen Schreiben schlug die OPD eine weitere Alternative vor, die die Kosten für die Bürger weiter senken sollte. So bot die OPD an, auch einen Telegraphen in der Bauernschaft Lohe einzurichten. Der Baukostenzuschuß für beide Orte würde sich über 1130 Mark belaufen, so daß jeder Ort nur einen Zuschuß von 565 Mark zu tragen hätte. Die Harkebrügger Bürger entschieden sich für die erste Alternative.

Im September 1909 wurde der Posthilfsagentin Duen mitgeteilt, daß die Telegraphenhilfsstelle in ihrem Hause untergebracht werden solle, aber die Einrichtung wohl frühestens 1911 erfolgen könne. Im Juni 1910 teilte die OPD mit:

„... daß unter der Voraussetzung der Mithilfe der Gemeindemitglieder die Telegraphenhilfsstelle vorzeitig eingerichtet werden könne.“

So stellten die Gemeindemitglieder Fuhrwerke zur Verfügung, um die Telegraphenstangen und die Drahtrollen von Barbel abzuholen und sie zu verteilen. Wahrscheinlich mußten die Bürger auch beim Aufstellen der Stangen helfen. Dieses wurde unter der Aufsicht des zu der Zeit in Barbel tätigen Telegraphen-Bauführers, Herrn Meyer, durchgeführt. Auch mußte der Baukostenzuschuß von 1080 Mark unverzüglich beim Kaiserlichen Postamt in Barbel eingezahlt werden. Die Sprechleitung mit der Nummer Sp 1290 kam von Edeweicht über Godensholt nach Harkebrügge.

Am 27. Juli 1910 wurde die Telegraphenhilfsstelle mit einer öffentlichen Sprechstelle im Hause Duen in Betrieb genommen. Mit der Durchführung der Dienstgeschäfte wurde Frau Duen beauftragt. Die Wahrnehmung der Geschäfte der Telegraphenhilfsstelle war ebenfalls eine unbesoldetes Ehrenamt. Zu den Aufgaben von Frau Duen gehörte unter anderem das Annehmen von Telegrammen und deren Beförderung, die Annahme von Gesprächsmeldungen und das Ausführen von Verbindungen, sowie das Herbeirufen von Personen zur öffentlichen Sprechstelle. Frau Duen wurde zur Wahrung der Post- und Fernmeldegeheimnisses verpflichtet. Gleichfalls hatte sie dafür Sorge zu tragen, daß ein Vertreter ihres Vertrauens die Dienstgeschäfte während ihrer Abwesenheit wahrzunehmen hatte. Im Jahre 1912 wurde ein Telefonnetz aufgebaut und ein Klappenschrank 99/20 (Entwicklungsjahr 1899 für 20 Anschlüsse) in der Postagentur aufgestellt. Im amtlichen Fernsprechbuch von 1912 sind

Harkebrügge. D.: W. 8 V	
-1 N, 4-7 N. S. 8-9 V, 12-	
1, 5-6 N. Um. Öf. b. d. Postanst.	
Txqu. 627.	
Hempen, H., Kfm. u. Dampfmolk.	1
Kruse, Herm. Gerh., Müller u. Wirt, Westerscheps b. Edeweicht.	3
Hastedt, Joh., Wirtsch. u. Maschinen- hdlg., Süd-Elisabethfehn.	2
Wetjen, Joh., Schmiedemstr., Wester- scheps b. Edeweicht.	4
Weyer, O., Landw., Süd-Elisabethfehn.	5

Bild 3:
Auszug aus dem
Telefonbuch 1913

Harkebrügge.	
Postscheckkonto für Fern- sprechgebühren: Postamt Westerstede: Hannover	6110.
× Oe. (PAG. bei Duen) [an- geschl. an Barbel u. Ede- wecht]. D.: W. 8-20, S. 8-9, 12-13. Db.: W. 12-13. Um.	Txqu. 692, Gbz. 20/16.
Brünemeyer, H., Landw., Kam- perfehn	5
Fennen, Helnr., Bauunter. u. Geschäftst. d. Landw. Bezugs- u. Abs.-Genossenschaft	4
Hempen, H., Kaufm. u. Dampf- molk., Gast- u. Landw.	1
- Meinhard, Bäckerei u. Kolo- nialw.	15
Kleemann, G., Schenkirtsch. u. Viehhdlg., Elisabethfehn	12
Kruse, Herm. Gerh., Müller u. Wirt, Westerscheps b. Edeweicht	3
Preßtorfwerk Carola Cam- perfehn, G. m. b. H., Olden- burg	6
Tangemann, Franz, + Harke- brügge, Vertr. v. Kramer u. Bruns, Augustfehn, Anschl. Barbel	301
Wiemkes, Gerh., Wirtsch. u. Kolonialw., Reekenfeld	13

Bild 4:
Auszug aus dem
Telefonbuch 1933

2 Teilnehmer verzeichnet. 1913 waren es bereits 5 Anschlüsse, 1917 sank die Zahl der Anschlüsse auf 4 und 1919 stieg sie auf 6.

Ein Telefongespräch nach Barbel nahm zu der Zeit folgenden Weg: Der Teilnehmer meldete bei Frau Duen das Gespräch an, sie vermittelte das Gespräch über Edeweicht – Zwischenahn – Westerstede – Augustfehn nach Barbel. Der Barbeler Postagent vermittelte es dann weiter zum Teilnehmer. Erst seit Anfang der 50er Jahre gibt es eine direkte Verbindung.

1930 bauten Duens ein neues Wohn- und Geschäftshaus, in das auch die Postagentur und die Telefonvermittlung einzog, in einen Raum hinter dem Laden.

Im Oktober des gleichen Jahres wurde der Klappenschrank OB 99/20 wegen der steigenden Nachfragen nach Telefonanschlüssen gegen einen Klappenschrank OB 99/50 ausgewechselt. Posthelfer Ulpts war neben seiner Tätigkeit als Postbote auch für 5 Stunden in der Woche im Störungsdienst eingesetzt. Am dem 1.1.1932 wurde der Störungsdienst von Barbel aus versehen.

In den 30er Jahren schwankte die Zahl der Telefonanschlüsse. 1934 plante die Postverwaltung, eine automatische Ortsvermittlungs-

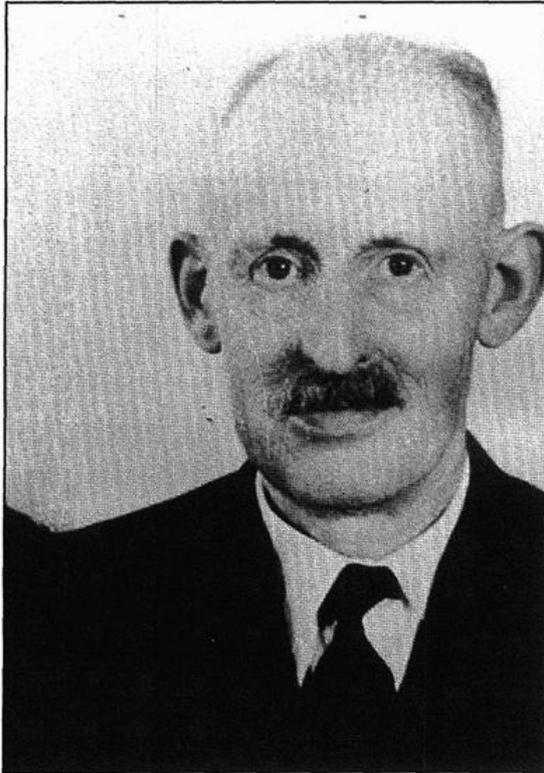
stelle einzurichten, diese wurde dann aber aus Kostengründen zurückgestellt. Ein erneuter Antrag 1939 wurde von der OPD, ebenfalls aus Kostengründen, ganz gestrichen.

Nach Beendigung des 2. Weltkrieges im Mai 1945 war der Telefonverkehr auch in Harkebrügge zum Erliegen gekommen. Die technischen Einrichtungen hatten keinen Schaden genommen, lediglich die Sprechleitung von Harkebrügge über Edeweicht nach Westerstede war unterbrochen. Am 4. August 1945 wurde die Leitung wieder instandgesetzt, und der Telefonverkehr konnte am gleichen Tag wieder aufgenommen werden. Eine Überprüfung des Klappenschrankes am gleichen Tag hatte sehr starke Abnutzungserscheinungen ergeben. Da eine Instandsetzung zu kostspielig war und es auch an Ersatzteilen fehlte, wurde vorgeschlagen, ihn gegen einen Feldklappenschrank für 20 Anschlüsse zu ersetzen, was dann am 12.4.1948 auch geschah. Wegen der starken Nachfrage nach Telefonanschlüssen wurde der Feldklappenschrank am 3.4.1950 um einen 10teiligen Klappenkasten erweitert.

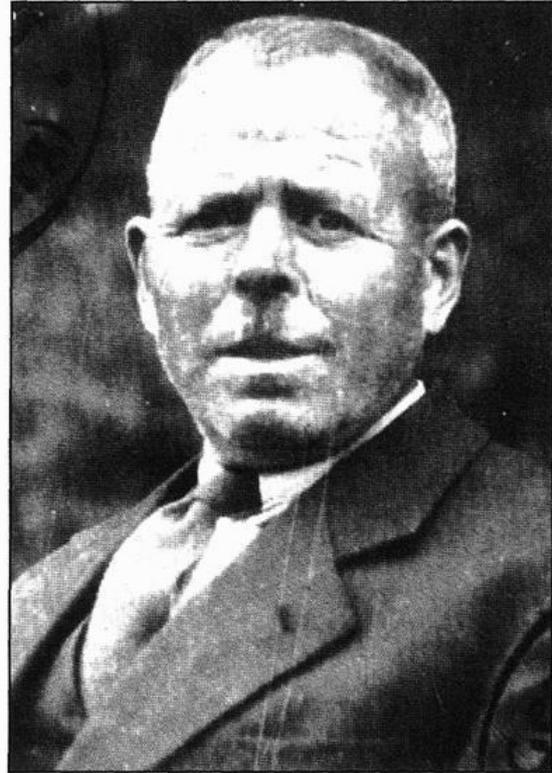
Während es beim Telefon ein ständiges Auf und Ab gab, hatte der Postdienst ein kontinuierliches Ansteigen zu verzeichnen. 1918 wurde mit Meinhard Hinrichs ein zweiter Postbote in Harkebrügge eingestellt. 1922 wurde Lübbertus Mödden von Scharrel nach Harkebrügge versetzt. Bis 1930 mußten die Postboten ihre Briefe und Pakete zu Fuß ausliefern, danach durften sie ein Fahrrad benutzen. Ein Bote aus Barbel brachte morgens die für Postagentur bestimmte Post per Fahrrad an, und ein Postbote von Harkebrügge brachte abends die Post nach Barbel zur Bahn. Der Postbote mußte den Abendzug nach Ocholt erreichen, was bei den damaligen Straßenverhältnissen nicht immer ganz einfach war. Oft waren die Schranken in Barbel schon heruntergelassen und der Zug lief schon ein. Nach 1945 wurde die Post mit einem Überlandpost-LKW morgens nach Harkebrügge gebracht. Bis 1957 mußte aber noch der Harkebrügger Postbote abends die Post nach Barbel bringen, danach wurde sie auch von einem Überlandpost-LKW abgeholt. Die Touren der beiden Postboten waren im Jahre 1931 41,8 km bzw. 50,6 km lang. Die Tour I hatte im Durchschnitt 88 Briefe, 58 Zeitungen und 10 Einschreiben auszutragen. Auf der Tour hatte der Postbote 88 Haushalte. 33 km dieser Touren waren befahrbare, 8,8 km unbefahrbare Wege.

Die nachfolgende Statistik aus dem Jahre 1935 zeigt, wie hoch das Postaufkommen war.

Der Schalter war täglich 9 Stunden geöffnet, 34 Rundfunkteilnehmer waren gemeldet, 79 Rentenempfänger holten monatlich ihre



*Bild 5:
Postbote Lübbertus Mödden*



*Bild 6:
Postbote Meinhard Hinrichs*



*Bild 7: Posthalter Heinrich Block mit Ehefrau und Posthalterin
Maria Block*

Renten ab, 3 Kunden holten ihre Post selber ab, und es waren 2 Posthelfer und 2 Postboten beschäftigt.

Ferner kamen jährlich 1439 Zeitungen, 3294 Pakete, 5359 Postanweisungen, 324 Postwurfsendungen, 39 Telegramme und 2142 Postaufträge in der Postagentur an. Weiter mußten 366 Ortsgespräche und 2874 Ferngespräche vermittelt werden. Dabei machte die Postagentur einen Umsatz von 247.154 RM.

Am 1. April 1935 übernahm der aus Bösel stammende Schwiegersohn der Margarethe Duen die Postagentur als Postagent. Heinrich Block vertrat bis dahin seine Schwiegermutter bei den Postgeschäften.

Die Postagenten Frau Duen sowie auch Herr Block mußten ihre Vertreter, sogenannte Posthelfer, selbst einstellen und auch bezahlen. Weil sie aber im Post- und Telefondienst nicht ausgelastet waren, mußten sie auch im Laden und in der Gaststube aushelfen. Wie schon erwähnt, hatte Frau Duen Posthelfer beschäftigt, die aber namentlich nicht mehr bekannt sind.

Nach der Kapitulation am 8. Mai 1945 war auch der Postverkehr zum Erliegen gekommen. Die Briten, die hier als Besatzungsmacht regierten, gaben Order, den Postverkehr zum 1. Juni 1945 wieder aufzunehmen. Wegen der Zensur durften vorerst nur Postkarten und offene Briefe verschickt werden. Ein regelmäßiger Postverkehr ließ sich noch nicht verwirklichen, da der Post Transportfahrzeuge fehlten und auch die Straßen und Brücken zum größten Teil noch zerstört waren.

Von 1945 bis Anfang der 50er Jahre waren folgende Postboten in Harkebrügge beschäftigt: Meinhard Hinrichs, Lübbertus Mödden, Herr Prizzibilla, Johann Hemmen und Gottfried Behrends. Meinhard Hinrichs ging 1950 und Lübbertus Mödden 1953 in Pension. Im Jahr 1953 fing Rudolf Reutter in Harkebrügge als Postbote an, 1954 kam Hans Schubert und 1956 begann Hermann Mödden seinen Dienst als Postbote.

Im April 1955 verstarb der Posthalter Heinrich Block, sein Amt übernahm bis zum 31.12.1955 seine Ehefrau Maria.

1955 erstellte die Familie Block für die Post einen Anbau an ihr Geschäftshaus. Am 1.1.1956 zog dort die Poststelle ein, und ab dem gleichen Tage übernahm Hans Dierks das Amt des Posthalters. Er leitete die Geschicke der Poststelle bis zu seiner Pensionierung am 31.12.1980. Am 1.1.1981 übernahm Herr Schöder aus Sedelsberg die Poststelle, er leitete sie bis zum 31.1.1984.

Wie schon erwähnt, mußten die Posttouren bis 1930 zu Fuß gegangen werden. Obwohl die Postboten schon das Fahrrad benutzten,



Bild 8: Personal 1956 v. l. Postbote Rudolf Reutter, Posthalter Hans Dierks, Postbote Hermann Mödden und Postbote Hans Schubert

erlaubte es das Postamt Barbel erst auf Anweisung der OPD am 1.9.1930. Das Postamt Barbel, unter der Leitung von Postmeister Wortmann, war nach einer von der OPD angeordneten Überprüfung der Touren zu der Auffassung gekommen; „das eine Fahrradbenutzung in den Landzustellbezirken nicht angängig sei“ . Bis 1968 wurden die Touren ausschließlich mit dem Fahrrad befahren. 1968 bekam die Poststelle Harkebrügge den ersten PKW, und heute werden alle drei Touren mit dem PKW befahren. Die Touren bestanden bis 1989 aus einer Ortstour und zwei Landtouren, jetzt sind alle drei Landtouren. Die Ortstour umfaßte den Ort Harkebrügge, Land 2 umfaßte das Gebiet nördlich von Harkebrügge bis Uhlenberg und Land 3 war für Kampe, Kamperfehn und einen Teil Reekenfelds zuständig. 1967 kam ganz Reekenfeld zu Harkebrügge. Am 15. Juni 1956 wurde Kampe ein eigener Zustellbezirk.

Ab Mitte der 70er Jahre waren Josef Wilpert, Frithjoof von Varel und Hermann Mödden als Postboten in Harkebrügge. Josef Wilpert fährt heute noch täglich die Post zu seinen Kunden.

Seit dem 1.2.1981 gibt es keine Zustellung mehr von Harkebrügge aus, sie wurde mit diesem Datum in Barbel zentralisiert. Mit einer



Bild 9: Poststelle Harkebrügge Juni 1992



Bild 10: Posthalterin Ursula Wienholt

Ausnahme: Hermann Mödden durfte bis zu seiner Pensionierung am 30.9.1989 weiterhin seinen Dienst in Harkebrügge beginnen. Im Laufe der Jahrzehnte ist die Postleitzahl für Harkebrügge einige Male geändert worden. Bis 1948 gab es in Deutschland keine Postleitzahlen (Plz). Etwa ab September 1948 bekam Harkebrügge die Plz „23“ . Am 3.11.1961 wurde die Bundesrepublik in neue Leitgebiete eingeteilt, und Harkebrügge bekam wie Barßel die Plz „2919“ . Im Jahre 1984 änderte sich die Plz noch einmal und zwar in gemeindeeinheitlich „2914“ . In der Postanschrift bei der Ortsangabe sollte nicht wie bisher „Harkebrügge“ stehen, sondern „Barßel“ . Das rief großen Protest bei den Harkebrüggern hervor, der aber letztlich nichts nutzte. Die postalische Bezeichnung für Harkebrügge heißt heute „Barssele 4“ . Die nächste Änderung der Postleitzahlen wurde wegen der Wiedervereinigung Deutschlands vollzogen. Ab 1. 7. 1993 lautet die Plz für Harkebrügge 26676.

Seit dem 1. Februar 1984 ist Frau Ursula Wienholt Posthalterin und hält in 17 Wochenstunden alle Dienstleistungen der Post für die Kunden bereit. Täglich liefern die drei Briefträger Josef Wilpert, Annette Budde und Frank Fuhr rund 20 Pakete und 700 Briefe und Postkarten an die Harkebrügger Postkunden aus.

Die Nachfrage nach Telefonanschlüssen im Fernmeldebereich stieg ab 1950 stark an. 1952 gab es bereits 23 Telefonanschlüsse. Mit der steigenden Zahl der Telefongespräche war die Handvermittlungsstelle ständig überlastet. So entschied sich die OPD Bremen unter der Führung des Fernmeldeamts Oldenburg, eine automatische Ortsvermittlungsstelle einzurichten. Sie wurde ebenfalls in dem 1955 erstellten Anbau des Hauses Block untergebracht. Die Inbetriebnahme war am 14.12.1955. Von nun an konnte man im Ortsnetz Harkebrügge durch Wahl einer Rufnummer seinen Gesprächspartner erreichen. Ferngespräche mußten über „0“ vom Fernamt Friesoythe vermittelt werden. Hierfür wurde eine neue Fernleitungsverbindung nach Friesoythe geschaffen. In Betrieb ging die 33.000 DM teure Vermittlungsstelle mit 29 Anschlüssen. Im Laufe der Jahre wurde die Vermittlungsstelle ständig erweitert, so waren 1956 34 Anschlüsse, 1958 49 und 1960 bereits 62 Anschlüsse im Ortsnetz Harkebrügge in Betrieb. Sprunghaft stieg in den 60er Jahren die Zahl der Telefonanschlüsse an. So waren 1962 87, 1963 114 und 1964 122 Telefone angeschlossen. Am 12. Dezember 1967 wurde in Friesoythe am Burkamp die neuerbaute Knotenvermittlungsstelle in Betrieb genommen. Von da an konnte man auch im Ortsnetz Harkebrügge selbsttätig Ferngespräche führen. Harkebrügge bekam die Vorwahlnummer 04497.

*Bild 11:
Ämterpfleger
Bernhard Brand*



Dem ständig steigenden Telefonverkehr genügten gegen Ende der 60er Jahre die Räumlichkeiten im Hause Block nicht mehr. Die Post schaffte Abhilfe, indem sie von der Familie Fennen ein Grundstück an der Dorfstraße 52 erwarb und mit den Planungen einer neuen Ortsvermittlungsstelle begann. 1970 wurde mit der Neuverkabelung des Ortsnetzes, begonnen. Es wurden 23.900 Meter Kabel mit einem Kostenaufwand von 625.000 DM verlegt. Am 14.11.1972 wurde die neue Ortsvermittlungsstelle in Betrieb genommen. Für das Gebäude, ein Typenhaus, wurden 220.000 DM aufgewandt und für die technischen Einrichtungen noch einmal 380.000 DM. Die Vermittlungsstelle war für 600 Anschlüsse ausgebaut und ist auf 2000 Anschlüsse erweiterbar.

Neben dem Telefon, zur Zeit sind es 1430 Anschlüsse, werden auch die anderen Techniken der Telekom in Anspruch genommen, wie

Bildschirmtext (Btx), erster Anschluß in November 1985, Telefax (Fernkopierer), Funktelefon, Datex-P und Datex-L (Datenübertragung). Seit dem 4.4.1991 laufen auch Telefongespräche über ein Glasfaserkabel in alle Welt.

Die Ortsvermittlungsstelle wird heute vom Ämterpfleger Bernhard Brand aus Sedelsberg betreut. Störungen im Telefonbereich werden von den Entstöremern aus Friesoythe beseitigt. Für die Erweiterungen und Störungen im Erdkabelbereich sowie das Anschließen von Telefonen und anderen Techniken ist der Fernmeldebaubezirk 24, Gruppe Friesoythe zuständig.

Zu erwähnen ist noch, daß im Jahre 1982 im Telefonbereich der Nahdienst eingeführt wurde. Das bedeutet, daß im Umkreis von 20 Kilometern, Meßmittelpunkt ist die Vermittlungsstelle, jeder Telefonkunde zum Ortstarif erreichbar ist. Der Ortstarif beträgt tagsüber 6 Minuten und ab 18 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen 12 Minuten. So wird vermieden, daß innerhalb der Gemeinde, wie es vorher war, Ferngespräche geführt werden müssen, da aus technischen Gründen für die ganze Gemeinde Barßel nicht eine einheitliche Vorwahlnummer geschaltet werden kann, wie es die Gemeinde Barßel bereits 1974 vom Fernmeldeamt Oldenburg gefordert hatte.

Einen nur geringen Anteil an der Geschichte der Post in Harkebrüggen hat die Kraftpost (Postbusse). 1951 wurde eine Postbuslinie Barßel – Harkebrügge – Barßel eingerichtet, später wurde die Linie bis Friesoythe erweitert. Am 1. Oktober 1983 wurden alle Postbuslinien eingestellt und von der Bundesbahn übernommen. Heute wird die Strecke von der WEB gefahren, einem Unternehmen, an dem unter anderem auch die Bundesbahn und die Gemeinden beteiligt sind.

Postgeschichte zum Anfassen kann im 1988 gegründeten „Postgeschichtlichen Museum Friesoythe“ besichtigt werden. Zur 85jährigen Geschichte der Post in Harkebrügge ist seit November 1992 eine Sonderausstellung zu sehen.

Erich Wobbe

Die Kreuzotter, einzige heimische Giftschlange

Stellt man heute eine Liste der Tiere, die früher in der heimischen Natur allenthalben zu beobachten waren, deren Bestand in den letzten Jahrzehnten aber sehr stark zurückgegangen ist, zusammen, so wird diese erstaunlich lang. Große und kleine, schöne und weniger ansehnliche, bekannte sowie unbekanntere Tiere würden in der Aufstellung erscheinen. Alle Gattungen und Arten, Gefiederte, Säugetiere, Lurche, Fische sowie die verschiedensten Insekten wären dort vertreten. Von manchen der Tiere, die in dieser Liste Eingang fänden, würde man das Abnehmen bedauern. Das Zurückgehen anderer jedoch würde man weniger beklagen, und das von einigen vielleicht sogar begrüßen. Jedoch sollte jedermann, der solche Gedanken hegt, auch bedenken, daß jedes Lebewesen auf unserer Erde seine Lebensberechtigung hat, daß weiterhin in der Natur alles fein aufeinander abgestimmt ist und daß das Zurückgehen oder gar das Fehlen einiger Arten sich auf die Dauer negativ auf den Naturkreislauf auswirkt.

Des weiteren kann man bei dieser Entwicklung feststellen, daß das Abnehmen einiger Arten - das Beispiel Weißstorch sei hier genannt - von uns Menschen sehr wohl bemerkt wird, während es bei anderen wesentlich unauffälliger vonstatten geht. Nur den naturkundlich Interessierten und Fachleuten bleibt ein diesbezüglicher Vorgang nicht verborgen.

Zu der Gruppe, die in den letzten Jahren, eigentlich schon seit Jahrzehnten, zwar unmerklich, langsam aber doch unaufhaltsam abgenommen hat, zählt auch die Kreuzotter, unsere einzige heimische Giftschlange. Wenn man jemanden in der Bevölkerung daraufhin anspricht, hört man zumeist: „Ach ja, die Kreuzotter, die kenn ich nur von Bildern“. Oder: „Kreuzottern, ja gibt es die überhaupt noch? Ich dachte, die wären längst ausgestorben“. Aber es gibt sie doch noch im heimatlichen Raum, wenn man sie auch zu den seltensten Tieren der heimischen Fauna zählen muß. Früher kam die Kreuzotter - zumindest in einigen Regionen - so häufig